

**STICHWORT**

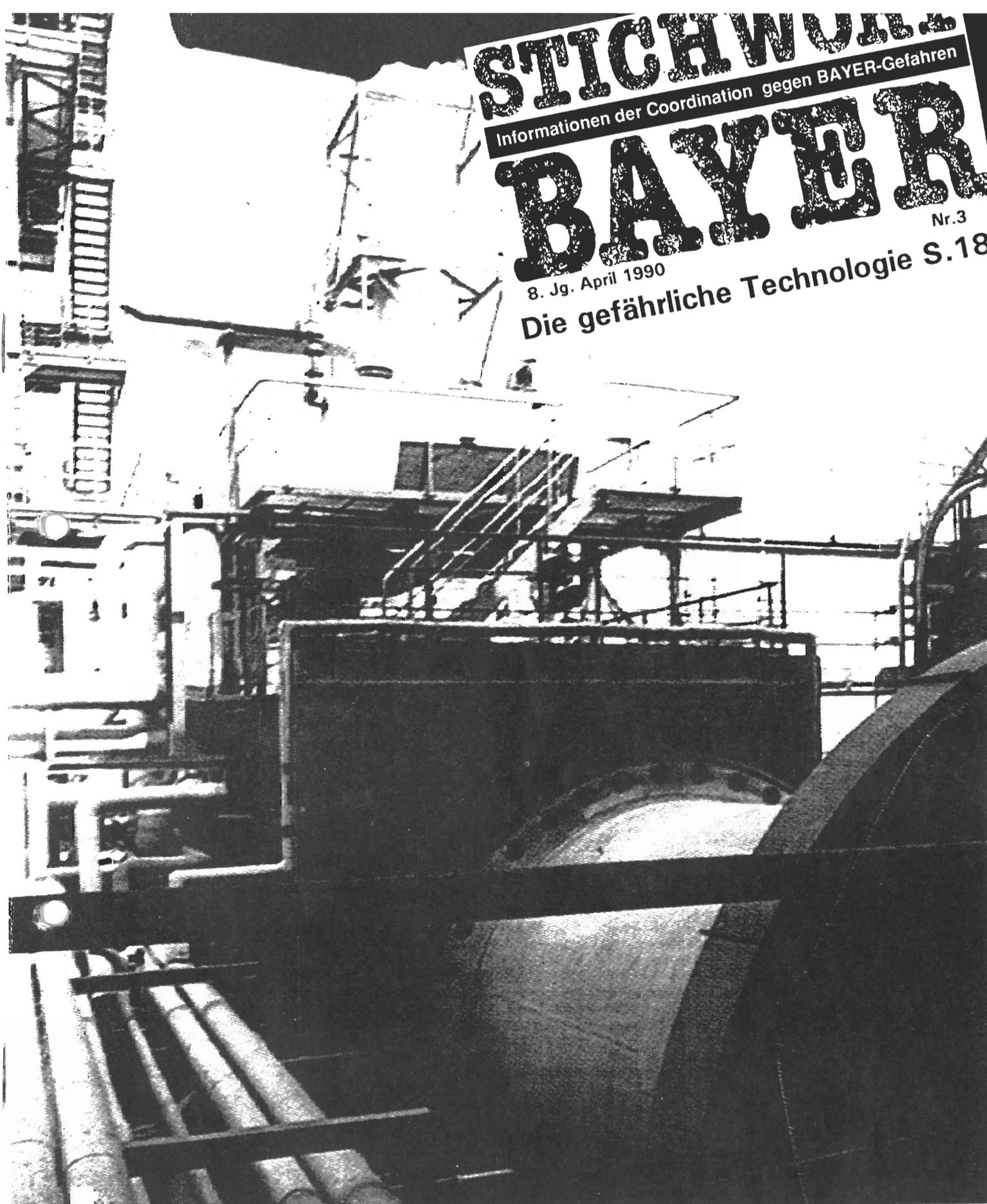
Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren

# BAYER

8. Jg. April 1990

Nr.3

Die gefährliche Technologie S.18



Sensationeller Erfolg für "Durchschaubare" S. 8

Gerichtsgutachter gekauft S. 15

BAYER-Tochter - Umweltprobleme ohne Ende S. 17

Neue Moral bei BAYER? - Konzern

verweigert Lieferung von THIONYLCHLORID an US-Army S. 21

Atemnot in Istanbul S. 24

BAYER kauft sich in DDR ein S. 25

Klage gegen SWF S. 29





Nun ist es da, das Gengesetz. In beispielloser Eile wurde dieses Gesetz, das ähnlich wie das Atomgesetz vor allem die Nutzung fördert und ein wenig auch vor Risiken schützen soll, durchgepeitscht. Zur Erinnerung: im vergangenen Jahr wurde von der Bundesregierung ein stümperhafter Entwurf eingebracht. Erklärtes Ziel war, dies möglichst schnell über die parlamentarische Bühne zu bringen. Die jetzt verabschiedete Form war erst im Februar dieses Jahres vorgelegt worden, nachdem der Bundesrat den Vorentwurf mit insgesamt 254 Änderungsanträgen (ein Rekord) hatte durchfallen lassen. Zwei Tage vor der Wahl in NRW und vor allem Niedersachsen wurde das Gesetz vom Bundesrat verabschiedet. Der Zeitplan wurde u.a. deshalb gewählt, damit nicht durch einen Regierungswechsel in Hannover das Gesetz im Bundesrat abgelehnt worden wäre. Zur Eile wurde auch von der Industrie deshalb gedrängt, weil im Herbst der Verwaltungsgerichtshof in Hessen, die Insulinanlage der Firma Hoechst stoppte. In der Begründung stellte das Gericht fest, eine so weitreichende Technologie dürfe nicht von JuristInnen, sondern müsse von PolitikerInnen entschieden werden.



Dr. Katrin Grüber, DIE GRÜNEN  
MdL NRW, Mitglied der Coordination  
gegen BAYER-Gefahren'

Dies ist sicherlich auch im Sinne von Dr. Peter Stadler, Bayer AG- Wuppertal, der die Öffentlichkeitsbeteiligung wie folgt einschätzt (auf der Bundestagsanhörung im Januar):

"Bei den bisherigen gentechnikrechtlichen Verfahren hat die Öffentlichkeitsbeteiligung weder einen rationalisierenden Effekt für die Entscheidungsbildung gehabt noch zur Verbesserung der Akzeptanz der Gentechnik beigetragen."

Die Haftungsregelung büdet der/dem Geschädigten fast unüberwindbare Beweislasten auf. Die Haftungsbegrenzung von 160 Millionen DM ist als geradezu lächerlich zu bezeichnen. Sie wird weder Schaden angemessen beseitigen können noch bietet sie wegen der geringen Summe genug Anreiz zu radikaler Gefahrenvorsorge.

Weiterhin werden die Kontrolle der Gentechnik durch die Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS), in der mehrheitlich die BetreiberInnen aus Wissenschaft und Industrie sitzen. Wie sagt Prof. Hahn vom Umweltbundesamt: Die Nähe zum Risiko führt zur Blindheit gegenüber dem Risiko.

Das Gengesetz wird also am 1. Juli in Kraft treten und damit werden die juristischen Möglichkeiten, den Ausstieg der Gentechnik voranzutreiben, geringer. Spielen wir unsere Trumpfkarte aus: die Akzeptanz bez. fehlende Akzeptanz. Die Bedenken der Bevölkerung gegen diese Risikotechnologie sind groß. Gentechnische Produkte müssen aber auch verkauft werden. Solange keine Kennzeichnungspflicht politisch durchgesetzt ist, muß die Information über gentechnische Produkte von unten kommen, damit KonsumentInnen die Wahlmöglichkeit haben (nähere Informationen über gentechnisch erzeugte Medikamente bei den GRÜNEN). Darüberhinaus gibt es ein großes Informationsbedürfnis (ReferentInnen für Veranstaltungen über die Geschäftsstelle).

Zum Schluß noch ein Wort in eigener Sache. Die GRÜNEN NRW haben den Sprung in den Landtag geschafft. In Zukunft wird die außerparlamentarische Bewegung ein Sprachrohr haben. Zum ersten Mal wird auch im Landtag kritisch zum Bayer-Konzern Stellung bezogen werden. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und hoffen auf weiterhin gute Zusammenarbeit mit der Coordination gegen Bayer-Gefahren.

Dem hektischen Zeitplan wurden alle demokratischen Gepflogenheiten geopfert: die Bedenken, übrigens auch von konservativer Seite wurden beiseite geschoben, und das Flickwerk durchgepeitscht. Die Bewegung gegen Gentechnik hat eine schwere Niederlage einstecken müssen. Auch das breite Bündnis gegen das Gengesetz hat sich nicht genug Gehör verschaffen können (oder verschafft?):

## Liebe Leserinnen und Leser!

In Zukunft wird es für die BetreiberInnen noch einfacher sein als bisher, Gentechnik voranzutreiben und Fakten zu schaffen, obwohl die Risiken der Gentechnik bisher nur sehr grob abgeschätzt werden können und nicht beherrschbar sind. Dies wird u.a. Dr. Peter Stadler, Bayer-AG Wuppertal freuen, der sich auf der Anhörung im Bundestag im Januar folgendermaßen äußerte:

"Wir erwarten, daß das Gesetz ihre Nutzung fördert, die dringend notwendige Rechtssicherheit für Errichtung und Betrieb gentechnische Anlagen schafft und die gesellschaftliche Akzeptanz der Gentechnik erhöht. All das ist notwendig, damit unsere Wissenschaft und Industrie vor allem im biomedizinischen Bereich aber auch in den Gebieten Ernährung und Umweltschutz - im internationalen Vergleich weiterhin bestehen können."

Folgende Konsequenzen ergeben sich aus dem Gengesetz: Die meisten Genehmigungsverfahren wie z.B. das der Firma Grünenthal in Aachen werden in Zukunft ohne Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden.

*Katrin Grüber*

## Impressum

Herausgeber  
Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.  
Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze  
bei BAYER - weltweit.  
Hofstr. 27 a  
D-5650 Solingen 11  
(0)212 - 334954

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multi's kritisch begleitet.  
Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen

Je ein Exemplar von 'Stichwort: BAYER' wird dem Vorstand der BAYER AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in 'Stichwort: BAYER' behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Verlag  
Eigenverlag

Redaktion  
Stichwort: BAYER  
Informationen der  
'Coordination gegen BAYER-Gefahren' Jägerstr. 78  
D-4000 Düsseldorf 1  
(0)211 - 2292601

Erscheinungsweise  
6 x jährlich

V.l. S.d.P.

Hubert Ostendorf

Layout  
Hubert Ostendorf

Satz  
Ökonzept Düsseldorf

Druck  
Moosdruck, Leverkusen

Anzeigen  
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01. Januar 1990

Nachdruck  
Der Nachdruck von Artikeln aus 'Stichwort: BAYER' ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Bankverbindung  
Ökobank Frankfurt  
Kto. Nr. 17 96 12

## Alles über Baubiologie

1. FACHZEITSCHRIFT  
"WOHNUNG + GESUNDHEIT"  
für ökologisches Bauen und Leben

- Solararchitektur
  - Hausbedingte Krankheiten
  - Wohnklima und Heizung
  - Ökologische Raumordnung
  - gesunde Baustoffe
  - Elektrobiologie u. a.
- Abonnement DM 48,-  
Einzelheft DM 12,50 / Probeheft DM 5,-

2. SCHRIFTENREIHE  
"GESUNDES WOHNEN"

- 26 Titel, z. B.
- Haus-Allergien
  - Renovieren
  - Grundregeln der Baubiologie
  - Elektrobiologie
  - Baukonstruktionen/Baustoffe
  - Wohnklima
  - Oberflächenbehandlung
  - Der gesunde Arbeitsplatz

DM  
10,-  
14,-  
9,-  
15,-  
15,-  
8,-  
9,-  
12,-

3. FERNLEHRGANG BAUBIOLOGIE  
Der einzige staatlich geprüfte und zugelassene Lehrgang über Baubiologie mit 24 Lehrheften.  
Für Bauherren, Bauhandwerker, Architekten, Studenten, Ärzte, Heilpraktiker; für alle, die sich fortbilden und gesund wohnen wollen.  
Die rentabelste Investition beim Bauen und Renovieren! Einjähriges Selbststudium. Prüfung zum Baubiologen möglich!

4. SONSTIGES • Baubiologische Beratung u. Planung • Hausuntersuchung  
• Ökodorfbetreuung • Baubiologische Forschung und Gutachten

Lassen Sie sich ausführliche Informationen schicken!

IBN • Institut für Baubiologie + Oekologie Unabhängige private GmbH D- 8201 Neubuerm - Tel. 08035/ 2039

**Aktiv.....**

**ÄrztInnen gegen Pharmamüll in "Dritter Welt"**

Die australische 'Medical Lobby for Appropriate Marketing' (MaLAM), eine Vereinigung kritischer Ärztinnen und Ärzte, kämpft gegen unverantwortliche Medikamentenvermarktung in der sog. Dritten Welt und veranlaßt seine Mitglieder gleich massenhaft an Hersteller problematischer Präparate zu schreiben. Erst im November 1989 wurde BAYER wegen der Vermarktung des Antibiotikums AMPICILLIN angeschrieben.

Ein regelmäßig herausgebrachter "Newsletter" kann bei MaLAM, 22 Renaissance Arc., Adelaide SA 5000, Australien, angefordert werden. □

**Bundesweite Aktionstage gegen Gentechnik**

Vom 15. bis 17. März 1990 haben sich an den Aktionstagen gegen das Gentechnikschutzgesetz, das die Gentechnik vor den Bürgern schützt, Gruppen und Organisationen in über 30 Städten beteiligt. Ein breites Organisatoren-Bündnis, BBU, SPD, GRÜNE, Genethisches Netzwerk, Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin, Feministisches Frauen-Gesundheitszentrum Berlin, Coordination gegen BAYER-Gefahren ..., stieß dabei auf reges Interesse der Bevölkerung.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' baute Ihren Infotisch in Wuppertal, einem Standort des Konzerns, auf. Das eigens für diesen Tag erstellte Flugblatt, das sich vornehmlich mit der Gentechnologie bei BAYER, einem weltweiten Vorreiter in Sachen Erbmanipulation, beschäftigte, fand in der Fußgängerzone reißenden Absatz. □

**EG 92 und die "Dritte Welt"**

Der 14. Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen findet vom 14. bis 17.06 1990 - kurz nach Drucklegung von "Stichwort: BAYER" - in Nürnberg statt. Hauptthema: "EG 92 und 'Dritte

Welt'/Zukunft Europas - auf wessen Kosten?". Im Aufruf zum Kongreß heißt es: "Auf der Verliererseite ... (des europäischen Einigungsprozesses, d. Red.) finden sich die sozialen Gruppen wieder, die in den Industrieländern ohnehin schon an den sozialen Rand gedrängt sind: AsylbewerberInnen, Frauen, Teile der Industriearbeiterschaft ... Kleinbauern/-bäuerinnen. Konsequenzen wird der Binnenmarkt aber auch für die 'Dritte Welt' haben. Hier ist zu fragen, ob er die ohnehin schon minimalen Spielräume für eine Befreiung der Länder der Drei Kontinente aus dem Würgegriff des Weltmarktes noch einmal verkleinern wird ..."

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' hat sich an der Vorab-Diskussion beteiligt. In einem Beitrag für "FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (Februar 90) lautet es u.a.: "Die Aneignung von Standards, die die deutsche Großchemie, allen voran BAYER, ohne Rücksicht auf die Umwelt, Produktionssicherheit sowie die Rechte der in den Werken der insbesondere in der 'Dritten Welt' für wenig Geld Arbeitenden, um nur wenige Fakten aufzuzählen, setzt, wird Pflichtkür für die europäische Konkurrenz werden, die hinsichtlich der Aggressivität auf dem Markt bisweilen erheblich 'hinterherhinkt'. Die Ökologie- und 'Dritte-

Löhne, gefährliche Arbeitsbedingungen sowie Entlassungen, wie von BAYER derzeit in Brasilien und Peru praktiziert - zu verzichten ..." □

**Kritik verschärft Pharmaexport**

Am 7. März 1990 beschloß der Bundestag die Einführung einer Exportkontrolle für Arzneimittel. Im Vorfeld kam es zu einer koordinierten Protestaktion der 'BUKO-Pharma-Kampagne', der sich auch die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' anschloß. Noch im Januar 1989 lag ein Gesetzentwurf vor, der erhebliche Rücksichten auf die Industrie nahm. In der Bundesrepublik verbotene Medikamente sollten demnach dann straffrei exportiert werden dürfen, wenn das Importland sie ausdrücklich angefordert hätte. Die BUKO-Proteste führten nun zu einer Verschärfung dieses Passuses. Exporte bedenklicher Arzneimittel sind nur dann zulässig, wenn der Behörde des importierenden Landes z.B. in der sog. Dritten Welt Informationen über die Verbotgründe in der Bundesrepublik vorliegen.

Ein kleiner Erfolg und dennoch ein bestehendes Schlupfloch für die Pharmaindustrie, ihre ausgedienten Produkte weiterhin in den ärmsten Ländern abzusetzen. Bleibt die alte Forderung: Kein Pharmamüll für niemand! □



Jahr für Jahr übergeben kritische AktionärInnen Gegenanträge zur BAYER-Hauptversammlung. Ihre Hauptforderung: Vorstand und Kapitalvertreter im Aufsichtsrat sollen nicht entlastet werden.

Welt'-Bewegung wird sich deshalb mit einer zunehmenden Verschärfung des Problemdruckes auseinandersetzen haben. Denn der europäische Chemieblock wird einen noch stärkeren Anteil am Weltmarkt erlangen. Zunehmender Konkurrenzdruck und rücksichtslose Akquisitionen führen international zu härteren Produktionsbedingungen und werden insbesondere zu Lasten der Länder der 'Dritten Welt' gehen. Europäische Chemiefirmen werden es sich noch weniger als derzeit leisten wollen, auf eine harte Gangart - niedrige

**Aktionärshauptversammlung.....**

**Kritische AktionärInnen übergeben Gegenanträge: Auf Tritt und Schritt polizeilichüberwacht**

Was der BAYER-Werkschutz außerhalb des Firmengeländes nicht mehr zuwege bringt, erledigt die Polizei. Von ihrem wachsamen Auge wurden Pressekonferenz und Antragsübergabe begleitet.

Ob es sich um eine normale Pressekonferenz handele, oder ob auch Aktionen geplant seien, wollte einer der beiden Polizisten von Achim Schmottlach, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', dessen Personalien erkenndungsdienstlich behandelt wurden, wissen. Dieser wartete am 14.05.90 mit anderen kritischen AktionärInnen im Bonner Restaurant Tulpenfeld auf die eingeladenen JournalistInnen. Die Ordnungshüter schienen nervös. Vermuteten sie doch offensichtlich einen weniger ruhigen Ablauf der Pressekonferenz als in den vielen Jahren zuvor. Befürchteten sie gar kritische AktionärInnen im Umfeld terroristischer Handlungen? Immerhin: Zu den

zeitgleichen Aktionen in Köln-Vogelsang gegen den ersten Gentech-Freisetzungsvorversuch in der Bundesrepublik, nach dem die Herren gezielt fragten, hatte die 'Coordination' neben anderen Organisationen ebenfalls aufgerufen (vgl. Bericht unter Rubrik Gentechnik in diesem Heft). Dies aus gutem Grund: Wird doch allein der forcierte Ausbau dieser gefährlichen Technologie durch BAYER schon Grund genug sein, in einem Gegenantrag zur BAYER-Hauptversammlung am 19.06.1990 die Nichtentlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zu fordern.

Der Vorstellung der 43 Gegenanträge für die Presse folgt die Übergabe an den BAYER-Konzern. Fahrt nach Leverkusen. Begleitung durch zwei weitere Polizisten auf der Rückfahrt. Halt der kritischen AktionärInnen am Leverkusener Bahnhof. Eine Mitstreiterin wollte den Zug nehmen. Ansprache durch die Polizei. Wieder die Frage nach den Petunien von Köln. Ob sie die Stadt verlassen wollten? Dann sei der Auftrag der Polizei beendet. □

## Belegschaft/Arbeitsplätze.

### Vollkonti tarifvertragswidrig

ArbeiterInnen mit reduzierter Wochenarbeitszeit haben einen Anspruch auf 30 Urlaubstage. Diesen Standpunkt setzten unlängst OPEL-Kollegen gerichtlich durch. Die BAYER-Betriebsvereinbarung zum Fünf-Schicht-Probelauf (wir berichteten) geht hingegen von reduzierten Urlaubsansprüchen bei reduzierter Beschäftigung aus. Dies ist, entgegen den Beteuerungen der Mehrheitsbetriebsräte auf Schichtversammlungen, tarifvertragswidrig.

Die 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' fordern, die Betriebsvereinbarung unverzüglich aufzukündigen und sie geltendem Recht anzupassen. □

### Flexible Arbeitszeiten in den Restaurantbetrieben

Die Restaurantbetriebe bei BAYER sollen stets Mahlzeiten bereit halten. Am meisten davon profitieren die Chefetagen, die sich in der Regel an Pausenordnungen nicht zu halten haben. Was 1988 bereits durchgesetzt wurde, hatte 1981 sein Vorspiel in der zeitweiligen Umwandlung des Monheimer BAYER-Betriebsrestaurantes in die BAYER RESTAURATION GmbH. Mit der Folge, daß die KollegInnen nicht mehr der IG Chemie, sondern der NGG (Nahrung, Gaststätten, Genußmittel) unterstellt waren. Die NGG

aber läßt flexible Arbeitszeiten bei niedrigen Löhnen zu. Auf diese Weise kalt und erpresserisch eingeführt wurden für die Restaurant-KollegInnen folgende Arbeitsbedingungen:

- Verteilung der Arbeitszeit auf alle Wochentage
- unbezahlte Unterbrechung der Arbeitszeit für vier Stunden
- flexibler Arbeitseinsatz an unterschiedlichen Orten.

All das abgesegnet von den MehrheitsbetriebsrätInnen, die zudem einer Teilzeitarbeitsvereinbarung (wir berichteten) zustimmten, die Beschäftigungen unter der Renten- und Sozialversicherungspflicht ermöglichen.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert geregelte Arbeitszeiten für die Betroffenen. □

### Schichtarbeit ist inhuman

Schichtarbeiter bei BAYER arbeiten derzeit 220 Tage im Jahr und damit 7 Tage länger, als Tagesschichtler. Selbst nach dem neuen Vollkonti-System arbeiten Wechselschichtler noch 209 bzw. 208,5 Tage und damit nur knapp weniger, als ihre Tagschichtkollegen.

Eine schwedische Studie untersuchte die gesundheitlichen Folgen der Schichtarbeit unter der Bedingung einer 32-Stunden-Woche, das ist deutlich weniger, als bei BAYER gearbeitet wird, und kam zu dem Ergebnis, daß selbst neuartige Schichtsysteme, wie sie auch bei BAYER diskutiert werden, erhebliche Schädigungen mit sich bringen. Der gesundheitliche Zustand einer im Tagesdienst tätigen Vergleichsgruppe war deutlich besser.

Fazit: Schichtarbeit läßt sich nicht humanisieren. □

### MC KINSEY wütet

Erste Auswirkungen der sog. Strukturanalyse bei BAYER durch das als Jobkiller berüchtigten Unternehmens MC KINSEY zeichnen sich - zuerst scheinbar unmerklich - ab.

- Arbeitsplätze pensionierter KollegInnen werden nicht mehr neu besetzt.
- Der Trend, Festangestellte durch bei Fremdfirmen oft unter fragwürdigen Bedingungen Beschäftigte zu ersetzen, setzt sich fort. Täglich arbeiten allein in Leverkusen ca. 10'000 KollegInnen von Fremdfirmen.
- Fast überall werden Rationalisierungsmaßnahmen diskutiert und vorgenommen.
- KollegInnen werden unter Effizienzgesichtspunkten an andere Arbeitsplätze versetzt.

Die 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' fordern sofortige Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung, die zur Aufstockung des BAYER-Personals führen muß. □

### BAYER gegen Nachtarbeitsverbot bei Frauen

Was bei angestellten Frauen mit Zustimmung des - bei BAYER bereitwilligen - Betriebsrates erlaubt, ist bei ArbeitnehmerInnen verboten: die Nachtarbeit. Im Zuge des Chemikantenmangels und der Umstellung auf das vollkontinuierliche Fünf-Schicht-System (wir berichteten) will BAYER jedoch diese gesetzliche Barriere nicht hinnehmen. Deshalb klagt der Konzern seit einiger Zeit bereits gegen das Verbot der Nachtarbeit für gewerblich arbeitende Frauen. □

### Sozialabbau bei BAYER

"Wichtige Sozialleistungen müssen wir zurückerkämpfen. Im Mittelpunkt sollten dabei stehen: der Bau von Werkswohnungen, günstige Essenspreise und Fahrgeldzuschüsse." Darauf verständigten sich die 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' angesichts eines stetig wachsenden Sozialabbaus bei BAYER. Die 'Durchschaubaren' entlarven dabei Mogelpackungen der Unternehmensleitung, die als "neue" Sozialleistung ausgeben, was ohnehin gesetzlich vorgeschrieben ist. Die Betriebsratsmehrheit ist darauf hereingefallen, indem sie dem "Ausverkauf vieler Sozialleistungen" auch noch zugestimmt hat. □

### Mangelnde berufliche Weiterbildung

Im Jahr 1988 haben durchschnittlich 25 % der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung teilgenommen, 27 % der Männer, aber nur 21 % der Frauen. Während 41 % der HochschulabsolventInnen sich an qualifizierenden Maßnahmen beteiligten, taten dies nur 6 % der ArbeiterInnen. Das 'Bundesinstitut für Berufsbildung' ermittelte den Grund dafür: Die Arbeitgeber investieren in die Weiterbildung einer Führungskraft durchschnittlich 1'300 DM im Jahr, für ungelernete Arbeitskräfte lediglich 26,- DM.

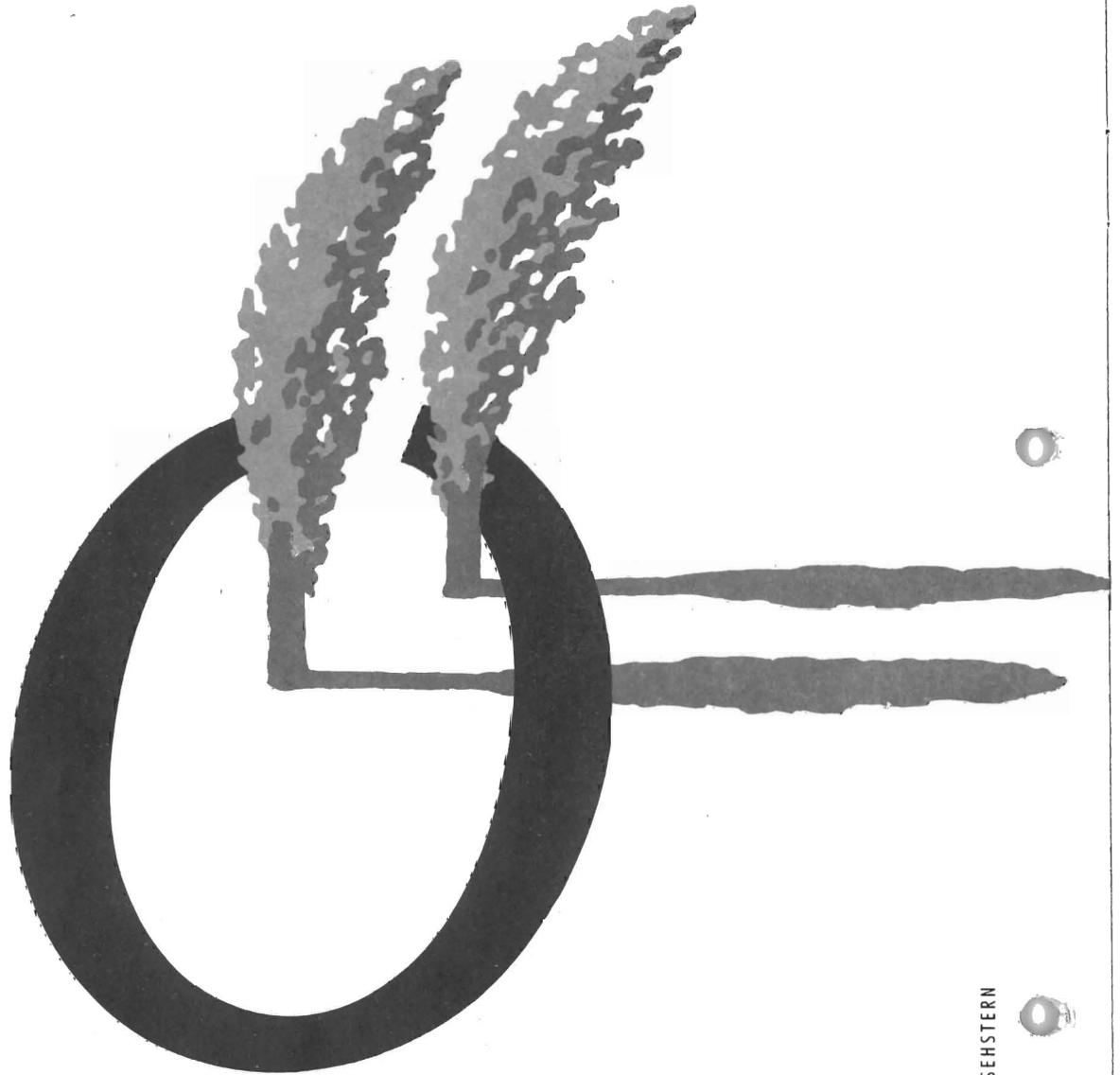
Dieser allgemeine Trend bestätigt sich konkret bei BAYER. Hier kommt hinzu, daß der Konzern unter Qualifizierungsmaßnahmen oft nur das Allernötigste, wie etwa die Einweisung in EDV nach entsprechender Umstellung der Abteilung darauf, versteht.

Die 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' fordern eine Betriebsvereinbarung, die der Gesamtbelegschaft gleiche Weiterbildungsmöglichkeiten einräumt. Weiterbildung muß, entgegen eines Vorschlages von IG Chemie-Chef Rappé, während der Arbeitszeit erfolgen. Die Kosten hat BAYER zu tragen. □

EINGETRAGENE GENOSSENSCHAFT

# Okobank

Bornheimer Landstr. 22, D-6000 Frankfurt 1



SEHSTERN

## UNSERE BANKVERBINDUNG



Unsere Bank verbindet  
Umweltschützerinnen  
und Rüstungsgegner,  
selbstverwaltete  
Betriebe und  
Fraueninitiativen,  
Ökologische

Forschungsprojekte  
und Friedensgruppen,  
Künstler und  
Lebenskünstler,  
Geldbesitzer  
und Geld Suchende,  
Querdenker und  
Neugierige: ■ ■ ■

Ich bitte um genauere Informationen

Name

Straße

PLZ / Ort

**COUPON**

## Lückenlose Kontrolle des Arbeitsverhaltens

Zunächst einmal im BAYER-Bereich "IN-AN" in Leverkusen soll die Personaleinsatzplanung über EDV-Steuerung erfolgen, vermutlich als Probelauf vor einer flächendeckenden Regelung. Zu diesem Zweck sollen alle IN-AN-KollegInnen nach Qualifikation, bisherigen Einsatzorten, Erfahrungen usw. kartographiert, die Daten per Computer abgespeichert werden. Hiermit abgeglichen werden sollen anfallende Aufträge, um so jede freie Minute am Tag offenlegen und durch entsprechende EDV-Steuerung des Personaleinsatzes demnächst vermeiden zu können. Rationalisierung mit dem Computer. Wenigstens genauso schlimm: Die KollegInnen werden in ihrem Arbeitsverhalten weitestgehend überwacht. Dies umso mehr in Kombination mit dem kürzlich allgemein eingeführten maschinenlesbaren Werksausweis (wir berichteten). Auch Vorgesetzte werden einer verstärkten Kontrolle ausgesetzt und gezwungen, Anforderungen und Druck nach unten weiterzuleiten. Kommt hinzu, daß eine Überprüfung der gespeicherten Daten durch die Betroffenen nicht lückenlos möglich erscheint.

Schließlich: Die neue EDV-Übersicht erleichtert die bessere Planung des Fremdfirmeneinsatzes, der auf diese Weise vermutlich zu Ungunsten der Festangestellten bei BAYER weiter steigen wird.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' sowie die 'KollegInnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' setzen auf **Gegenwehr**. Vor allem fordern sie die **Mehrheitsbetriebsräte** auf, sich **ernsthaft** der seit Herbst 1989 **verhandelten Angelegenheit** anzunehmen. An erster Stelle steht dabei die vollständige Information der Belegschaft. □

## Übernahmegarantie gefordert

Ein Flugblatt der IG Chemie verkündete bereits, die Auszubildenden im Leverkusener BAYER-Werk würden übernommen. Andererseits sickerte durch, daß eine "Strukturanalyse" des Jobkillers MC KINSEY (wir berichteten) genau das Gegenteil vorsieht. Betroffen wären ca. 100 Azubis ab Sommer 1992.

Um endlich Klarheit zu schaffen, forderten die 'KollegInnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' den BAYER-Vorstandsvorsitzenden Strenger in einem offenen Brief auf, Stellung zu beziehen. Wörtlich heißt es: "Die ausgezeichnete wirtschaftliche Lage ... dürfte Anlaß genug sein, um Ausbildung und Übernahme bei der BAYER AG auch in Zukunft zu gewährleisten." □

## Wege- und Rüstzeiten

Paragraph 18 der Arbeitsordnung bei BAYER legt fest, daß "der Mitarbeiter ... sich zu dem für seinen Arbeitsbeginn festgesetzten Zeitpunkt in Arbeitskleidung an seinem Arbeitsplatz" zu befinden hat. Bestrebungen in vielen anderen Betrieben und Arbeitsstätten der öffentlichen Hand gehen jedoch seit langem schon dahin, sog. Wege- und Rüstzeiten anzuerkennen. Daß diese Zeiten Bestandteil der Arbeitszeit sind, regelt bereits ein Gerichtsbeschuß vom September 1988. Hier heißt es: "Besteht der Betrieb bzw. die Dienststelle oder deren Teil auf einem abgeschlossenen, umfriedeten Gelände, so stellt dieses die räumliche Einheit und damit die Arbeitsstelle ... dar. Die Arbeitszeit der Arbeitnehmer beginnt in diesem Fall mit dem Betreten des Geländes..." Um diesen Gesetzesanspruch durchzusetzen, fordern die 'KollegInnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' den Betriebsrat auf, den Paragraphen 18 der Arbeitszeitordnung aufzukündigen und definitiv festzulegen, daß die Arbeitszeit am Werkstor beginnt. Schließlich verschenken die BAYER-KollegInnen nach der derzeitigen Regelung täglich 20 bis 30 Minuten Wege- und Rüstzeit an den Konzern.

In einigen Krankenhäusern ist diese Streitfrage mittlerweile im Sinne der Betroffenen geregelt worden. Sie erhalten beträchtliche Nachzahlungen für zu viel geleistete Arbeit, incl. **Überstundenzuschläge**. Daß dies auch für BAYER-KollegInnen gilt, fordern die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' sowie die 'Durchschaubaren'. □

## Frauen sind unter Azubis unterrepräsentiert

Wie wenig gerechtfertigt die Verleihung des 'Fairneßpreises' der unternehmerisch ausgerichteten Zeitschrift CAPITAL an BAYER wegen angeblich guter Frauenförderung (wir berichteten) gewesen ist, belegen allein schon die Zahlen über den Anteil von Frauen unter den Auszubildenden. Dieser nämlich steigerte sich in den letzten 9 Jahren von 23,4 % (1979) auf lächerliche 26,3 % (1988). Im unteren kaufmännischen Bereich, angestammte Domäne der Frau bei BAYER, sank der Anteil der Frauen gar von 64 % (1980) auf 58 % (1988). Diese Tendenz wird sich dann fortsetzen, wenn, wie geplant, die zweijährige Ausbildung zur Büroassistentin durch zwei neue Berufe mit dreijähriger Ausbildungszeit abgelöst werden soll. Dann nämlich werden vermehrt **Männer in diese höherqualifizierten, den Einsatz moderner Technologien berücksichtigenden Berufe, drängen**.

Im naturwissenschaftlichen Ausbildungsbereich ist der Frauenanteil von 25

# MAHLZEIT!

Wenn Sie wissen wollen,  
was Sie morgen

# ESSEN

sollen, dann müssen Sie  
wissen, was

# AUS

unserer Welt heute gemacht  
wird: High Chem heißt die  
Parole heute. Und morgen  
haben wir den Salat aus

# DEM

Genlabor. Alles Chemie sagt  
die Industrie, wenn es um  
unser Leben geht. Wollen  
Sie wissen, was heute im

# GENLABOR

passiert? Lesen Sie den  
Gen-ethischen Informations-  
dienst (GID).

Ich möchte das kostenlose  
Infopaket des Gen-ethischen  
Netzwerks, Berlin.

Ich möchte ein Probeheft  
des GID, fünf Mark anbei  
(Briefmarken, Scheck, bar).

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

einsenden an: Gen-ethischer  
Informationsdienst (GID)  
Winterfeldtstr. 3, 1000 Berlin 30  
Tel.: 030/2153492

% (1979) auf nunmehr 21,3 % (1988) gesunken. Im technischen Bereich gar lag er bei schlappen 4,4 %. Hier sollen in diesem Jahr überhaupt keine weiblichen Azubi-Bewerberinnen berücksichtigt werden.

Der Auswahl der BewerberInnen dienen bei BAYER zwei Vorab-Tests, die die Frauen benachteiligen, weil sie u.a. nicht soziale Gesichtspunkte berücksichtigen. Fakt jedenfalls ist, daß Frauen fast durchweg schlechter abschneiden, als Männer.

Die 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' fordern daher, männliche und weibliche Bewerbungen getrennt zu bewerten. Dies bei strikter Quotierung der Ausbildungsplätze: 50 % den Frauen! □

### GefStVO immer noch nicht umgesetzt

Die seit Oktober 1986 in Kraft befindliche Gefahrstoffverordnung ist bei BAYER längst noch nicht in die Praxis umgesetzt. So existiert etwa immer noch kein Infopakete über die bei BAYER verwandten Stoffe, ihre Eigenschaften und deren Einsatzort (Ermittlungspflicht nach 16 GefStVO). Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert gemeinsam mit den 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' ein für alle Beschäftigten frei zugängliches Infosystem zu schaffen, das die gesammelten internationalen Erkenntnisse über gesundheitsgefährdende Stoffe bei BAYER enthält.

Weiteres Versäumnis: Die in der Gefahrstoffverordnung festgelegte Prioritätenfolge hinsichtlich Schutzmaßnahmen (19) wird bei BAYER quasi auf den Kopf gestellt. Verlangt doch der Gesetzgeber an erster Stelle, Ersatzstoffe anstelle von gefährlichen Chemikalien einzusetzen. Ist dies nicht möglich, und mit diesem Argument ist man bei BAYER schnell dabei, muß wenigstens eine geschlossene Anlage her. Ist auch diese Maßnahme nicht durchführbar, müssen die gefährlichen Stoffe vollständig abgesaugt werden. Schließlich hat eine Schutzausrüstung für die notwendige Abschirmung der KollegInnen vor bedenklichen Substanzen zu erfolgen. Diese Schutzmaßnahme, in der Gefahrstoffverordnung Mittel der letzten Wahl, ist bei BAYER die Regel. □

### Schaumschläger in Sachen Umweltschutz

Über zwei Jahre ist sie nun alt, die Gesamtbetriebsvereinbarung zum Thema Umweltschutz bei BAYER (SWB berichtet). In dieser Zeit hat nicht ein "wegweisender" Vorschlag der Mehrheitsbetriebsräte hinsichtlich Umweltschutz und sicherer Arbeitsplätze bei BAYER das Tageslicht erreicht. Nicht einmal die leiseste Kritik an Umweltsünden des Konzerns

wurde laut. Von einer Kooperation mit Umweltverbänden wie GREENPEACE, ROBIN WOOD oder der 'Coordination' einmal ganz abgesehen.

Der Betriebsvereinbarung kommt somit eine Alibifunktion bei. Nicht mehr und nicht weniger □

### Betriebsvereinbarung für Kaputtgearbeitete notwendig

Wer sich aufgrund seines Berufes bei BAYER den Rücken krumm arbeitet, die Augen am Bildschirm kaputt glotzt oder eine Allergie einhandelt, hat wenigstens ein Recht darauf, auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz versetzt zu werden. Leider ist oft das Gegenteil der Fall: Die betroffenen KollegInnen werden umgruppiert. Eine Betriebsvereinbarung sollte, das forderten die kritischen Betriebsräte der 'Durchschaubaren' schon 1988 diesen Umstand abschaffen. Die Betriebsratsmehrheit hingegen schläft wieder einmal. Zwar sollte ein Rechtsgutachten zu der Frage, ob eine derartige Vereinbarung erzwingbar sei, erstellt werden. Doch warten die 'Durchschaubaren' darauf mittlerweile seit August 1988. □

### Sensationeller Erfolg für 'Durchschaubare' bei Betriebsratswahl

Die 'Durchschaubaren' spielten keine bedeutende Rolle, prophezeite Paul Laux, Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei BAYER, noch am 22. März 1990 vor Pressevertretern. Nur wenige Tage später, am 29. März, wurde er eines Besseren belehrt.

Seine Gewerkschaft nämlich, die IG Chemie, mußte eine schwere Schlappe bei den Betriebsratswahlen hinnehmen. In Leverkusen, wo erstmals Angestellten- und Arbeitervertreter auf gemeinsamen Listen kandidierten, konnten die oppositionellen 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' ihre Sitze im Betriebsrat von vier auf acht Plätze verdoppeln. Damit erriet die nahezu völlig auf BAYER-Kurs eingeschwenkte IG Chemie die Quittung für jahrelange Mausehelei. Die 'Durchschaubaren' hingegen ernten den Lohn für die konsequente Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen!

Enttäuschung bei Paul Laux: "So ganz haben wir unser Ziel ... nicht erreicht", klagt er. Nach den konstituierenden Sitzungen wurden die alten Betriebsratsvorsitzenden in ihren Ämtern bestätigt. Es sind dies Hans Unger in Dormagen, Hans Drathen in Uerdingen, Hans-Jörg Haase in Elberfeld sowie Hans Joachim Möller in Brunsbüttel. In Leverkusen dürfte Paul Laux trotz Sitzverluste in der IG Chemie wiedergewählt werden. □

## Ergebnisse

In allen fünf Werken der Bayer AG wählten die Mitarbeiter ihre neuen Betriebsräte. Die vorläufigen Ergebnisse wurden jeweils am Tag nach der Wahl in allen Werken in „Bayer aktuell“ veröffentlicht. Hier noch einmal die amtlichen Endresultate aus den einzelnen Werken:

#### Leverkusen:

Liste 1 – Kollegen(innen) für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit: 3106 Stimmen/8 Sitze

Liste 2 – IG Chemie-Papier-Keramik: 12901 St./36 Sitze

Liste 3 – DAG Bergbauer, Erdmann, Okon, Frau Wetzler: 1515 St./3 Sitze

Liste 4 – Christliche Gewerkschaft Bergbau Chemie Energie (CGBCE): 768 St./1 Sitz

Liste 5 – Wählergemeinschaft kaufm. und techn. Arbeitnehmer (WKTA): 1087 St./1 Sitz

#### Dormagen:

Liste 1 – IG Chemie-Papier-Keramik: 3801 St./24 Sitze

Liste 2 – DAG – Deutsche Angestellten-Gewerkschaft: 747 St./4 Sitze

Liste 3 – Unabhängige Wählergemeinschaft im Bayerwerk Dormagen (UWG): 781 St./5 Sitze

#### Elberfeld:

Liste 1 – Unabhängige Arbeitnehmer: 495 St./5 Sitze

Liste 2 – Belegschaftsliste: 885 St./9 Sitze

Liste 3 – Haase/Maly: 1306 St./13 Sitze

#### Brunsbüttel:

Liste 1 – Friedhelm Peetz/Heino Skripek: 389 St./4 Sitze

Liste 2 – Freie und unabhängige Liste: 166 St./1 Sitz

Liste 3 – IG Chemie-Papier-Keramik: 810 St./10 Sitze

Im Werk Uerdingen fand – da nur eine Vorschlagsliste der IG Chemie-Papier-Keramik eingereicht wurde – Persönlichkeitswahl statt. Von den 73 vorgeschlagenen Kandidaten wurden insgesamt 33 Mitarbeiter, davon 23 gewerbliche Arbeitnehmer und 10 Angestellte, in den neuen Betriebsrat gewählt. rü

# ÖKONZEPT : STEUERTIP



**Lassen Sie Ihr Geld  
für den Umweltschutz arbeiten !**

Wildkatze  
(Felis silvestris)  
Vom Aussterben  
bedroht.  
Aus dem  
**ÖKONZEPT:**  
Rote-Liste-  
Kalender 1990

Bekannt sind wir durch unsere Umweltschutz- und Rote-Liste-Kalender. Ein Programm hochwertiger, ökologisch orientierter Fotowandkalender. Selbstverständlich auch auf Original-Umweltschutzpapier. Zur Verbreitung des ökologischen Gedankens. Unterstützt von allen großen Umweltschutzverbänden unseres Landes. Gegen die Flut der »Heile-Welt«-Kalender. Erfolgreich entwickelt sich unser ökologisch orientiertes Projekt. Jährliche Zuwächse zwischen 30 und 40 Prozent machen jetzt zusätzliches Kapital erforderlich. Zur Finanzierung steigender Produktion und für verbesserte Vertriebsleistungen.

Wir bieten die Möglichkeit finanzieller Beteiligung. Als Stille Gesellschafterin oder Stiller Gesellschafter nehmen Sie an unseren derzeitigen Anfangs- und Aufbauverlusten und an unseren späteren Gewinnen teil. Auf diese Weise lassen sich Steuern sparen. Beteiligungen sind ab DM 1.000,- möglich.

## ÖKONZEPT : Natur hat Zukunft

**Ja**

ich möchte Kapital sinnvoll anlegen. Ich interessiere mich für eine Beteiligung an der **ÖKONZEPT : Verlag GmbH**. Bitte senden Sie mir die Info-Mappe mit dem Beteiligungsprospekt (Inhalt: Projektbeschreibung, Finanzpläne, Gesellschaftsvertrag, Beteiligungsunterlagen etc.)

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

**ÖKONZEPT : Verlag GmbH**

Am Hakenbuch 85, Postfach 150432, 4000 Düsseldorf 1, 0211-216018 / Axel Köhler-Schnura

## Sprecherausschüsse gewählt

Zeitgleich mit den Betriebsratswahlen fand Ende März 1990 in allen bundesdeutschen BAYER-Werken die Wahl der Sprecherausschüsse für leitende Angestellte statt. Von IG Chemie und 'Durchschaubaren' in der Vergangenheit immer wieder als verlängerter Arm der Unternehmensleitung kritisiert, gelang es den BAYER-Lobbyisten und der chemischen Industrie insgesamt, Sprecherausschüsse, seit Jahren bereits im rechtsfreien Raum existent, gesetzlich zu fixieren. Hier die Ergebnisse, wie von BAYER veröffentlicht.

Im Werk Leverkusen waren 2403 Mitarbeiter wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 72 Prozent. In der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen wurden gewählt: Professor Dr. Walter Simmler, Dr. Klaus Alberti, Dr. Reiner Siewerdt, Dr. Walter Haupt, Dr. Rudolf Fauß, Dr. Hans Freese, D.Bw. Ludwig-Michael Pohl.

In Dormagen waren 365 Mitarbeiter wahlberechtigt. Die Beteiligung lag bei 76 Prozent. Gewählt wurden: Dr. Heinz Uhlenbrauck, Dr. Eugen Velker, Dr. Ralf Mießen, DI Horst Mischnick, Dr. Karl-Heinz Peters, DI Klaus-Dieter Mann, DI Hans Lorenz.

In Uerdingen gingen 71 Prozent der 324 Wahlberechtigten zur Urne. Sie wählten: DI Joachim Bollmann, Dr. Horst Köller, Dr. Günter Gleitsmann, Dr. Werner Fuhr, Dr. Günter Linde, Dr. Volker Serini, DI Volker List.

84 Prozent der 268 Wahlberechtigten wählten im Werk Elberfeld: Dr. Hans Plümpe, Dr. Werner Ertel, Dr. Winfried Winger, Dr. Delf Schmidt und Ursula Voigtländer in den Sprecherausschüssen.

Im Werk Brunsbüttel waren 59 Mitarbeiter wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung lag bei 98 Prozent. Gewählt wurden: DI Henno Lucan, Dr. Wolfram Dornfeldt, Dr. Fritz Pohl.

Inzwischen haben sich die Sprecherausschüsse in Leverkusen, Dormagen, Elberfeld, Uerdingen und Brunsbüttel konstituiert. Folgende Mitglieder wurden zu Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

**Werk Leverkusen:** Professor Dr. Walter Simmler und Dr. Klaus Alberti;

**Werk Dormagen:** Dr. Heinz Uhlenbrauck und Dr. Eugen Velker;

**Werk Uerdingen:** DI Joachim Bollmann und Dr. Horst Köller;

**Werk Elberfeld:** Dr. Hans Plümpe und Dr. Werner Ertel (Der bisherige Vorsitzende des Sprecherausschusses, Dr. Walter Maul, hat sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl gestellt.);

**Werk Brunsbüttel:** DI Henno Lucan und Dr. Wolfram Dornfeldt.

or/ir

## Gleichberechtigung.....

### BAYER gegen Frauenbeauftragte

Auch die Verleihung des CAPITAL-Fairneßpreises für Frauenförderung (wir berichteten) bringt BAYER der Gleichberechtigung nicht näher. Gute Chancen für Frauen gibt es, entgegen allen anderslautenden imagefördernden Konzern-Äußerungen, nur vereinzelt. Der Realisierung berechtigter Forderungen, wie der zur Einrichtung einer unabhängigen Frauenbeauftragten auf Vorstands- und Betriebsratsebene, wird gar ausdrücklich entgegengewirkt. So argumentiert ausgerechnet eine Frau, Susanne Heffner vom BAYER-Zentralbereich Personal dagegen. Eine Frauenbeauftragte, findet sie, "wird leicht als einseitig abgestempelt". Deshalb auch vertritt sie das bei BAYER praktizierte Modell eines "Arbeitskreises Chancengleichheit", eines mit Frauen und Männern aus allen Unternehmensbereichen besetzten Ausschusses, der unter Beteiligung des Betriebsrates arbeitet.

Was die Sozialpartnerschaft auf der einen, ist der Gleichklang der Geschlechter auf der anderen Seite. So jedenfalls mag Mann es sehen wollen. □

### Herr Vorständin hat gute Chancen

Frauen sind bei BAYER nicht gleichberechtigt. Ihr Anteil in Führungspositionen der mittleren Ebene ist verschwindend gering. In Vorstand und Aufsichtsrat gar bleiben die Herren ganz unter sich. Diese Tatbestände sind in der Vergangenheit immer wieder Anlaß zu öffentlicher Kritik gewesen. Grund genug für die BAYER-Propagandaabteilung, ein gegenteiliges Bild der Wirklichkeit zu entwerfen. Daß Herr Peglau vom BAYER-Massenblatt "direkt" dabei noch lernbedürftig ist, zeigt auf peinliche Art und Weise ein Lapsus, der ihm unterlaufen ist. In fetten Headline-Lettern behauptet er "Frau Ingenieur hat gute Chancen". Was allenfalls im Einzelfall stimmen mag, ist in der Wahl der Terminologie bereits ein Anzeichen dafür, daß die Themen der Frauenbewegung nicht bis in das Bewußtsein der Herren BAYER-Redakteure vorgedrungen ist. Hätte es doch sonst immerhin geheißen, "Frau Ingenieurin hat gute Chancen".

Freilich mehr noch als rein imagepflegende Schönfärberei will der Seiteins-Artikel in "direkt" vermutlich bezwecken. Denn tatsächlich werden die geburtschwachen Jahrgänge einen Mangel an Naturwissenschaftlern nach sich ziehen, der durch Frauen kompensiert wer-

den könnte. So darf frau wohl als Einladung verstehen, was Günter Ritter, in Leverkusen für die "Personalbeschaffung" verantwortlich, prophezeit: "Die Zukunft bringt den Frauen gute Chancen in den gefragten ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen Maschinenbau, Verfahrens- oder Elektrotechnik. ... breites Basiswissen und Praxisbezug kennzeichnen das Anforderungsprofil an die FH-Ingenieure und -Ingenieurinnen." □

## Gewerkschaft.....

### BAC und IG Chemie: Hand in Hand die DDR erobern

Karl Molitor, Hauptgeschäftsführer des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAC) in Wiesbaden findet, daß die hierzulande vielgescholtene Sozialpartnerschaft auch in der künftigen DDR praktiziert werden soll: "In dieser Ausnahmesituation wollen wir unsere positiven Erfahrungen mit dem in der Bundesrepublik entwickelten speziellen System der Chemie-Sozialpartnerschaft ... einbringen." Auf daß diese Strategie einheitlich vertreten werde, kam es zu einer unrühmlichen, am 14.03.90 veröffentlichten, Kooperation zwischen Molitor's Verband und der IG Chemie. Man einigte sich darauf, Aktionen in der DDR gegenseitig abzustimmen und möglichst gar gemeinsam durchzuführen. Dies sei das "Ergebnis des pragmatischen Umgangsstils der Chemie-Partner, der sich nicht an Ideologien, sondern an Sachproblemen orientiert." Kernstück der Zusammenarbeit: Beide Seiten verpflichten sich, bei Kontakten, Vorträgen, Veranstaltungen und Kundgebungen mit dem Sozialpartner zusammen zu wirken. Sie bekennen sich zum "besonderen System der Chemie-Sozial-Partnerschaft, ... zur sozialen Marktwirtschaft und zu freigewählten Betriebsräten".

Der Industrie-Gewerkschaftsklüngel dürfte über die Harmonisierung der ChemiearbeiterInnen hinaus dazu geeignet sein, etwaige andere Strategien kämpferischerer bundesdeutscher Gewerkschaften in der DDR zu konterkarieren. □

### Rappe beansprucht Vertretungsanspruch in DDR

Warum sollten politische Maximen nicht auch für Gewerkschaften gelten? So oder ähnlich mag Hermann Rappe, Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei BAYER, zugleich Mitglied im Aufsichtsrat "seiner" Firma und für die SPD im Bundestag vertreten, denken. Was hinsichtlich der Vereinigung beider deutscher Staaten der Artikel 23 des Grundgesetzes, der die 40-

jährige eigenständige Entwicklung der DDR nahezu völlig unberücksichtigt zu lassen scheint, ist für Rappe die IG Chemie-Zentrale in Hannover. Vor 120 BAYER-Betriebsräten referierte er unlängst in Köln seine Ansichten zur Vereinigung der IG Chemie mit der DDR-Chemiegewerkschaft: "Grundlage ... ist unsere Satzung. Hauptsitz bleibt Hannover." Bereits 1991 soll der erste gemeinsame Gewerkschaftstag "für die Republik Deutschland" stattfinden. Dabei gibt es für Rappe gar kein anderes Modell, als die in der Bundesrepublik stets eingeübte Sozialpartnerschaft. Gesprächsrunden, bestehend aus Vertretern der Industrie, der Politik und der Gewerkschaft, sollten die zukünftige Entwicklung vorbereiten.

Vermutlich um die Kolleginnen und Kollegen auf Linie zu bringen, kündigte Rappe an, am Gewerkschaftstag der chemischen Industrie in der DDR teilzunehmen. □

### Rappe's Rat für Brasilien

So sehr sich der Vorsitzende der IG Chemie, zugleich Präsident der 'International Chemical Energy Federation' (ICEF), Mitglied des Bundestages (SPD) sowie des Aufsichtsrates bei BAYER, trotz flehentlicher Bitten der von BAYER im brasilianischen Werk Belford Roxo entlassenen Kolleginnen weitgehend aus dem Konflikt herausgehalten hat, so sehr gibt er jetzt, nach ersten Erfolgen der Solidaritätsbewegung vermeintlich schlaue Ratschläge, die im Kern der gleichen unsolidarischen Haltung entspringen. Wohl der effektiven Öffentlichkeitsarbeit der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' sowie der Missionszentrale der Franziskaner eingedenk, rät er den lateinamerikanischen Gewerkschaften, in der Bundesrepublik nicht "Grüne, Kommunisten oder auch gewisse Kirchenkreise" um Hilfe zu bitten. Erpressensch und entlarvend zugleich fügt er hinzu: "Dann ist das Verhandlungspotential der IG Chemie erschöpft." Eben jenen Verhandlungen, die seine Gewerkschaft geführt haben will, sei die Wiedereinstellung von entlassenen Gewerkschaftlern zu verdanken, prahlt Rappe.

Daß Konflikte nicht mit Streiks, zu denen es bei BAYER in Brasilien und Peru immer wieder kommen mußte, zu lösen sind, will Rappe vermutlich mitteilen, wenn er die westdeutsche Sozialpartnerschaft propagiert. Rappe: "Wir reden und verhandeln miteinander und verteufeln uns nicht." Nach diesem Strickmuster werden wohl alle Verhaltensregeln, die die IG Chemie für die im Ausland - als erstes für in Brasilien - operierenden deutschen Chemieunternehmen erarbeiten will, sein. Auf der ersten internationalen ICEF-Konferenz in Rio de Janeiro teilte Rappe, der den Besuch auch für eine Visite bei BAYER nutzte, bereits mit, daß er sich als

Ansprechpartner für diese Aufgabe ausgerechnet den 'Bundesarbeitgeberverband Chemie' vorstelle, der die Empfehlungen, über die die IG Chemie zusammen mit den ausländischen Gewerkschaften wachen wolle, auszusprechen habe.

Tribut Rappe's an die in der Bundesrepublik in letzter Zeit immer wieder geäußerten Forderungen: Einheimische sollen mehr Chancen erhalten, leitende Stellen wahrzunehmen. Der Arbeits- und Umweltschutz sei zu verbessern. Die Tarife haben über das gesetzlich vorgeschriebene Niveau hinauszugehen.

Der Vizepräsident von BAYER DO BRASIL, H. Gleinig, bittet Rappe um "eine Chance". Das brasilianische Management müsse noch lernen, daß der Umgang mit Gewerkschaften völlig natürlich sei. "Der Brasilianer ist ein Mann des Kompromisses, nicht der Revolution."

## Produktionssicherheit.....

### Verantwortung auf BetriebsingenieurInnen abgewälzt

Seit Juni 1989 gibt es eine neue Druckbehälterverordnung (DBehV), die höhere Anforderungen an die Produktionssicherheit stellt. Damit verbunden ist ein Mehraufwand an Arbeit und Verantwortung, die BAYER auf die BetriebsingenieurInnen abzuwälzen im Begriff ist. Ein fünfständiger Lichtbildervortrag mit anschließendem Multiple-Choice-Test fungiert als Lehrgang für Sachkundige, nach 32 DBehV gefordert und im Nachhinein gar vom Kölner Regierungspräsidenten anerkannt.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' und die 'KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' fordern zusätzliches Personal für die durch die DBehV entstehenden zusätzlichen Aufgaben einzustellen. □

## Unfälle.....

### Vorwarnsystem kaschiert Gefährdungen

Dr. Friederich Haas, Leiter des BAYER-Werkes in Krefeld-Uerdingen hat es richtig erkannt: "...nur wenn wir lernen, daß alle Ereignisse bei uns offengelegt werden müssen, können wir überleben... Unsere Bürger sind wach geworden. Sie wollen bei jedem Blaulicht wissen, was los ist." So dient denn auch eine vereinbarte Standleitung zwischen der Duisburger Feuerwehr-Leitstelle und der Uerdinger

Produktionsstätte mehr dem Image, als der Sicherheit. Eine gleiche Einrichtung, vor Jahren bereits zwischen dem BAYER-Werk und der Stadt Krefeld beschlossen, konnte jedenfalls weder den Großbrand vom 14. Februar 1989 an sich, noch die Tatsache, daß dabei der ALKYDAL-Betrieb völlig ausbrannte, verhindern.

Das Meldeverfahren funktioniert per Telefonleitung, über die Störfälle entsprechend des von BAYER eingeschätzten Schweregrades von D1 bis D4 kategorisiert werden. Bei D3 steht die Duisburger Feuerwehr den Werkskollegen zur Seite. Erst bei D4 bestünde eine akute Gefahr für die Bevölkerung. Dann auch werde über den Rundfunk vor der Katastrophe gewarnt. Da selbst der erwähnte Großbrand lediglich als D3 eingestuft wurde, läßt sich erahnen, wie viele Gesundheitsgefährdungen die Bevölkerung über sich ergehen lassen muß, ehe von Werksseite eine Beeinträchtigung zugegeben wird. □

### Mofafahrer tödlich verunglückt

Auf dem Gelände des Uerdinger BAYER-Werkes ereignete sich am 12. 02.90 ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang. Ein Mofafahrer prallte mit einem Pritschenwagen zusammen und erlag im Krankenhaus seinen schweren Kopfverletzungen. Da der Unfall sich nicht auf öffentlichen Straßen ereignete, handelt es sich um einen Betriebsunfall. Die Kriminalpolizei ermittelt. □

### Gestank in Folge Stromausfalls

Am 12. Februar 1990 kam es im Leverkusener BAYER-Werk zu einem Stromausfall, der die Abluftfilter mehrerer Betriebe für kurze Zeit, bis zum Einsetzen der Notstromaggregate, außer Gefecht setzte. So gingen die Produktionsablufte pur ins Freie. Die Folge: Erheblicher Gestank belästigte die Bevölkerung. Daß jedoch auch gefährliche Stoffe freigesetzt wurden, wird bei BAYER nicht für möglich gehalten. Stereotyp verlautete von dort wieder einmal: "Eine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung bestand nicht."

Kuriosum: Die nach Schwefel riechenden Gase zogen in Richtung Rathaus. Die Verantwortlichen der Stadt sollen jedoch ihre Nase öffentlich nicht gerümpft haben. □

# Tierversuche abschaffen

## der Gesundheit zuliebe

- Die großen Volkskrankheiten unserer Zeit wie Allergien, Krebs, Herz- und Kreislaufleiden, Rheuma, Multiple Sklerose, Gicht, Nieren- und Leberschäden u. a. nehmen unaufhaltsam zu.
- 30.000 Arzneimitteltote werden jedes Jahr in der Bundesrepublik registriert.
- Allein 1988 mußte das Bundesgesundheitsamt 1.040 schädliche oder sogar tödliche Medikamente aus dem Handel ziehen.

Millionenfach durchgeführte Tierversuche konnten nicht verhindern, daß unser Gesundheitswesen inzwischen zur gigantischen Krankheitsindustrie verkommen ist. Im Gegenteil, durch sie wurde die Katastrophe heraufbeschworen: Experimente am Tier sind nicht geeignet, gesundheitliche Schäden vom Menschen abzuwenden. Die Andersartigkeit der Tiere hinsichtlich ihrer Anatomie, Physiologie, Psyche, Lebenserwartung, ihres Stoffwechsels und Biorhythmus verbietet eine Auswertung von tierexperimentellen Ergebnissen für die Humanmedizin. Trotzdem wird an dieser „Methode“ festgehalten. Die Gründe liegen in Kommerz und Karrieredenken. Damit die Industrie auch weiterhin ungehindert gefährliche Chemikalien und Arzneien in Umlauf bringen kann, erfüllen Tierversuche für sie eine Alibifunktion. Im Schadensfall gibt man vor, mittels (gesetzlich vorgeschriebener) Tierversuche angeblich alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen zu haben und entgeht damit der Produzentenhaftung.

An den Universitäten werden zwei Drittel aller

Tierexperimente zur Erlangung des Dokortitels bzw. der Professoren „würde“ gemacht. Nach dem Motto „wer schreibt, der bleibt“ werden unzählige Arbeiten über Tierversuche oft mit den unsinnigsten Fragestellungen veröffentlicht. Die Versuchstierstallungen werden zu Legebatterien für akademische Auszeichnungen.

Tierversuche – das bedeutet legalisierter Massenmord (allein hierzulande Jahr für Jahr 14 Millionen Tiere) sowie wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Betrug.

- Wir brauchen eine Medizin, für die Leben nicht gleich Physik und Chemie bedeutet.
- Wir brauchen Politiker, die nicht in unheilvoller Kumpanei mit Wirtschaftszweigen (Chemie/Pharma, Futtermittel- und Gerätehersteller, Zuchtbetriebe) verstrickt sind, welche von Tierversuchen profitieren.
- Wir brauchen eine tierversuchsfreie, gewaltlose, auf den Menschen bezogene medizinische Forschung, für die Körper, Geist und Seele eine Einheit bilden – den Versuchstieren und der eigenen Gesundheit zuliebe.

**TIERVERSUCHSGEGNER**

**NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.**

ALS GEMEINNÜTZIG UND BESONDERS FÖRDERUNGSWÜRDIG ANERKANNT

- Unterstützen Sie unsere Arbeit • Fordern Sie weiteres Informationsmaterial an
- Kempener Straße 205 • 5060 Bergisch Gladbach 2 • Telefon: 02202/83613
- Spenden – unter dem Motto „Lebenswerte Zukunft für Mensch und Tier“ – erbitten wir auf unser Konto 293692-506 beim Postgironet Köln (B.I.Z. 37010050)

## Verpuffung in Leverkusen - fünf Verletzte

Die Ursache sei ungeklärt, hieß es bei BAYER. Am 05.04.1990 ereignete sich im Leverkusener Werk eine Verpuffung in einem LATEX-Vorratsbehälter. Die Reaktion war derart heftig, daß zunächst von einer Explosion ausgegangen wurde. Die Feuerwehr eilte zu Hilfe. Die Verpuffung richtete schwere Schäden an der Betondecke an, deren Teile fünf Kollegen auf den Kopf fielen. Leicht verletzt mußten sie vorübergehend in ein Krankenhaus eingeliefert werden. □

## Mehr Unfälle in Uerdingen

Die Zahl der Unfälle im Krefeld-Uerdingener BAYER-Werk ist 1989 gestiegen. Die von BAYER sog. "1'000-Mann-Quote" - die in ihrer Terminologie die Frauen ignoriert - stieg auf 18,9 gegenüber 17,7 im Vorjahr. Insgesamt ereigneten sich 1989 nach offiziellen Zahlen 197 Betriebsunfälle.

Alle fünf BAYER-Werke der Bundesrepublik zusammen verzeichneten 1'002 meldepflichtige Betriebsunfälle, hiervon 4 % beim Umgang mit Chemikalien.

Werkleiter Dr. Friedrich Haas weiß das schlechte Uerdingener Ergebnis geschickt zu kaschieren: Er zeichnet die 13 Kollegen des Betriebes "Technische Gase" unter Anwesenheit der Presse für 15 Jahre unfallfreies Arbeiten aus. □

## Gen-/Biotechnologie.....

### Tabak resistent gegen Pilze?

Im 'Institut für Biotechnologie' des BAYER-Pestizidzentrums Monheim ist es, einer Aussage des im Vorstand für die Forschung zuständigen Prof. Karl Heinz Büchel zufolge, den 30 dort beschäftigten KollegInnen gelungen, Tabakpflanzen gegen Pilzschädlinge besonders widerstandsfähig zu machen. Zu diesem Zweck wurde ihnen ein entsprechendes Gen einer Erdnußpflanze - angeblich von Natur aus widerstandsfähig gegen Pilze - eingebastelt. Schon steht ein ähnlicher Versuch mit Getreide ins Haus. Die Pestizide der nahen Zukunft werden nicht nur chemischer, sondern vor allem gentechnischer Natur sein.

Resistent gemacht werden sollen Nutzpflanzen mit einem aus der Tomate noch zu isolierenden Gen gegen Herbizide, insbesondere gegen das Mittel SENCOR, chemisch verwandt mit dem Brunnenvergifter ATRAZIN. Das Gen, etwa auf Soja übertragen, soll die Pflanze vor SENCOR schützen und gleichzeitig das

"Unkraut" vernichten.

Erklärtes Ziel der BAYER-Forscher: Kampf gegen den Hunger in der Welt sowie Verringerung des Pestizidaufwandes.

Tatsächliche Intention: Wiedererlangung des ersten Platzes am Weltpestizidmarkt mit sog. innovativen Produkten.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' lehnt den Einsatz der Gentechniken wegen unabschätzbarer Risiken allgemein und in der Landwirtschaft ab. Sie fordert stattdessen die systematische Erforschung ökologischer Anbaumethoden. □

### Gentechnikschutzgesetz: BAYER gegen Öffentlichkeitsbeteiligung

In einer BAYER-Stellungnahme (Dr. P. Stadler) zur öffentlichen Anhörung zum mittlerweile durchgepeitschten Bonner Gentechnikschutzgesetz vom 16.01.90 heißt es u. a.: "Die BAYER AG begrüßt die Initiative der Bundesregierung, durch ein Gentechnikgesetz einen bundeseinheitlichen rechtlichen Rahmen für die weitere Erforschung und Nutzung der Möglichkeiten der Gentechnik zu setzen. ... Die BAYER AG ist nicht grundsätzlich gegen eine Beteiligung der Bürger, wenn es um wichtige Fragen der Sicherheit und Umwelt geht. Die Beteiligung ... darf jedoch nicht dazu führen, daß die behördlichen Genehmigungsverfahren von Gentechnikgegnern zu 'Verhinderungsverfahren' umfunktioniert werden.

Bei den bisherigen gentechnikrechtlichen Verfahren (noch nach dem eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehenden Bundesimmissionschutzgesetz, d. Red.) hat die Öffentlichkeitsbeteiligung weder einen rationalisierenden Effekt auf die Entscheidungsbildung gehabt noch zur Verbesserung der Akzeptanz der Gentechnik beigetragen."

Logische Konsequenz für BAYER: Die Öffentlichkeitsbeteiligung muß weitgehend ausgeschlossen werden. Dies liest sich in Stadler's Stellungnahme dann so: "Eine Beteiligung der Öffentlichkeit erscheint erst bei Entscheidungen zu Verfahren der Sicherheitsstufen 3 und 4 zu gewerblichen Zwecken angemessen, da es sich in derartigen Fällen um Arbeiten mit hochpathogenen Organismen handelt." Dies bedeutet im Klartext, daß der Großteil der gentechnischen Anlagen ohne die Öffentlichkeit genehmigt werden soll. Ein klarer Rückschritt hinter die Regelungen des Bundesimmissionschutzgesetzes, findet nicht nur die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'.

Daß BAYER-Forderungen an die Politiker nicht echolol verhallen, belegt die Tatsache, daß das aktuell veröffentlichte Gentechnikschutzgesetz einen weit-

gehenden Ausschluß der Öffentlichkeit vorsieht. Wie von BAYER und weiteren Teilen der Industrie bestellt. □

### Leserbrief: "...fühle ich mich von meinem Konzern im Stich gelassen..."

Einen Brief zur Weiterleitung an den Vorstand der BAYER AG sandte uns Hartmann Doerry aus Tübingen. Darin heißt es: "Sehr geehrte Damen und Herren, (gemeint ist die Redaktion der BAYER-Berichte, einer Propagandazeitung des Konzerns, d. Red.) ich danke Ihnen sehr für die regelmäßige Zusendung der BAYER-Berichte ... Sehr intensiv studiere ich diese Seiten immer, um Antworten und evtl. konkrete Widerlegungen von BAYER-Seite auf gezielte Einzelvorwürfe von Umweltschützern und Kritikern der Gentechnologie zu erhalten. Leider muß ich feststellen, daß alle Äußerungen zu diesen Themen sehr pauschal gehalten werden, nie eine konkrete Einzelkritik würdigen und entkräften, stattdessen immer und nur den Charakter von Betuerungen, keinesfalls aber nachprüfbarer Diskussionsbeiträgen, beliebbarer Argumenten haben. Als Aktionär fühle ich mich von meinem Konzern uninformiert im Stich gelassen. Außerdem schmerzt mich, daß andere, woanders intensiv diskutierte und konkret belegte Themen bei Ihnen völlig ignoriert werden:

- Tierversuche bei BAYER
- der Prozeß gegen GREENPEACE
- die Arbeitsbedingungen von Gewerkschaftern in Brasilien
- die jüngste Pestizid-Studie der 'Biologischen Bundesanstalt' und Konsequenzen für BAYER
- u. v. a.

Da ich meiner Verantwortung als BAYER-Aktionär in Zukunft aber gerecht werden möchte, sehe ich mich gezwungen, mich zusätzlich zu informieren. Dafür bietet sich meines Wissens nur die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', deren Zeitschrift "Stichwort: BAYER" Ihnen bekannt sein dürfte. Ich empfehle Ihnen dringend, in den BAYER-Berichten regelmäßig auf das eine oder andere dort vorgebrachte "Stichwort" eingehend zu reagieren.

Ich werde "Stichwort: BAYER" abonnieren, die darin enthaltenen Informationen - soweit nicht glaubwürdig widerlegt - verbreiten und die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' gelegentlich aus mir zugeflossenen BAYER-Dividenden unterstützen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesem Schreiben bei Ihren Bemühungen um eine sachliche Aufklärung der BAYER-Aktionäre über die Tätigkeit "Ihres" Konzerns einen Dienst geleistet zu haben. Hochachtungsvoll!"

Anmerkung der Redaktion: Wir freu-

en uns über Kritik. Über Lob aber umso mehr. Und doppelt über neue Abonnenten/Mitglieder. Der Aufforderung Hartmann's an den BAYER-Konzern, sich der Kritik der 'Coordination' in einem Dialog zu stellen, schließen wir uns - zum wiederholten Male - an. □

### BAYER ist mitverantwortlich für ersten Freisetzungsversuch

"Gentechnologen, Bevölkerungsstrategen - wir werden Euch das Handwerk legen". "Rote Zora, Hexenweiber kämpfen gegen Genbetreiber". So und anders lauten die Sprüche auf hoch ausgestreckten Transparenten.

Die zum Teil von weither angereisten ca. 150 DemonstrantInnen staunen nicht schlecht. Da verstellen sie in aller Frühe die vier Tore mit Ihren Körpern und bringen sicherheitshalber gar dicke Schlösser an. Und in der Tat, die zum Arbeitsbeginn sich einstellenden MitarbeiterInnen des Kölner Max-Planck-Institutes für Züchtungsforschung (MPI) in Köln-Vogelsang müssen am 14. Mai 1990 außen vor bleiben.

Die in Bereitschaft stehende Polizei erhält Weisung zur Zurückhaltung. Die "Blockade" wird nicht aufgelöst. Dennoch kann die erste offizielle Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in der Bundesrepublik

nicht verhindert werden. Einige MPI-Strategen nämlich, durch die Proteste eines breiten Bündnisses besorgter BürgerInnen, darunter auch die 'Coordination' gegen BAYER-Gefahren, vorgewarnt, haben hinter den das MPI-Gelände umgebenden hohen Zäunen genächtigt und können nun unbehelligt die ersten von 30'000 Petunien auf den Acker bringen.

Mit von der Partie, wengleich auch nicht physisch anwesend, der BAYER-Konzern, der diese Premiere von langer Hand vorbereitet hat. Auf vielfältige Weise mit dem MPI verflochten, sorgte er in der Vergangenheit dafür, die Gentechnik international voran zu treiben. Dies nicht umsonst: Nach Berechnungen des Bundesforschungsministers beträgt der Markt für gentechnologisch erzeugte Produkte im Jahr 2'000 satte 144 Mrd. US-Dollar. Mit dem Petunienversuch sollen Akzeptanz und Gewöhnung der Bevölkerung erreicht werden. Dem als harmlos dargestellten Versuch, bei dem sog. springende Gene gefunden werden sollen, dürften schon bald neue, noch bedenklichere folgen.

Während die einen demonstrieren, legen andere VertreterInnen der 'Coordi-

nation gegen BAYER-Gefahren' auf einer Pressekonferenz in Bonn 43 Anträge für die Hauptversammlung des BAYER-Konzerns am 19. Juni 1990 vor. In der Presseerklärung heißt es: "Gegen die Entwicklung und Anwendung der Gentechnologie liegen eine Vielzahl ökologischer, sozialer, wirtschaftlicher und ethischer Bedenken vor. ... Die 'Kritischen BAYER-AktionärInnen' begründen daher in einem umfangreichen Antrag, warum der Ausstieg aus der Gentechnologie generell und gerade bei BAYER erfolgen muß." □

### Pharma.....

### ASPIRIN im Guinness-Buch

Ungeachtet unerwünschter Nebenwirkungen und hohen Preisniveaus ist das BAYER-Schmerzmittel ASPIRIN einer Konzernmitteilung zufolge mit 314 Mrd. Tabletten 90 Jahre nach seiner Markteinführung das meistverkaufte Medikament seiner Gruppe. Dieser Verkaufserfolg war



ASPIRIN - BAYER's Trademasse in aller Welt. Dr. W. Moebius (Arznei-folgenamt) zu ASPIRIN FORTE: "Daß ein ein mit dem Aspirinpräparat CAFASPIN identisches ASPIRIN FORTE, in dem Handel kommen muß, läßt sich nur durch die Gedankenwelt der Leverkusener Pharmamanages erklären, denen es nicht neues einzufallen scheint ... Das allerschönste ist freilich der Preis: 20 Tabletten der köstlichartigen Zubereitung kosten ... just soviel wie 500 g ONKO-Kaffee im Sonderangebot. ... Weil aber Güter der stetigen Verbesserung bedast. Wie wär's mit der Zugabe von Knoblauch-Extrakt oder Fischöl, denn wer den Schmerz besittigt, braucht auch einen Jungbräuner."

immerhin Anlaß ins Guinness-Buch der Rekorde Aufnahme zu finden.

Die 'Coordination' gegen BAYER-Gefahren' fordert unterdessen, ASPIRIN aus dem Bereich der Selbstmedikation zu entfernen, es für Kinder wegen mitunter gefährlicher Nebenwirkungen zu verbieten, sowie aus den beträchtlichen Überschüssen des ASPIRIN-Verkaufes einen Fonds für Arzneimittelgeschädigte einzurichten, dessen Höhe ebenfalls Rekordreife hätte. □

### Neues ASPIRIN

Das traditionelle Schmerzmittel ASPIRIN, nahezu schon zum Synonym für BAYER in aller Welt geworden, muß vereinzelt Marktanteile an Generika-Hersteller abgeben. Wen wundert es da, wenn BAYER ein ganz neues ASPIRIN auf den Markt bringt, das angeblich verstärkt wirkende ASPIRIN FORTE. Neben der traditionellen Substanz ACETYLSALICYLSÄURE enthält das Präparat COFFEIN. Die Kombination aus einer schmerzstillenden und einer stimulierenden Komponente aber halten kritische PharmazeutInnen seit Jahren bereits für nicht sinnvoll. Kommt hinzu, daß der Preis von DM 5,95 fast

doppelt so hoch liegt, wie für andere Schmerzmittel. □

### Krank durch Mastmittel

Daß BAY-O-NOX (Wirkstoff: OLAQUINDOX, jährlicher Verkauf lt. BAYER: 250 t, davon 90 % ins Ausland), ein BAYER-Veterinärantibiotikum, das als "Leistungsförderer" in der Schweinemast eingesetzt wird, einer artgerechten Aufzucht im Wege steht, ist bereits nicht selten kritisiert worden. Daß das Mittel allerdings auch für Menschen, die damit in Berührung kommen, gefährlich sein kann, ermittelte jetzt die Hautklinik der Göttinger Universität. So lassen sich häufig beobachtete, bisher nicht zuzuordnende, Symptome bei Schweinemästern ursächlich klären. OLAQUINDOX, das zumeist als Pulver vorliegt, wird dem Futter beige-mischt. Dabei läßt sich eine gewisse Staubentwicklung nicht vermeiden. Die Stellen der menschlichen Haut, die mit OLAQUINDOX in Berührung kommen, können sich unter anschließendem Sonnenlichteinfluß heftigst entzünden. Ein schweres Krankheitsbild, Lichtdermatitis genannt, entsteht.

Besonders fatal: Selbst nach Meldung der auslösenden Ursache, sprich: Verzicht auf OLAQUINDOX, besteht das Krankheitsbild fort. Eine Heilung, sofern überhaupt möglich, kann

sich über Jahre hinziehen, Jahre, in denen die Betroffenen zusätzlich zur Last ihrer Krankheit auch noch die Sonne meiden müssen.

BAYER tut das ganze als "Einzelfall" ab. Bei "sachgemäßem Umgang mit BAY O NOX bestehen keine Gefahren für Mensch und Tier". Dabei ist das Präparat chemisch eng mit dem wegen fotoallergischer Lichtreaktionen schon 1973 vom EG-Markt verbannten QINDOXIN verwandt.

Die 'Coordination' gegen BAYER-Gefahren' fordert den BAYER-Konzern auf, OLAQUINDOX aus dem Verkehr zu ziehen und als Sofortmaßnahme auf den Verkauf der pulverisierten Form zu verzichten. Da noch Altbestände im Verkehr sind, müssen die Mäster durch ein BAYER-Schreiben unverzüglich gewarnt werden. Die schon Erkrankten sind angemessen zu entschädigen. Ihre Behandlungskosten soll der BAYER-Konzern als Verursacher anstelle der Krankenkassen bezahlen. □

### BPI in die DDR

Nicht umsonst hat der erst im März (1990) gegründete 'Verband der deutschen Pharmaindustrie e. V.' seine so ungleiche,

weil dominante, bundesdeutsche Schwester, den 'Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie' (BPI), mit dem eine Ehe unmittelbar bevorsteht, ersucht, bei der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der DDR Zurückhaltung zu üben. Angesichts der Tatsache, daß dort mit 2'000 verschiedenen Präparaten die Grundversorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln eher dürftig gedeckt, die Bundesdeutschen hingegen im Wirrwarr von über 70'000 Medikamenten beinahe ersticken, kein Wunder. Immerhin, die marode-geredete DDR-Pharmaindustrie exportiert ca. 50 % ihrer Eigenproduktion ins vornehmlich östliche Ausland, für den BPI eine willkommene zusätzliche Pforte zu neuen Märkten.

Bei einem Treffen der beiden Pharmaverbände versprach BPI-Hauptgeschäftsführer Prof. Vogel Behutsamkeit und Sensibilität. Doch schon ab 1992 soll auch in der - dann nicht mehr existenten - DDR der freie Markt wüten. Dann nämlich will sich der BPI nicht mehr darauf beschränken, lediglich ein ergänzendes Sortiment zur Grundversorgung durch DDR-Betriebe zu liefern.

Daß BAYER, tonangebend im BPI, nicht einmal bereit ist, bis dahin zu warten, belegt neben anderslautenden Andeutungen die schon heute in der DDR getätigten Geschäfte. In Neubrandenburg z. B. installiert der Konzern eine Antibiotika-Anlage, deren Lieferung noch zu Honneker's Zeiten vereinbart worden ist. □

ter Vorgehen in dieser Sache informiert halten ..."

## Pestizide.....

### Neue BAYER-Fungizide

Auf der Basis des Wirkstoffes TEBUCONAZOLE hat das BAYER-Pestizidzentrum in Monheim drei neue Fungizide herausgebracht: FOLICUR für die Blattbehandlung bei Gerste und MATADOR bei Weizen und Roggen sowie MATADOR PLUS DYRENE gegen Abreifekrankheiten bei Weizen.

Steht zu befürchten, daß die neuen Präparate ebenso schlecht umweltverträglich wie all die anderen Pestizide von BAYER sind. □

### Stoffe bis zum Anwender

Carina Weber, Mitarbeiterin beim Hamburger Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) glaubte ihren Augen nicht zu trau-

en. Da bietet die französische Pestizidhandelsfirma ALM INTERNATIONAL unter einer ganzen Liste von Pestiziden auch das in der Bundesrepublik verbotene DDT an. Garniert ist der ALM-Prospekt mit dem BAYER-Kreuz. Stellt sich also die Frage, ob BAYER, entgegen anderslautenden Versicherungen, hier verbotene Produkte ins Ausland verkauft.

Daß dies unzutreffend ist, behauptet BAYER in einem Antwortbrief, wo es heißt: "In dem etwa 70 Produkte umfassenden Verzeichnis der von ALM angebotenen Pflanzenschutzmittel stammen nur 6 von unserer Firma. Es handelt sich dabei um folgende Wirkstoffe: DIURON, OXYCHLORURE DE CUIVRE (Kupferoxychlorid), CARBOFURAN, FENITHROTHION, TRICHLORFON, PROPANIL.

Wir sind daher sehr verärgert, daß ALM das BAYER-Kreuz dazu verwendet, um u. a. Werbung für eine Reihe in Deutschland verbotene Produkte wie DDT ... vorzunehmen, und haben unsere Rechtsabteilung aufgefordert, entsprechende Schritte gegen ALM vorzunehmen.

Wir danken Ihnen vielmals für Ihren Hinweis. Wir werden Sie über unser wei-



Land für Versuchsfelder. Das Vorstandsmitglied Ernst Heinrich Rohe erläutert die Strategie: BAYER wolle in den drei wichtigsten Wirtschaftsregionen - gemeint sind die USA, die Bundesrepublik und Japan - über eigene "Pflanzenschutzforschungsstätten" verfügen. Dieses Ziel ist nun realisiert. Existieren doch bereits Institute in Kansas City und Monheim. Im YUKI RESEARCH CENTER arbeiten 170 KollegInnen. In den Zentren in Kansas City und Monheim zusammen weitere 1'200. □

## Holzgifte.....

### Gerichtsgutachter gekauft

Über 2'000 Holzgiftgeschädigte drängen die Frankfurter Staatsanwaltschaft, einen Prozeß gegen die Hersteller, darunter der mit DESOWAG einstmals kooperierende BAYER-Konzern, anzustrengen. Kommt es dazu, werden die Aussagen von Gutachtern zur Toxizität der mit PCP und LINDAN verseuchten, DIOXINE ausgasenden, gesundheitsschädlichen Mittel, eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Doch schon im Vorfeld einer möglichen gerichtlichen Klärung hat die Industrie versucht, die füh-

renden Gutachter "in rigoroser Weise zum eigenen Vorteil zu beeinflussen", wie die Frankfurter Staatsanwaltschaft vermutet. Strategie von BAYER-DESOWAG: Durchforsten des gesamten Gutachterpools mit dem Ziel, es mittels finanzieller Anreize auf Bagatellisierungslinie zu bringen. Dies nicht ohne Erfolg: Firmeneigenen Aktennotizen zufolge konnte ein "bekannter Umweltforscher" - "sicher nicht ohne ein angemessenes Honorar" - gewonnen werden. Ein weiterer Wissenschaftler aus Marburg erhielt Industriegelder für sein Institut, nachdem er einen Zusammenhang zwischen Krankheiten und BAYER-DESOWAG-Holzgiften öffentlich leugnete. Der Gutachtereinkauf machte auch vor den Spitzen der Szene keinen Halt. Prof. Gerhard Lehnert, seines Zeichens Präsident der 'Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin' - bereits unrühmlich durch seine industriefreundlichen Bewertungen gegen einen mittlerweile verstorbenen BASF-Kollegen bekannt geworden - stellte sich per Vertrag als Berater von BAYER-Desowag zur Verfügung. Lehnert war es auch, der sich erbot, "in seinem Bereich" Ausschau nach jemandem zu halten, der ein für BAYER-DESOWAG verheerendes Gutachten des Kieler Toxiko-

logen Otmar Wassermann entkräften könnten.

Selbst mit den offiziellen Gutachtern des Bundesgesundheitsamtes (BGA) gab es eine Kooperation. Auf Drängen der Hersteller erklärte sich das Amt bereit, eine Studie anzufertigen und erbat hierfür 420'000 DM. Einem "streng vertraulichen" BAYER-DESOWAG-Papier ist zu entnehmen, daß, "die politische Brisanz der Förderung einer solchen Studie durch die Industrie" vor Augen, das Projekt unter einem Tarnittel gesponsert wurde.

Der Schweizer Mediziner Christian Schlatter, Verharmloser ersten Ranges, erstellte einer weiteren Firmennotiz zufolge ein entsprechendes Gutachten nach Absprache mit dem BGA.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert die unverzügliche Aufnahme des Prozesses gegen die Verantwortlichen aus den betroffenen Chemiefirmen. Zur Begutachtung sind unabhängige Wissenschaftler der Umweltbewegung, etwa des KATALYSE-Institutes oder der erwähnte Prof. Wassermann, hinzuzuziehen. □

## Kunststoffe.....

### Leserbrief zu Latex-Ausbau

In "Stichwort BAYER" 2/90 berichteten wir, daß BAYER seine Aktivitäten im Latex-Bereich ausbaut (S. 16).

Der Leiter des 'Institutes für Baubiologie und Ökologie Neubeuern', Prof. Dr. Anton Schneider, schrieb uns hierzu: "Nach unseren Informationen enthalten Latex-Produkte (z. B. Matratzen) in der Regel u. a. BUTADIEN und STYROL. Bei beiden Zusätzen handelt es sich um stark toxische Bestandteile, die als krebserregend und/oder mutagen eingestuft sind." □

### Kooperation mit PEUGEOT

Die französische PEUGEOT S. A. und der BAYER-Konzern kooperieren im Rahmen des "Carmat 2'000" genannten Forschungsprojektes, Bestandteil des europäischen "Eureka"-Programmes. Erstes Ergebnis: Ein faserstarker Kunststoff für Autoböden, rostfrei, versteht sich. □

## Umweltgifte.....

### Farbmüll wird zu Zement

Farbstoffgips, ein Sondermüll aus der Brunsbütteler BAYER-Produktion, soll zu Zement weiterverarbeitet werden, die jährlich anfallenden 20'000 Tonnen nicht mehr

- wie bisher - auf der maßgeblich von BAYER benutzten Hausmülldeponie des Kreises Steinberg endgelagert werden. Das 5,4 Mio. DM teure Pilotprojekt, ausgeführt von einer Zementfabrik im nahegelegenen Lägerdorf, wird vom schleswig-holsteinischen Umweltministerium mit 1,036 Mio. DM gefördert.

Ob jedoch die giftigen Farbreste auf diese Weise tatsächlich umweltschonend recyclet werden können, steht noch aus.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert, daß das Projekt vom Verursacher, dem BAYER-Konzern, anstelle des Steuerzahlers finanziert wird. □

### Fachtagung zum Thema "Chlorchemie - Probleme - Alternativen - Perspektiven" in Bad Boll am 9.-10.10.89

von Rüdiger Gotzes, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'

Chlorkohlenwasserstoffe (CKW's) bilden einen erheblichen Teil der heute bekannten umweltgefährdenden Chemikalien. In die Diskussion sind vor einigen Jahren verschiedene wichtige Vertreter dieser Stoffgruppe wie beispielsweise das Pestizid DDT, das Holzschutzmittel PCP und die als Hydraulik- und Trafo-Öle benutzten PCB's geraten, um hier nur einige zu nennen. Die Bewertung selbst einzelner Produkte bezüglich toxikologischer und ökotoxikologischer Relevanz auf der einen Seite und dem Nutzen des entsprechenden Produkts auf der anderen Seite gehen oft weit auseinander. Eine Gelegenheit, einige offene Fragen des Problembereiches "Chlorchemie" zu erörtern sowie ihre oftmals als unersetzlich heraufbeschworene Notwendigkeit kritisch und unter verschiedenen Gesichtspunkten zu erörtern, bot die Fachtagung "Chlorchemie" des Arbeitskreises Umweltchemikalien/Toxikologie des BUND und der Evangelischen Akademie in Bad Boll. Am 9.-10.10. 89 diskutierten rund 30 Vertreter vornehmlich aus Industrie und Umweltorganisationen über Probleme, Alternativen und Perspektiven der Chlorchemie.

Einige Ergebnisse der Diskussion sollen hier knapp dargestellt werden.

Die Chlorproduktion beträgt weltweit zur Zeit 33 Mio t/Jahr. Auf die BRD entfallen davon 3 Mio t (50% der EG-Kapazität), wodurch ihr international eine bedeutende Stellung zukommt. Die Weltchlorproduktion hat sich in den letzten 20 Jahren annähernd verdoppelt (BRD verdreifacht). Allein das hochtoxische, als Zwischenprodukt eingesetzte, durch die Bhopal-Katastrophe in die Schlagzeilen gerückte Phosgen, wird in einer Größenordnung von 270.000 t produziert. Auf den BAYER-Konzern als größter bundesdeutscher Chlorproduzent entfallen 800.000 t/Jahr, obwohl das wichtigste Massenprodukt der Chlorchemie, das PVC, von BAYER selbst

nicht hergestellt wird. Weitere wichtige Einsatzbereiche von Chlor neben PVC sind: Pestizide, Lösungsmittel, anorganische Produkte (z.B. Bleichmittel) sowie insbesondere bei BAYER, Vorprodukte zur Herstellung von Polyurethanen.

Unbestritten sind die Gefahren insbesondere bei der unkontrollierten Freisetzung von chlororganischen Produkten, beispielsweise bei der Verbrennung von PVC. Geeignete technische Verfahren zum PVC-Recycling sind noch ungelöst, für andere chlorhaltige Produkte allenfalls in Ansätzen vorhanden. Ein Ersatz von PVC durch traditionelle Werkstoffe wie von den Umweltverbänden gefordert, wird von Seiten der Industrie jedoch abgelehnt. Unumstritten ist ebenfalls die weite Verbreitung von CKW's durch die Umweltmedien aufgrund besonders hoher Persistenz (z.B. DDT) oder Leichtflüchtigkeit (z.B. 1.1.1. Trichloräthan).

Kontrovers diskutiert wurde in diesem Zusammenhang das Dioxin-Problem, da die Teilnehmer aus der Industrie ziemlich einhellig die Meinung vertraten, daß Emissionen aufgrund geschlossener Systeme bzw. ausreichend hoher Verbrennungstemperaturen nicht möglich wären.

Die Diskussionen um Alternativen zur Chlorchemie brachten wenig Erfrischendes mit sich, wenn auch punktuell in den nächsten Jahren großtechnische Verfahrensänderungen mit weitgehendem Verzicht auf die Chlorchemie, so die Industrie, Einzug halten werden. Die Papier- und Zellstoffindustrie, einer der Hauptverbraucher von Chlor (Chlorbleiche) sieht als konkrete Alternativen zur Chlorbleiche, vor allem die Sauerstoff-Vorbleiche, die Wasserstoffperoxid-Bleiche sowie Mikrobielle Verfahren, die bis Mitte der 90 Jahre die traditionelle Chlorbleiche verdrängt haben könnten, wobei sich die letztgenannte Alternative allerdings auf gentechnologische Entwicklungen (die wiederum die bekannten Gefahren mit sich bringt), stützt. Als der größte Produzent von Polyurethan-Schäumen, versuche der BAYER-Konzern bereits seit 1974 Alternativen zum Einsatz von Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW) als Aufschäummittel zu entwickeln, so ein Vertreter des Konzerns. Wesentlich konkreter wurde er allerdings nicht, was Anlaß zu der Befürchtung gibt, daß die immerhin seit 15 Jahren diesbezüglich betriebene Forschung nur auf Hochglanzpapier Früchte trug. □

### Gefährliche Kopiergeräte

Fotokopiergeräte sind vielfach umweltgefährdend. Sie können Ozon entwickeln und verbreiten, Tonerstaub aufwirbeln sowie hochgiftige Stoffe, wie z. B. SELEN, freisetzen.

Einer "Stichwort: BAYER" vorliegenden Stellungnahme der BAYER-Tochter AGFA-GEVAERT zufolge verhält es sich

bei den eigenen Geräten mit den genannten Risiken wie folgt: **AGFA** 

Alle Fotokopiergeräte, die nach elektrostatischem Verfahren arbeiten, entwickeln Ozon, wobei die Ozon-Konzentration in der Raumluft im wesentlichen abhängig ist von der Betriebsdauer des Gerätes, seinem technischen Pflegezustand, der Größe des Aufstellraumes und der Luftumwälzung. Die Agfa Kopiergeräte sind bereits mit der Luftführung ausgerüstet, bei der die im Kopierer befindliche Raumluft über ein Adsorptionsfilter aus Aktivkohle geleitet wird; hierdurch wird fast alles Ozon beseitigt.

Die Konzentration nimmt nach Ende der Kopierarbeiten ab, da Ozon von selbst in Sauerstoff zerfällt. Das Auftreten von Gerüchen während des Arbeitens am Kopiergerät kann verschiedene Ursachen haben. Eine liegt in der niedrigen Geruchsschwelle des Ozons, die bei etwa 0,015 ppm liegt. Ozon ist bereits in einer Konzentration wahrnehmbar, die etwa 1/10 des MAK-Wertes von 0,1 ppm entspricht und bei der keine Gefährdung gegeben ist.

Die gemessenen Konzentrationen beim Kopieren in Atemhöhe liegen in der Regel weit unterhalb des heutigen MAK-Wertes (MAK = Maximale Arbeitsplatzkonzentration) für Ozon. Wir empfehlen jedoch aus allgemeinen arbeitshygienischen Gründen, Kopiergeräte nach Möglichkeit nur in solchen Arbeitsräumen aufzustellen, die entweder durch Fenster belüftbar sind oder in denen für ausreichende und wirksame Durchlüftung gesorgt ist.

Die handelsüblichen Agfa-Tonerpulver bestehen im wesentlichen aus elektrisch aufladbaren Kunststoffpolymerisaten bzw. Polyestern, in denen Ruß oder Magnetit (Eisenoxid) homogen eingearbeitet ist. Sie enthalten weder giftige, noch ätzende Bestandteile und stellen bei sachgerechtem Einsatz keine Gesundheitsgefahr für das Bedienungspersonal dar. Die entsprechenden Sicherheitsdatenblätter sind auf Anfrage erhältlich.

Die Untersuchungen (Ames-Test) der Kopiertoner auf erbgutverändernde Eigenschaften zeigten keine mutagenen Wirkungen auf Mikroorganismen. Geprüft wurde an den Salmonella typhimurium Stämmen TA 100 und TA 98. Kopien der Testberichte sind auf Anfrage erhältlich.

Zum Umgang mit dem Toner können wir auf die Ratschläge der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BAU) verweisen, in denen steht, daß beim Tonerwechsel u.U. Schutzhandschuhe zu benutzen wären. Beim Tonerwechsel soll natürlich das Einatmen des Staubes vermieden werden. Bekanntlich können Staubpartikel unabhängig ihrer Herkunft, ab einer bestimmten Größe gesundheitsschädlich sein.

Unsere Agfa-Kopiergeräte sind mit einem geschlossenen Tonersystem ausgestattet. Sowohl bei der Nachfüllung neuen Toners, als auch beim Sammeln von Tonerresten. Die Möglichkeit, daß sich Toner vom Kopierpapier löst ist gering, da es sich um "eingebraunten" Toner handelt, der zu dem durch den im Toner befindlichen Kunststoff "angeklebt" ist. Die Gefahr einer Staubentwicklung durch Toner ist also bei sachgerechtem Umgang minimal.

Der Hinweis darauf, woraus AGFA-Toner "im wesentlichen" bestehen, läßt auf weitere, nicht genannte, möglicherweise giftige, Bestandteile schließen.

Der AMES-Test ist ein möglicher Test zur Untersuchung auf Mutagenität. Ein negatives Testergebnis impliziert jedoch nicht automatisch eine allgemeine Unbedenklichkeit der getesteten Toner.

Die Gefahr, daß sich Toner nach der Fixierung vom Papier löst, ist relativ gering. Vorher jedoch ist eine Ablösung von Tonerteilchen vom Papier bzw. eine Aufwirbelung im Gerät wahrscheinlicher. Wieviel Staub dabei aus dem Kopierer ggf. an die Umwelt abgegeben wird, mußte gerätespezifisch ermittelt werden.

Bürokopier-Toner sind im Abfallkatalog nicht gesondert aufgeführt, zwar werden ihre Hauptbestandteile Kohlenstaub, Polyethylen und Polystyrol genannt, jedoch nicht als Sonderabfall. Anfallende Tonerreste können deshalb unbedenklich mit dem Hausmüll entsorgt werden. Verbrauchte Reinigungskassetten werden in einem verschlossenen Plastiksack zum Hausmüll gegeben (Verminderung der Staubbildung) und können bedenkenlos in der Müllverbrennungsanlage verbrannt, oder mit dem Hausmüll zusammen auf der Müllkippe deponiert werden.

Toner ist zumeist aus Stoffen zusammengesetzt, die - isoliert betrachtet - nicht auf einer Gefahrstoffliste aufgeführt sind. Tonerabfall ist aber nur dann bedenkenlos über dem Hausmüll zu entsorgen, wenn sichergestellt ist, daß die Bestandteile auch in ihrer Wechselwirkung unbedenklich sind. Hier herrscht ein gravierendes Forschungsfazit.

Die bisher verwendeten Fotoleiter auf Selenbasis werden bei Neugeräten nicht mehr verwendet. Die Substitution durch organische Fotoleiter (OPC) wurde vor Jahren schon eingeleitet. So besitzen die aktuellen Geräte nur noch OPC oder Siliziumdioxid.

Aber auch ein Fotoleiter auf Selenbasis stellt bei seinem Einsatz in Kopiergeräten kein Umweltisiko dar, da bei Austausch der Trommel, auf dem Wege des Material-Recycling, sie wieder dem Hersteller zugeführt wird. Die Beschichtung wird entfernt und wiederverwertet.

Die Andeutung, durch Recycling stellen Fotoleiter auf SELEN-Basis kein Umweltisiko dar, unterstellt, daß alle SELEN-beschichteten Trommeln zu 100 % wiederverwertet werden. Dies gilt als unwahrscheinlich.

## BAYDUR 60 ohne FCKW

Daß die Herstellung von Kunststoffschäumen auf POLYURETHAN-Basis (PUR) auch ohne den Ozonschichtkiller FCKW gelingt, beweist die Firma MULTICA VERPACKUNGEN/Bischweier. Sie bietet ein entsprechendes Hartschaumstoffsystem zur Befestigung von Bauteilen, wie z. B. Türfüßern, an. Endlich auch gelingt es BAYER, den Kunststoff BAYDUR 60 ohne FCKW aufzuschäumen. Ob damit das gefährliche Umweltgift bei BAYER ganz passe geworden ist, wurde nicht bekannt. □

## H. C. STARCK: Umweltprobleme ohne Ende

Der CDU-Landtagsabgeordnete Jürgen Sikora nimmt das seit Anfang 1987 zum BAYER-Konzern gehörende Goslar Unternehmen H. C. STARCK in Schutz. "Hier wird mit Falschmeldungen versucht, ... einem Unternehmen, wie auch der gesamten Wirtschaftsregion Schaden zuzufügen." Immerhin: Von inhaltslosen Demontis einmal abgesehen, konnte die Firmenleitung in der Vergangenheit immer wieder erhobene Vorwürfe, STARCK verseuche die Umwelt, nicht glaubwürdig entkräften.

STARCK, mit 1600 Beschäftigten, größter Arbeitgeber der Region, produziert in seinen beiden Werken in Oker bei Goslar und Laufenburg eine Reihe von Spezialmetallen: neben NIOBOXID, einem Produkt zur Reduzierung des Glasgewichtes für Linsen, vornehmlich TANTAL, ein vielseitig verwendbares Spezialmetall. Dies, zusammen mit der US-Tochter NRC, Boston, immerhin in einer Größenordnung, die 50 % des Weltbedarfs deckt. Die Zentrale der Firma liegt in Berlin.

### Fischsterben in der Oker

Der Gewässergütebericht 1988 des "Wasserwirtschaftsamtes Göttingen" macht STARCK für die Einleitung der fischgiftigen Substanz AMMONIUM in die OKER verantwortlich. Dort heißt es: "Die Oker wird insbesondere durch AMMONIUM sehr stark belastet, das hauptsächlich aus einem Industriebetrieb ... (H. C. STARCK, Berlin) stammt". Der "Niedersächsische Verwaltungsbezirk Braunschweig" genehmigt allein für das Werk in Goslar Abwassermengen von 1,2 Mio. Kubikmeter pro Jahr. Pro Liter dürfen u. a. 1 mg BLEI, 0,1 mg QUECKSILBER, 0,5 mg CADMIUM, 10 mg NIOB und 10 mg TANTAL enthalten sein.

Zu einem massiven Fischsterben in der Oker kam es am 7./8./10. 1989. Nachdem STARCK zunächst als Verursacher auszuschließen schien, das nicht zuletzt aufgrund entsprechender Beteiligungen

der Firmenteilung, ermittelt mittlerweile die Staatsanwaltschaft gegen die BAYER-Tochter. Die 'Grün-Alternative Wählergemeinschaft' (GAW) schließlich will nicht ausschließen, daß die "bereits im Gewässergütebericht als die Oker sehr stark belastend skizzierte Einleitung von AMMONIUM durch chemische Umwandlungsprozesse (Dissoziation, Reduktion) zum Entstehen des für die Fische letztendlich tödlichen NITRITES geführt hat." Der Nachweis hingegen wird durch zwei merkwürdige Begleiterscheinungen erschwert: Ein an das 'Staatliche Amt für Wasser und Abfall' (STAWA) nach Göttingen geschicktes Probengefäß mit STARCK-Abwasser ist dort leer angekommen. Der Schreiber der betriebseigenen Wasseranalysestation, die im übrigen NITRIT nicht mißt, ist zur fraglichen Zeit ausgefallen.

Unterdessen teilte der GAW-Ratschherr Volker Schütte mit, STARCK dürfe entsprechende eines Bescheides der Bezirksregierung von 1975 (I) 500 mg Gesamtstickstoff einschließlich NITRIT in die Oker einleiten. Er forderte, die erlaubten Werte drastisch zu senken. Außerdem müsse STARCK endlich eine Kläranlage bauen, "die neuzeitlichen Anforderungen gerecht wird".

### DIOXIN

Das ultratoxische Seveso-Gift DIOXIN macht den BürgerInnen im kleinen Örtchen Oker Sorgen. Im Schornstein einer Kabelverschmelzungsanlage erreichte der gemessene Wert immerhin 1.121 ng/kg. Brach- und Ackerland weisen noch über 65 ng/kg auf. Selbst ein Spielplatz ist mit 58,4 ng/kg belastet. Der Goslarer Verwaltungsausschuß gelangt zu der Erkenntnis, daß sich für das Ackerland ein Anbauverbot mit Überprüfung der Feldfrüchte ergebe. Der Kinderspielplatz hingegen bräuchte nicht geschlossen zu werden, da die Belastung im Rahmen der zugelassenen Werte läge.

Weiter: "Nach einem Rechenmodell müssen aufgrund der Hauptwindrichtung östlich der Kabelverschmelzungsanlage höhere und westlich entsprechend niedrigere Werte gemessen werden. Man habe jedoch festgestellt, daß die westlich gemessenen Werte ... im Verhältnis zu hoch seien. Es besteht deshalb die Überlegung, ob es an anderer Stelle noch weitere DIOXIN-Emissionen gebe..." Das Werksgelände von H. C. STARCK liegt räumlich in enger Nähe.

### BOR für KKW's

STARCK macht sich stark für die Kernkraft. Es wird vermutet, daß die BAYER-Tochter 100 % des in Europa für kerntechnische Zwecke benötigten BORS liefert.

### Kläranlage unzureichend

H. C. STARCK unterhält eine Kläranlage, die technisch nicht auf dem neuesten Stand ist. So kam es neben vielen anderen Problemen in Vergangenheit immer wieder zu Überschreitungen des SULFAT-Grenzwertes. Anstatt STARCK in die Verantwortung zu nehmen, erwies sich die Stadt Goslar als industriefreundliche Helferin, indem sie im Nachhinein die Grenzwerte erhöht hat.

Besorgte AnwohnerInnen fragen unterdessen öffentlich, was bei einem Totalausfall der Anlage passieren kann. Würde STARCK die Produktion sofort einstellen, oder aus Gewinnsucht warten, bis die Auffangbecken bereits übergelaufen sind? Und dies ist bereits nach einer Tagkapazität der Fall.

Nähezu kriminelle Praktiken ziehen Reparaturmaßnahmen der Anlage nach sich. In diesen Fällen nämlich soll STARCK seine Abwässer ungeklärt in die Oker einleiten. Mit Wissen von 'Unterer Wasserbehörde' und 'Wasserwirtschaftsamt'. Es soll sogar gewisse Absprachen geben, denen zufolge den Behördenmitarbeitern die ungeklärte Einleitung erst verspätet gemeldet wird, sodaß Probenahmen nicht mehr möglich sind.

### Setzt STARCK auf Verbrennung?

Bereits im November 1989 mußten Teile des Betriebes abgestellt werden. Anfang dieses Jahres (1990) drohte der völlige Entsorgungsengpaß und damit Stop der gesamten Produktion. 30.000 Kubikmeter Schlämme, Restbestände aus Produktion und Kläranlage, wurden behördlich als Sondermüll erkannt. Überhaupt wollte die Hausmülldeponie des Landkreises in Bornhausen die riesigen Mengen nicht mehr aufnehmen. Auch die Sondermülldeponie in Hoheneggelsen zierte sich, denn die Schlämme bringen wegen schlechter Verfestigung Bodenprobleme mit sich. STARCK will sie nun mit Zement verfüllen. Notfalls jedoch hätte die BAYER-Tochter den Druck auf die Schönfelder Deponie in die DDR gekippt.

Als Helfer in der Not erwies sich hier mit dem Rücken zur Wand stehende Betriebsrat. Dessen Vorsitzenden Dietmar Mogalle treibt die nackte Angst um: "Betriebsrat und Unternehmer unseres Unternehmens befürchten daher, daß sich durch eine ungesicherte Entsorgung und unvermeidbar hohe zusätzliche Kosten zwangsläufig in kurzer Zeit seitens unserer Muttergesellschaft, der BAYER-AG, die Frage nach der Vertretbarkeit und Zweckmäßigkeit weiterer Investitionen stellen wird." Die Entlagerung der Klärschlämme in Hoheneggelsen - jährlicher Kostenaufwand: 10 Mio. DM - konnte in letzter Minute durchgesetzt werden. Hatte jedoch zeichnet sich schon ab, daß auch diese "Lösung" befristet ist.

Viele UmweltschützerInnen vor Ort befürchten, daß der Konzern auf sein altbewährtes wie risiko-beladenes Konzept der Entsorgung zurückgreifen wird. Schon sehen sie eine BAYER-Müllverbrennungsanlage entstehen.

### Forderungen

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert eine konsequente Abfallvermeidung bei der BAYER-Tochter STARCK, falls notwendig, mit Produktionseinstellungen. Die KollegInnen sind über die Gewinne der Mutter sozial abzusichern. Als erster Schritt ist eine Bestandsaufnahme hinsichtlich des umweltgefährdenden Potentials von STARCK notwendig. Eine entsprechende Kommission soll neben Behörden und Parteien auch mit VertreterInnen von Umweltverbänden besetzt sein. □

## Müllverbrennung.....

### Die gefährliche Technologie

BAYER ist einer der größten Müllproduzenten der Bundesrepublik. Längst schon reichen Deponiekapazitäten für zum Teil ultra-toxische Produktionsrückstände nicht mehr. Scheinbarer Ausweg aus der Misere: die Müllverbrennung. Dabei, so die Philosophie der Betreiber, sollen sich Gifte quasi in Luft auflösen. Leider tun sie das tatsächlich. Insbesondere das als SEVESO-Gift unruhlich bekannt gewordene DIOXIN droht die Bevölkerung in weitem Umkreis der Verbrennungsanlagen zu schädigen. Dennoch setzen Politiker und BAYER weiter auf eine gefährliche Technologie. Allen Warnungen und Mahnungen, endlich Müll-Vermeidungsstrategien zu entwickeln, zum Trotz.

"Stichwort: BAYER" bat die Standortgruppen um eine Lagebeschreibung vor Ort. Dieter Gremler, Chemiker und Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' beschreibt, wie die Bundesregierung den gesetzlichen Rahmen für die Müllverbrennung ausbaut. □

### Still ruht der See - Müllverbrennung in Leverkusen

von Helmut Tomaschky, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen in Leverkusen

Die kommunale und wirtschaftliche Infrastruktur in Leverkusen ist sichtlich durch die vorhandene städtische Müllverbrennungsanlage (MVA) und die BAYER-eigene Sonder-MVA nebst -Sondermülldeponie geprägt. Aber die Öffentlichkeit nimmt keine Notiz davon. Aktuell betreibt der Kölner Regierungspräsident Antwerpes den Ausbau der städtischen Anlage

auf 400'000 Tonnen pro Jahr. Doch im Rat fragen nur die Grünen und Teile der SPD nach Abfallvermeidungsstrategien. Bis heute gibt es keine Bürgerinitiative gegen den Ausbau.

Und was ist mit der BAYER-Sonder-MVA?

Der Konzern betreibt bereits seit den sechziger Jahren eine Sondermülldeponie wie eine Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) in Leverkusen-Bürrig. Zum Komplex gehört weiter die Kläranlage in Gemeinschaft mit dem Wupperverband. Für die Leverkusener Bürgerinnen und Bürger scheint Müllverbrennung alltäglich und selbstverständlich zu sein. So erregen sie sich allenfalls aus ästhetischen Gründen darüber, daß ihnen unlängst größere Mülltonnen verordnet wurden. Wen wundert's? Immerhin ist BAYER gleichermaßen bemüht, die Gefahr herunter zu spielen. Locker-flockige, sündhaft teure Shows in den Stadtteilen vermarkten eine optimistische Corporate Identity. In luxuriös ausgestatteten Werksvereinen, vom Sport bis zu den Kanarienvogelzüchtern, überall verbreitet das Werk ein Selbstbewußtsein von Kompetenz und Überlegenheit, gegen das die übrigen Mitbewerber auf dem gesamten Weltmarkt wie Würstchen und Hinterhofklitschen wirken. Sondermüllverbrennung - anderswo ein brisantes Thema, scheint für das Leverkusener Werk und seine Mitarbeiter kein Thema zu sein. □

### SAVA bei BAYER-Tochter in Goslar?

Bei der BAYER-Tochter H. C. STARCK in Oker, Nähe Goslar, droht der Entsorgungsnotstand (vgl. Bericht unter Rubrik "Umweltgifte" in diesem Heft): Wohin mit all den Klärschlämmen. Besorgte Bürgerinnen befürchten, daß BAYER auf das alte Firmekonzept der Verbrennung zurückgreifen wird und langfristig eine Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) errichten wird. Zusätzliche DIOXIN-Quelle in ohnehin kontaminierter Umgebung. □

### Sondermüllverbrennung an der Untereibe

von Hans Freibüther, Gemeindevertreter in Ecklak, Kreisverband Die Grünen, Steinberg

Beim Abschluß der bis 1975 geheimen Ansiedlungsverträge zwischen der BAYER AG und dem Land Schleswig-Holstein vom 09. Juli 1970 heißt es, daß sich das Land verpflichte, "BAYER bei der Erlangung der nach der Gewerbeordnung erforderlichen und sonstigen behördlichen Genehmigung nachhaltig zu unterstützen".

Wie diese Unterstützung aussehen kann, berichteten zwei als Ansiedlungsbeauftragte getarnte Journalisten (Hett und Keussen). Zitat: "Gerade in Brunsbüttel haben wir ja Dörfer ausgesiedelt, auch um das Umfeld der Betriebe herum.

Wir haben dafür gesorgt, daß die Leute, die da wohnen und Einsprüche erheben könnten, da wegkommen."

Diese Art der BAYER-Unterstützung wurde schließlich von allen Landesregierungen, egal ob schwarz oder rot, konsequent durchgezogen. Nachdem die ersten zehn Jahre in Brunsbüttel von BAYER zum Aufbau der Produktion genutzt wurden, ging man mit Beginn des zweiten

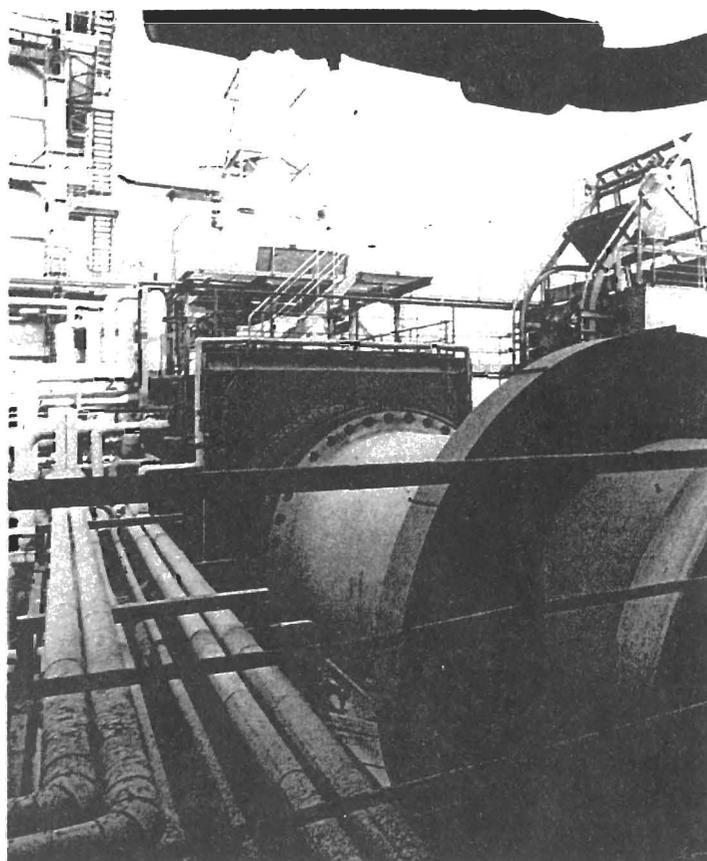
1980 eine Abwasserverbrennungsanlage. Hier werden Abwässer über mehrere Stufen zunächst einmal eingedampft. Das verbleibende Konzentrat wird sodann in eine Brennkammer geführt und dort in eine Gas- und Ölflamme eingesprüht. Seit 1987 werden in der umgerüsteten Anlage nicht nur wässrige Abfälle, wie Spritzbrühen von Schädlingsbekämpfungsmitteln, sondern auch CHLORIERTE KOHLENWAS-

SERSTOFFE, wie Lösemittel und Kaltreiniger, sowie mit CHLORIERTEN KOHLENWASSERSTOFFEN verunreinigte Öle oder PENTACHLORPHENOLE (PCB's) verbrannt. Somit ist der Kreislauf aus BAYER-Sicht geschlossen: Zuerst an der PCB-Produktion von BAYER erst 1984 eingestellt verdlenen, dann an der Beseitigung. Der Preis für die "Entsorgung" dieser Gifte wird auf 3'000 bis 5'000 DM pro Tonne geschätzt. Insgesamt sollen bis zu 24'000 Tonnen Öle und Lösemittel und bis zu 35'000 Tonnen wässriger Giftmüll verbrannt werden - ein lohnendes Geschäft

## Verbrennungsanlagen

In den Drehrohröfen der beiden Verbrennungsanlagen garantieren Temperaturen von 900 bis 1200°C und ausreichende Verweilzeiten die Zerstörung der organischen Substanzen. Die Rauchgase werden in Nachbrennkammern ausgebrannt, bevor ihre Wärmeenergie in nachgeschalteten Abhitzeesseln zur Dampferzeugung genutzt wird. Anschließend werden die Rauchgase in Elektrofил-

tern gereinigt und über einen 100 m hohen Kamin in die Atmosphäre abgegeben. In einer der beiden Verbrennungsanlagen werden die Rauchgase zusätzlich einer dreistufigen Naßwäsche mit Wasser und Natronlauge unterworfen. Die Waschwässer werden im Gemeinschaftskläwerk behandelt. Die nach der Verbrennung übrigbleibende Asche wird auf der Deponie abgelagert.



Aus einem BAYER-Prospekt zu den "Entsorgungsanlagen in Leverkusen Bürrig"

Jahrzehntes zielstrebig daran, die zuvor produzierten Chemikalien selber zu "entsorgen".

BAYER betreibt in Brunsbüttel seit

also! Zusätzlicher Vorteil: Soweit es sich um Öle oder andere brennbare Flüssigkeiten handelt, ersetzen diese Abfälle einen Teil der benötigten Brennstoffe Öl oder



# Aus dem Dickicht treten -

Werben in  
"Stichwort: BAYER"

"Stichwort: BAYER"-LeserInnen tanken bleifrei. Sie lieben Wald und Flur ... und die Natur.

Ihre umweltgerechten Produkte interessieren sie röhrend! Mit einer Anzeige an dieser Stelle treten Sie aus dem Dickicht hervor. Dies übrigens derzeit dann besonders preisgünstig, wenn Sie eine Spalte für ein ganzes Jahr, also in sechs Ausgaben, erwerben.

Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie gerne. Auch bei der Herstellung einer marktgerechten Druckvorlage.

Tel. 0211 216018.

Gas. Kommt hinzu, daß die Verbrennungsrückstände kaum Kosten verursachen. Die ca 16'000 Tonnen anfallenden Salze - mit Schwermetallen belastet - werden einfach in die Elbe geleitet. Eine etwa gleich große Menge Giftschlamm wandert auf BAYER-Deponien (Leverkusen, Dormagen) oder in die Sondermülldeponie Rodeshagen, oder ..., liebe Leserinnen und Leser, Sie entsinnen sich vielleicht, da hat BAYER doch im Nachba-

ort Ecklak 40 ha "Mülldeponieerweiterungsfläche" gekauft (SWB 2/90 Ss 8 u. 9). Aber das sind natürlich durch nichts bewiesene Spekulationen.

In unmittelbarer räumlicher Nähe zur BAYER-Verbrennungsanlage plant eine private SONDERABFALLVERBRENNUNGSANLAGEN GmbH eine eigene Anlage für den Sondermüll ganz Schleswig-Holsteins. Mit der Landesregierung vereinbarte Laufzeit: 20 Jahre. Von Müllvermeidung also keine Spur. Besonders pikant: Der für die SAVA vorgelegte Entwurf einer Umweltverträglichkeitsprüfung sieht eine Ablehnung erst gar nicht vor.

Die bei der SAVA-Verbrennung entstehenden Rückstände (30 bis 50 %) könnte man in Kavernen der unterirdischen Salzstöcke des Haselgebirges verschwinden lassen. In der Gemeinde Eggstedt im Kreis Dithmarschen laufen bereits erste Versuche.

Somit wäre er denn komplett, der "Entsorgungspark" an der Unterelbe. Die totale Endlagerung von ARSEN über CADMIUM und POLYZYCLISCHEN AROMATEN bis hin zu DIOXINEN - unter der Erde, auf der Erde, zu Wasser und in der Luft.

Und der Mensch? Auch er degradiert zur Endlagerungsstätte. Aber mit dem "Restrisiko" zu leben, haben die AnwohnerInnen angesichts von Atommeilern und Werken der chemischen Industrie ja längst gelernt. Und. "Wem's nicht paßt, der kann ja wegziehen", riet schon der ehemalige Landesvater Stoltenberg seinen Landeskindern. □

## Bittere Pillen für Dormagen

von Herbert Dege, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' in Dormagen

Bittere Pillen schlucken, ist in Dormagen angesagt. Dort nämlich wird in diesem Jahr mit dem Bau der Giftmüllverbrennungsanlage begonnen. Alle giftigen Reststoffen, die bei der Produktion im BAYER-Werk anfallen, sollen gleich vor Ort verbrannt werden. Krankenhausmüll und andere Gifte aus dem Kreis Neuss sollen direkt mit "entsorgt" werden.

### Unabschätzbare Risiken

Was von der Verbrennung übrig bleibt, und dies ist mehr, als die BAYER-Oberen zugeben wollen, wird über einen fast 100 Meter hohen Schornstein in die Luft geschleudert. Feste, hochgiftige Rückstände müssen auf eine Deponie. Das ganze Ausmaß der Gefährdung durch Verbrennungsrückstände ist noch ungewiß, da bislang erst wenig von nahezu 1'000 in Frage kommenden Substanzen begutachtet worden sind. Heute jedoch fest steht schon, daß die Atemluft in Dormagen zusätzlich belastet, Wasser und Boden nicht verschont bleiben und spätere Generationen ihre Not mit den hochgiftigen Reststoffen haben werden. Eine bittere

Pille für die Bevölkerung, zu verantworten von all jenen, die grünes Licht dafür gegeben haben, daß Nordrhein-Westfalen die Nummer eins unter den Müllverbrennungsländern in Europa werden kann.

### Einwendungen

Eine bittere Pille ganz anderer Art ist in die Chefetage des BAYER-Konzerns geschickt worden. Besorgte BürgerInnen und Umweltschutzverbände haben über 300 Einwendungen gegen die geplante Giftschleuder erhoben. In einem 11-stündigen Kreuzverhör konnte den BAYER-Strategen nachgewiesen werden, daß ihr Ansinnen mit zahlreichen Sicherheitsrisiken belastet ist. Anstatt die umwelt- und menschenbelastende Anlage aufzugeben, setzt BAYER seit 15 Monaten bereits auf Nachbesserungen. Immerhin: Die Tatsache, daß die ursprünglichen Investitionskosten von 70 auf annähernd 150 Mio. DM emporschnellten, läßt vermuten, daß Einwendungen wenigstens im Detail gefruchtet haben.

Unterdessen besteht am Zweck der Anlage kein Zweifel mehr: Die Entsorgungsnot bei BAYER soll gelindert, Gewinn erzielt werden.

### Blinde BAYER-Experten?

Der BAYER-Vorstandsboß Strenger wirft den Genehmigungsbehörden Trägheit vor. Hier sei die Frage erlaubt, weshalb "sein" Heer von Experten eine derart große Zahl von Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsrisiken einfach "übersehen" konnte. Wie so oft mußten hier erst Umweltschützer die Lücken in der Planung enthüllen. Die Erfahrung lehrt, daß auch die Nachbesserungen, eine bittere Pille, die sich Herr Strenger selbst verordnet hat, einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden müssen.

Vielleicht die bitterste Pille für die Dormagener BürgerInnen ist, daß sie im Kampf gegen die Giftmüllverbrennungsanlage von ihren gewählten örtlichen Repräsentanten im Rat, im Werk und von den Gewerkschaften allein gelassen wurden. Sie alle hatten keine Einwände gegen die ursprüngliche Planung, weshalb sie sich auch nicht am Kreuzverhör zur Entlarvung der Gefährlichkeit der Anlage beteiligten. Es schien als hätten sie die spezielle BAYER-Beruhigungspille verabreicht bekommen. Es schien, als dächten sie: Die Reststoffverbrennungsanlage ist eine Großtat des BAYER-Werkes in Sachen Umweltschutz. Noch besteht für Abgeordnete, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und nicht zuletzt für BAYER-Verantwortliche die Möglichkeit, Versäumnisse aufzuholen. Dies, indem sie dafür kämpfen, daß Forschung und Produktion bei BAYER so ausgelegt werden, daß giftige Reststoffe gar nicht erst entstehen. □

## Uerdingen: 30'700 t Müll verbrannt

Dr. Friedrich Haas, Werksleiter bei BAYER-Uerdingen, gibt sich besorgt: "Es wird in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Sondermüll anfallen ..." Vermutlich traurig, daß die Verbrennungsanlage seines Unternehmens nicht am Müllnotstand verdienen kann, resümiert er: "Unsere Anlage mit einer Kapazität von 32'000 Tonnen ist völlig ausgelastet. 1989 haben wir 30'700 Tonnen Abfall verbrannt - schließlich kann die Anlage wegen Inspektion, Nachrüstung oder technischer Notwendigkeiten nicht immer laufen. An Fremdmüll gab es bei uns nur sehr geringe Mengen, meist von städtischen Krankenhäusern." □

## BAYER-Sondermüll wird im Kraftwerk verbrannt

von Dieter Gremier, Dipl. Chemiker, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'

Am 15. März 1990 verabschiedete der Deutsche Bundestag die dritte Novellierung des Bundesimmissionschutzgesetzes. Dabei wurde auch ein Antrag von CDU/CSU und FDP zur Änderung des Abfallgesetzes angenommen.

Nach dieser Änderung ist "die Verwertung oder Behandlung von Abfällen" auch in Anlagen zulässig, "die überwiegend einem anderen Zweck als der Abfallentsorgung dienen und die einer Genehmigung in einem Verfahren unter Einbeziehung der Öffentlichkeit nach 4 des Bundesimmissionschutzgesetzes bedürfen".

Im Klartext: Sondermüll (bis zu 25%) darf nun auch Kraftwerken, Zementwerken, Ziegelbrennereien etc. verbrannt werden, auch wenn dies in der Genehmigung bisher mit keinem Wort erwähnt war. Erforderlich ist dazu nur noch eine Änderungsgenehmigung nach 15 BImSchG, die ohne Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen kann. Die Genehmigungsbehörde ist sogar gezwungen, die Genehmigung ohne Ermessensspielraum zu erteilen, wenn alle Umweltgesetze eingehalten werden. Der Betreiber muß nicht einmal den langfristigen Bedarf an Abfallverbrennungskapazität nachweisen.

Bisher gibt es insbesondere in Nordrhein-Westfalen verschiedene Versuche, Sondermüll aus der BAYER-Produktion in thermischen Anlagen zu beseitigen. "Stichwort: BAYER" berichtete in verschiedenen Ausgaben bereits über den Einsatz von PARADICHLORBENZOL in der Schleifscheibherstellung und die Verbrennung PCB-verseuchter Öle in Hochöfen. Bisher wurde diese "Entsorgung" gerne als Versuchsbetrieb verharmlost. Mit der neuen Regelung kann man sich solche Wortspielereien sparen und die Abfälle direkt und ohne Information der betroffenen Bürger ins Kraftwerk oder Ziegelei bringen.

Grundsätzlich muß die Verbrennung von Abfällen aller Art in nicht dazu bestimmten Anlagen noch kritischer gesehen werden als

die Verbrennung in Anlagen, die diesem Zweck entsprechend konstruiert wurden. Dafür gibt es nicht nur verschiedene naturwissenschaftliche Argumente; für diese Anlagen gelten auch nicht die für Abfallverbrennungsanlagen vorgesehenen Grenzwerte für Dioxine und Furane.

Der Strategie von BAYER, für verschiedene besonders problematische Abfälle zentrale Verbrennungskapazitäten in eigenen Anlagen zu schaffen, widerspricht diese Entwicklung nicht. Die größte Emission der chemischen Industrie ist immer das Produkt selbst, wie BAYER-Vorstandsmitglied Weise am 25. April 1990 auf einer Tagung der evangelischen Akademie Tutzing erklärte. Diese Produkte in eigenen Anlagen zu verbrennen, wäre für BAYER nicht mehr gewinnbringend.

Ist es unter diesem Aspekt noch verblüffend, daß NRW-Umweltminister Matthiesen seiner Berliner Kollegin - die beim Durchpeitschen dieser Gesetzesänderung verschiedene Probleme sah - die Unterstützung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses versagte und so dafür sorgte, daß die Novelle schnellstmöglich in Kraft treten konnte? □

## Kampfstoffe.....

### Konzern verweigert Lieferung von THIONYLCHLORID an US-Army. Neue Moral bei BAYER?

BAYER produzierte den ersten Kampfstoff der Welt überhaupt. Noch jede Neuentwicklung auf diesem furchtbaren Gebiet stammt aus den Labors des Konzerns. Selbst das letzte Supergift der NATO, der VX-Kampfstoff. Wen wundert da, daß das Leverkusener Unternehmen aktuell im Verdacht steht, eine kriegswaffentaugliche Pestizidformulierungsanlage an den Iran geliefert zu haben.

Proteste verfehlen mitunter ihre Wirkung nicht. Mit dem Beginn ihres Bestehens kritisiert die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' die Verkaufsstrategie des Konzerns, die bisher vor kaum einer noch so gefährlichen Chemikalie Halt machte. Wenn dann die US-Regierung zusätzlich massiven Druck auf ihre Bonner Amtskollegen wegen des Verdachtes der Beteiligung bundesdeutscher Firmen an der lybischen Rabta-Affäre ausübt, wird verständlich, daß Vorsicht geboten ist.

"Wir verkaufen keine Chemikalien, die zur Herstellung chemischer Waffen gebraucht werden können. ... Niemand, der bei klarem Verstand ist, verkauft heute noch Stoffe für einen Giftgaskrieg", rechtfertigt Gerd Wilcke, Sprecher der amerikanischen BAYER-Tochter MOBAY Corp., Pittsburg, die Weigerung seiner Firma, THIONYLCHLORID, Ausgangssubstanz u.a. für die Herstellung von Pestiziden und Giftgas, an die US-Regierung zu liefern, die ihre C-Waffen-Bestände erneuern will. Daß die MOBAY-Führer damit möglicherweise vorschnell ein Geschäft zunichte gemacht haben, deutet ein Leverkusener BAYER-Sprecher an, wenn er mitteilt, die Weigerung sei "eigenständig von dessen Vorstand" ergangen. Allerdings, so schränkt er ein, "in enger Anlehnung an die grundsätzliche Politik" der deutschen Zentrale.

Die Bundesregierung setzte THIONYLCHLORID erst aufgrund der Rabta-Affäre im vergangenen Herbst auf die Liste jener Stoffe, deren Export nach dem Außenhandelsgesetz scharf kontrolliert wird. Insgesamt 19 westliche Länder warnten vor dem Export dieser Substanz. THIONYLCHLORID wird lediglich in Japan, der Schweiz, in Indien, der Bundesrepublik hier ausschließlich von BAYER - und den USA produziert. Da auch die einzige US-Konkurrentin, die OCCIDENTAL CHEMICAL, nicht bereit ist, an die US-Army zu liefern, ist die Bush-Administration gezwungen, sich im Ausland umzusehen. Doch auch Indien will, wie ein hoher Regierungsbeamter mitteilt, die benötigten 70 Tonnen THIONYLCHLORID, die die US-Army für über eine Million mit SARIN gefüllte Artilleriegeschosse verwenden will, nicht liefern.

Eine Chance, das Geschäft doch abwickeln zu dürfen, bleibt MOBAY freilich noch. Dessen Aufsichtsratsvorsitzender Nick Crater mutmaßt: "Die Regierung (gemeint ist die US-Regierung, d. Red.) hat ja Mittel wie das 'Verteidigungs-Produktions-Gesetz', auf das sie, wenn nötig, zurückgreifen kann. Das ist ihre Entscheidung, nicht unsere." □

## Tiefflüge.....

### BASF gegen Tiefflüge

Nicht auszudenken, was geschähe, wenn ein Militärflugzeug über dem BAYER-Werk in Leverkusen, Dormagen oder dem Monheimer Pestizidzentrum abstürzte. Dennoch will sich der Vorstand nicht zu einer öffentlichen Protestnote durchringen. Etwa deshalb, weil BAYER an NATO-Kampfstoffen verdient?

Ein nachahmenswertes Beispiel liefert der ansonsten auch zu beinahe jeder Untat bereite BASF-Vorstand in selbiger Angelegenheit. Dessen Mitglied Detlev

Dibbern empört sich kurz nach dem Absturz zweier US-Militärmaschinen in nur zehn Kilometer Entfernung vom Werk in einem Brief an "Verteidigungs"minister Stoltenberg: "Wir sind unverändert der Ansicht, daß Tiefflüge im Ballungszentrum Ludwigshafen/Mannheim und über der BASF sowie Luftkampfübungen in der Umgebung eine unverantwortliche, aber vermeidbare Gefährdung bedeuten. ... Wir wären Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie - auch in Gesprächen mit den Alliierten - eine Besserung des bisherigen Zustandes erreichen könnten."

Bleibt anzumerken, daß Dibbern vermutlich unter dem Eindruck massenhafter Proteste aus der Bevölkerung an Stoltenberg schrieb. Kommt hinzu, daß er schon aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen einen Absturz über dem Werk zu verhindern hat. □



### Wie eine 6-Mrd.-Stadt

Die fünf bundesdeutschen BAYER-Werke brauchen jährlich 450 Mio. Kubikmeter Wasser. Das entspräche rein theoretisch der Menge einer 6-Milliarden-Einwohner-Stadt. Die Leverkusener Gemeinschaftskläranlage immerhin verarbeitet täglich 150'000 Kubikmeter Abwasser, der Löwenanteil, 90'000 Kubikmeter, stammen aus dem BAYER-Werk. □

### Schlechte Prognose

Die 'Deutsche Kommission zur Reinerhaltung des Rheines' legte kürzlich ein umfangreiches Zahlentafeln-Werk von physikalisch-chemischen Untersuchungen des Jahres 1988 vor. Interessant,

die Kartographie der Meßstellen, die die nordrhein-westfälischen BAYER-Werke in gewisser Weise ausspart. Zwar sind die Abwasserfrachten des Konzerns auch noch bei Bad Honnef (Nähe Bonn) meßbar, freilich aber nur noch verdünnt. Die nächstgelegene nördliche Meßstelle bei Duisburg wiederum liegt oberhalb der BAYER-Werke.

Eine parallel veröffentlichte Prognose der Kommission wenigstens ist einleiterbezogen. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob das Zahlenmaterial nicht auf firmeneigenen, vermutlich eher beschönigenden Angaben beruht. Umso erschreckender wäre die erstellte Prognose für das Jahr 1995. Untenstehende Tabelle zeigt, daß noch in fünf Jahren erschreckend hohe Frachten von zum Teil hochgiftigen Substanzen zu erwarten sind.

Parameter/vermutete Menge in kg/a '95/vermut. Einleiter\*

Parameter	vermutete Menge in kg/a '95	vermut. Einleiter*
1 CHLORNITROBENZOLE	2'100	HOECHST BAYER, Leverkusen HÜLS-TROISDORF
2 TRICHLORBENZOLE	350	BAYER, Leverkusen HOECHST HÜLS-TROISDORF
3 HEXACHLORBENZOL	55	ALU-SWISS BAYER, Leverkusen HÜLS
4 HEXACHLORBUTADIEN	< 30	BAYER, Leverk.
5 TETRACHLORETHEN	850 + sog.	HÜLS-TROISDORF Einl. aus "diffusen Quellen" HOECHST BAYER, Leverkusen HÜLS
6 (MONO) - CHLORANILINE	1'550	BAYER, Leverk. HOECHST CASSELLA BAYER
7 PARATHION (=E 605)	< 3	BASF
8 1, 2 DICHLORETHEN	20'400	BAYER, Leverkusen BAYER, Dormagen DEUTSCHE SOLVAY DYNAMIT NOBEL HOECHST PWA
9 QUECKSILBER	335 + sog. Einl. aus "diffusen Quellen"	HÜLS-TROISDORF HOECHST BASF HÜLS BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen BERZELIUS PIGMENT CHEMIE HÜLS
10 CADMIUM	780 +	BASF PWA HOLTZMANN BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen BERZELIUS DEUTSCHE SOLVAY HÜLS
11 CHROM	42'900	CIBA-GEIGY BASF RASSELSTEIN BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen
12 KUPFER	67'000	BASF BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen MATTHES & WEBER DEUTSCHE SOLVAY
13 NICKEL	44'100	BASF BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen HOFFMANN-LAROCHE
14 ZINK	158 t/a	CIBA-GEIGY BASF BOLSNER BAYER, Leverkusen BAYER, Uerdingen SACHTLEBEN PIGMENT CHEMIE
15 BLEI	81'000	Einl. nicht genannt
16 TETRACHLORKOHLENSTOFF	7'355 +	HOECHST BAYER, Leverkusen HÜLS BASF PWA
17 CHLOROFORM	26'700	HOLTZMANN HOFFMANN LAROCHE HOECHST BAYER, Leverkusen BASF
18 PHOSPHATE	1'995 t/a	BASF BAYER, Elberfeld BAYER, Dormagen BAYER, Leverkusen HOECHST BENCKISER HOFFMANN LAROCHE
19 AMMONIUM	17'105 t/a	BASF BAYER, Leverkusen BAYER, Dormagen DEUTSCHE SOLVAY HÜLS BAYER, Uerdingen KRUPP KOKEREI DEUTSCHE SOLVAY CIBA GEIGY HOFFMANN LAROCHE
20 AOX	1'630	PWA HOLTZMANN HOECHST BASF BAYER, Leverkusen BAYER, Dormagen HÜLS DEUTSCHE SOLVAY WESTF. ZELLSTOFF

\*bezogen auf die in den Zahlen von 1985 differenzierten Direktinleiter

Vergegenwärtigt man sich, daß bei den 20 aufgeführten Parametern der BAYER-Konzern nach den im Bericht der Kommission differenzierten Zahlen für 1985 lediglich bei den Nummern 5, 15, 16, 17, 19 und 20 nicht führender, gleichrangiger oder gar alleiniger Einleiter ist, so darf davon ausgegangen werden, daß sich daran auch 1995 nichts ändern wird. Leider liefert die Prognose keine einleiterbezoge-

nen Zahlen, sondern lediglich Gesamtfrachten nach Parametern unterschieden (wie Tabelle).

Bleibt abzuwarten, ob die prognostizierten, teilweise drastischen Senkungen der Frachten auf die in der Tabelle genannten Mengen überhaupt realisierbar sind. Und selbst dann wären sie noch erschreckend hoch! □

### BAYER-eigene Zahlen belegen Trinkwasser-verseuchung

Nach eigenen Angaben hat BAYER 1989 pro Tag 500 Gramm des gefährlichen Schwermetalls CADMIUM in die Gewässer, z.T. Trinkwasserreservoir für Millionen von Menschen, eingeleitet. Erheblich größere Mengen noch werden für BLEI angegeben, nämlich 12 Tonnen. Die tägliche QUECKSILBERFRACHT liegt - den BAYER-Angaben zufolge - bei 200 Gramm. Der Konzern sieht's relativ. Sich selbst auf die Schulter klopfend lobt er, einzelne Parameter seien 1989 bis zu 28 % rückläufig gewesen.

Dennoch bleiben die folgenden täglichen Einleiterfrachten:

- chemischer Sauerstoffbedarf (CSB) 73 t
- biochemischer Sauerstoffbedarf (BSB) 3,5 t
- asorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX): 600 kg
- AMMONIUM 19 t
- PHOSPHOR 3 t
- NICKEL 32 kg
- KUPFER 49 kg.

Eine Senkung dieser Frachten hält man bei BAYER für "zunehmend schwieriger, langwieriger und kostenintensiver".

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert, mit der Trinkwasser-verseuchung endlich Schluß zu machen. Der BAYER-Konzern soll, seiner Forschungspotenz entsprechend, über Alternativen zu belastenden Produktionsweisen und Produkten nachdenken und konsequent bessere, umwelt- und menschengerechte Techniken entwickeln. Eine Projektgruppe der 'Coordination' arbeitet seit längerer Zeit bereits an dem Thema "Alternativen für BAYER". Die Ergebnisse werden beizeiten in "Stichwort: BAYER" vorgestellt. □



### Strenger rechnet mit Engagement der 'Coordination'

Hermann Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender von BAYER, zieht die Arbeit der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' mit ins Kalkül. In einem Referat vor hohen VEBA-Managern am 07.02.1990

warnet er, ohne das konzernkritische Netzwerk direkt beim Namen zu nennen:

h das an ein paar Beispielen aus dem täglichen Geschäft veranschaulichen: Wenn wir heute einen Streik haben, etwa bei unserer Tochtergesellschaft BAYER DO BRASIL oder BAYER PERU, können wir mit Sicherheit davon ausgehen, daß dieses Ereignis in der Bundesrepublik und den USA in den Medien und in der Öffentlichkeit großen Widerhall findet. Ereignisse in der jüngsten Zeit bestätigen diese Auffassung..."

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' hat zusammen mit der Missionszentrale der Franziskaner und anderen Partnern in einer beispielhaften Aktion dafür gesorgt, daß die haarsträubenden Verhältnisse bei BAYER in Brasilien und Peru publik wurden. Allgemeine Empörung und Solidarität waren derart ausgeprägt, daß der Konzern sich schließlich veranlaßt sah, in Brasilien entlassenen Gewerkschaftsführer wieder einzustellen. Doch noch immer stehen die meisten Gefeuerten auf der Straße. Noch immer zahlt BAYER Hungerlöhne. (Wir beichteten mehrfach.) Die Solidarität darf nicht abreißen. □

### Brief an Lutzenberger

Ellen Frings, Geschäftsführerin der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' schreibt an den Deutsch-Brasilianer Jose Lutzenberger aus Anlaß seiner kürzlichen Ernennung zum Staatssekretär für Umweltschutz in Brasilien. Lutzenberger, ein ehemaliger Insider der Pestizid-Industrie, machte durch seine konsequente Kritik am Gebahren der Konzerne in der sog. Dritten Welt auf sich aufmerksam.

Nachfolgend dokumentieren wir Ellen's Brief vom 01.04.90 an Jose, dem für sein Engagement der alternative Nobelpreis verliehen wurde.

Lieber José Lutzenberger,  
erst jetzt wurde uns bekannt, daß Sie nach den Wahlen in Brasilien das Amt des Staatssekretärs für Umweltschutz angenommen haben. Wir wünschen uns, daß Ihre Nominierung nicht als Alibi für die neue Regierung dient, sondern daß Sie Ihnen neue Möglichkeiten im Kampf für den Umweltschutz eröffnet. Trotz Ihrer jetzt sicher noch begrenzten Zeit hoffen wir, daß auch in nächster Zeit eine gute Zusammenarbeit bestehen wird.

Wir sehen aber auch die Schwierigkeiten Ihrer Aufgabe. Die developmentpolitischen Eingriffe von IWF und Weltbank und auch die der Bundesrepublik, orientieren sich wesentlich an den eigenen wirtschaftlichen Interessen. Die gängigen Instrumente dieser Entwicklungspolitik, nämlich forcierter Ausbau der Industrie und Modernisierung der Landwirtschaft, sind ursächlich mitverantwortlich für so-

ziales Elend und Umweltzerstörung in Ihrem Land. Bundesdeutsche Konzerne bereichern sich an brasilianischen Projekten und tragen einen Teil der Schuld für die Zerstörung der Regenwälder durch Rodung für Produktionsstätten, Straßen- und Eisenbahnbau.

Im Vergleich zu der BRD befindet sich Brasilien noch in einer frühen Phase der Industrialisierung. In der BRD wird erst jetzt das Ausmaß der Vergiftung unserer Umwelt durch die Altlasten seit Beginn der industriellen Produktion bekannt. Das größte Altlastengebiet der BRD, eine Giftmülldeponie des Leverkusener BAYER-Werkes, umfaßt ein Gelände von 25 ha. Eine Sanierung der verseuchten Flächen ist nicht nur enorm kostenaufwendig, sondern kann auch nur Flickwerk bleiben. Noch Generationen nach uns werden mit den Folgen des unbekümmerten Umgangs mit der Natur zu kämpfen haben. Zwar sind heute die gesetzlichen Auflagen strenger, aber sie schützen weder die Umwelt noch die Menschen vor weiteren Vergiftungen.

Aber noch fahrlässiger und rücksichtsloser - trotz der Erfahrungen, die wir in der BRD bzw. in Europa gemacht haben - wirtschaften die Tochterfirmen unserer Konzerne in Ländern mit weniger strenger Gesetzgebung. Immer wieder erhalten wir Hinweise, daß ausländische Niederlassungen des BAYER-Konzerns mit doppelten Standards arbeiten. Produktionsabfälle der Werke verseuchen Gewässer, Luft und Boden und gefährden die Gesundheit der Menschen.

Auch die Produktionsstätte von BAYER DO BRASIL in Belford Roxo stellt eine erhebliche Gefährdung sowohl für die Umwelt als auch für die Belegschaft und die Anwohner dar. Unseren Informationen zufolge wird die Abwasserbehandlung nur im Teilbetrieb durchgeführt. Außerdem wurde von ätzenden, gasförmigen Emissionen berichtet.

Verantwortung für eine weitgehende Umweltverseuchung muß der BAYER-Konzern auch als zweitgrößter Pestizidproduzent der Welt übernehmen. Durch massive Werbung und durch Überschwemmung des Marktes mit Pestiziden trägt der Chemiegigant zu der Chemisierung der brasilianischen Landwirtschaft bei. Zwar hat sich der Konzern verpflichtet, den FAO-Kodex zur Vermarktung von Pestiziden einzuhalten, aber wir konnten mehrfach nachweisen, daß diese Vereinbarung gebrochen wird. Die Zusage gibt dem Konzern einen moralisch unanfechtbaren Anschein und ist sicher als eine weitere Werbestrategie zu werten.

Das Ziel, das sich die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" gesetzt hat, besteht darin, das Verhalten des BAYER-Konzerns zu beeinflussen, indem wir über

**"Wir werden immer Kritiker haben.**

**Manche leben von der Kritik.**

**Sie werden sich mit keiner Antwort zufriedengeben."**

Giuseppe Vita, Vorstandsvorsitzender des Chemiekonzerns SCHERING am 11.6.89 in der Berliner Zeitung "Der Tagesspiegel" zu verschiedenen Vorwürfen des Schering-Aktions-Netzwerkes bezüglich von SCHERING ausgehender Gesundheitsgefahren

**Richtig Herr Vita!**

**Wir werden uns nie mit Antworten zufriedengeben**

**- nur mit Lösungen!**

*Leben können wir allerdings nicht von der Kritik an den Umweltverseuchungen, den Gesundheitsgefährdungen und den Arbeitnehmerrechts-Verletzungen des Schering-Konzerns.*

*Deshalb können wir unseren regelmäßigen Informationsdienst nicht kostenlos versenden sondern müssen Interessenten um Spenden bitten.*

*Die Kontakte zu Betroffenen rund um den Globus kosten uns zusätzlich mehr, als wir nach den zwei Jahren, die seit der Gründung unseres Netzwerks vergangen sind, noch selbst aufbringen können.*

**SchAN** SCHERING AKTIONSWERK-Netzwerk  
c/o Henry Mathews, Tel. 06403 - 6 76 39  
Grüninger Straße 15, 6301 Pohlheim 1

Sonderkonto SchAN, Nr. 114 000 5886,  
Sparkasse Berlin (West), BLZ 100 500 00

Berichterstattung und über Aktionen öffentlichen Druck auf die Unternehmensleitung ausüben. Daß unsere Arbeitsweise zu Erfolg führen kann, wurde uns noch in letzter Zeit bestätigt. Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, wurden im Zuge des Kampfes um eine Lohnanpassung an die Inflationsrate Gewerkschafter bei BAYER DO BRASIL in Belford Roxo entlassen. In einer gemeinsamen Kampagne mit einigen anderen Organisationen und Einzelpersonen konnte die "Coordination gegen BAYER-Gefahren" durch massive Öffentlichkeitsarbeit in der BRD die Wiedereinstellung der Gewerkschaftsleitung erreichen.

Eine unserer Aufgaben sehen wir darin, die Verbindung zwischen den Problemen in Ihrem Land und dem Verhalten bundesdeutscher Konzerne - am Beispiel BAYER - aufzuzeigen und dagegen vorzugehen. Wir hoffen, in unserem Rahmen einen Beitrag zu dem zu leisten, was Sie sich zum Ziel gesetzt haben. Wir möchten diese Gelegenheit dazu nutzen, Sie herzlich zu bitten, auf der diesjährigen Aktionärshauptversammlung am 19. Juni als Redner für die "Kritischen BAYER-Aktionäre" aufzutreten. □

## Standorte.....

### Atemnot bei der BIFA in Istanbul

von Henry Mathews, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' und des 'SCHERING-Aktions-Netzwerkes'

"Bei der Herstellung des Präparates tritt Atemnot auf, ein Gefühl als würde der ganze Körper anschwellen, Appetitlosigkeit die bis zum Abend anhält, Müdigkeit und Benommenheit."

Diese Beschreibung gehört nicht zur Produktion eines hochgiftigen Kampfgases, sondern stammt aus den Erfahrungen der Arbeiterinnen und Arbeiter einer Medikamentenfabrik. Bei der gemeinsamen Niederlassung der bundesdeutschen Pharmakonzerne BAYER, SCHERING und KNOLL in Istanbul, Türkei gehen sie jeden Tag fast ungeschützt mit hochbrisanten Arzneiwirkstoffen um.

Die Gewerkschaft der 'Birllesik alman ilac fabrikalar' (BIFA = Vereinigte deutsche Pharmawerke) machte erstmals von sich reden, als sie 1985 den ersten größeren Streik seit dem türkischen Militärputsch von 1980 organisierte. Obwohl die Gewerkschaften fast aller ihrer Rechte beraubt waren, beteiligten sich seinerzeit über 90% der Belegschaft an dem Streik und setzten nach 53 Streiktagen nicht nur Lohnerhöhungen, sondern auch einen tarifvertraglich garantierten Kündigungsschutz durch.

Die drei Mutterkonzerne, die das Werk

1954 gemeinsam mit der ebenfalls bundesdeutschen Firma MERCK gegründet hatten, versuchten währenddessen den Streik auszuhebeln, indem sie die sonst in Istanbul produzierten Medikamente fertig aus der Bundesrepublik importierten.

Die BIFA versorgt heute nicht nur den türkischen Markt, sondern produziert auch für den Export. BAYER, SCHERING und KNOLL senken mit dieser Endfertigung in einem Billiglohn-Land ihre Produktionskosten.

Fünf Jahre später wendet sich die türkische Chemiegewerkschaft 'Petrol Is' nun mit der Bitte um Unterstützung an bundesdeutsche Basisorganisationen und Gewerkschaften. Zentrales Problem der Beschäftigten der BIFA sind die unhaltbaren arbeitsmedizinischen Zustände in der Medikamentenproduktion. Den Arbeiterinnen und Arbeitern stehen für den Umgang mit den Hilfs- und Wirkstoffen der Präparate nur völlig unzureichende Schutzmaßnahmen zur Verfügung. Einige der dadurch häufig auftretenden Gesundheitsprobleme beschreiben sie wie folgt:

Bei der Formulierung der INICIDAL-Suspension tritt nach Hinzufügen von Natriumcitrat, Sobrol M und P und Sorbinsäure bei 90°C heftiger, trockener Husten auf, verbunden mit Sodbrennen, Schmerzen und Brennen im Hals.

Während der Arbeit am LONGATREN-Sirup bildet sich im Hals ein unangenehmer süßlicher Schleim, der etwa zwei Tage anhält.

Die Herstellung der TALCID-Suspension führt zu verstopften Poren und trockener, rissiger "Lederhaut", die auch durch Hautcremes nicht zu lindern ist.

Der Wirkstoff ENROFLOXACIN des Tiermedikaments BAYTRIL-Lösung wird bei der BIFA aus 100

kg-Kisten mit Schaufeln entladen. Neben vermehrtem Speichelfluß kommt es dabei zu einer Übersäuerung des Rachenraums, die einen Tag lang anhält.

Die erheblicheren eingangs geschilderten Beschwerden treten bei der Produktion der OCTINUM-Tropfen auf, die vom Hersteller KNOLL in der Bundesrepublik schon seit vielen Jahren nicht mehr vertrieben werden. Sie gehören zur Gruppe der das "Sympathische Nervensystem" anregenden Medikamente, die vor allem von deutschen Firmen zur Behandlung von niedrigem Blutdruck angeboten werden. Bei ausländischen Medizinern ist das

Mittel als Therapeutikum der "german disease" bekannt, weil diesem Leiden eigentlich nicht medikamentös beizukommen ist. Obwohl der OCTINUM-Wirkstoff ISOMETHEPTEN eine der am wenigsten untersuchten Wirksubstanzen dieser Gruppe ist, sind von ihm Nebenwirkungen wie Angstzustände, Unruhe, Erbrechen, Kopfschmerzen und Schlaflosigkeit bekannt. Das Auftreten eben solcher Effekte bei den Beschäftigten der BIFA ist Beleg für die unzureichenden Schutzmaßnahmen.

Die Firmenleitung in Istanbul verweigert den Arbeiterinnen und Arbeitern Verbesserungen dieser Situation und spielt die Gefahren herunter.

In den nächsten Wochen werden Medico International, die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), das SCHERING-Aktions-Netzwerk (SchAN) und die BUKO Pharma-Kampagne diese Probleme in der Bundesrepublik öffentlich machen, denn die letztendlich Verantwortlichen für die Misere der BIFA sitzen hier: Es sind die Konzernleitungen von BAYER, SCHERING und KNOLL die ihre Fürsorgepflicht für die Gesundheit aller ihrer Beschäftigten vernachlässigen.

Kontakt und weitere Informationen bei:  
SchAN, Grüninger Str. 15, 6301 Pohlheim 1, 06403-67639 □

### Neue Anlage für ISOCYANATE in Dormagen

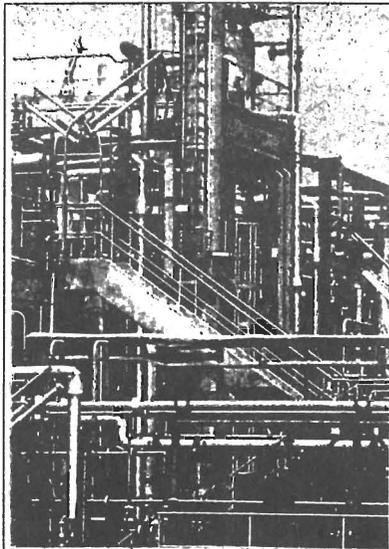
Wann die geplante Erweiterung der ISOCYANAT-Anlage auf 50'000 jato pro Jahr realisiert sein wird, will man angeblich bei BAYER noch nicht wissen. Gleichzeitig ist aber bekannt, daß eine spätere Erweiterung von derzeit 36'000 auf sogar 100'000 jato vorgesehen ist.

Am 02.03.1990 wurde im Dormagener BAYER-Werk eine 125 Mio. DM teure ISOCYANAT-Anlage in Betrieb genommen, mit der der Konzern seine diesbe-

zügliche Marktführung auf Weltebene weiter ausbaut. Eine der sechs Produktionsstraßen produziert ein neues Vorprodukt für einen neuen POLYURETHAN-Lackrohstoff. □

### 25 Jahre in Belgien

Der Grundstein zum heutigen BAYER-Werk in Antwerpen wurde 1965 gelegt. Seitdem ist - unter erheblichen Protesten - schon viel Dünnsäure die Schelde herabgeflossen. Kein Grund für den Vorstandsvorsitzenden, Hermann Josef Strenger, bei den offiziellen Feierlichkeiten zu trauern. Im Gegenteil: Strenger stellt die



wachsende Bedeutung des Standortes Belgien heraus: "Ich bin sicher, daß dieser Standort in einer Stadt und in einer Region, die wie kaum eine andere für die Offenheit Europa's zur Welt steht, für uns bei BAYER noch weiter an Bedeutung gewinnen wird." Deshalb auch sollen bis 1995 20 Milliarden belgische Francs (ca. 1 Mrd. DM) investiert werden.

Bei BAYER ANTWERPEN N. V. erarbeiten 2'700 KollegInnen einen Umsatz von 25 Mrd. Francs. Alle BAYER-Konzerngesellschaften in Belgien zusammen beschäftigen 11'500 KollegInnen. Ihr Umsatz lag 1989 bei 87 Mrd. Francs. Die Konzerngesellschaften sind: BAYER ANTWERPEN N. V., BAYER BELGIUM S. A. - N. V./Brüssel, EMAIL BRUGGE N. V./Brugge, TECHNICON, AGFA GEVAERT, Morsel. □

## Neue Rauchgasreinigungsanlage in Krefeld

76 Mio. DM soll sie gekostet haben und über 80 % der Schadstoffe zurückhalten, die neue Rauchgasreinigungsanlage des Krefelder BAYER-Werkes. Immerhin bleiben selbst nach offiziellen Angaben noch jährliche Emissionen von 390 Tonnen an Schwefeldioxid und 410 Tonnen Stickoxid (vgl. Artikel unter Rubrik "Politik"). □

## Imperium.....

### USA: BAYER-Diagnostika zu TECHNIKON

Im vergangenen Jahr erwarb die US-BAYER-Tochter MILES die Diagnostika-Spezialistin TECHNIKON. Wie bedeutend diese Akquisition war, macht deutlich, daß der entsprechende Geschäftsbereich, bisher bei MILES angesiedelt, zu TECHNIKON nach Tarrytown/New York übersiedeln soll. Gleichzeitig wechseln auch 30 bis 40 KollegInnen ihren Arbeitsplatz. In Tarrytown werden demnach bald die Hauptverwaltung des Geschäftsbereiches Diagnostika, die Marketing- und Vertriebsabteilung sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilung für TECHNIKON-Diagnostik-Geräte untergebracht sein. Der Bereich Diagnostiksysteme für Patienten und ärztliche Labors inklusive Forschung und Entwicklung sowie Produktion und Vertrieb verbleiben bei MILES in Elkhart/Ind..

Auch nach der Zusammenlegung

bleiben allerdings die angestammten Namen erhalten. □

## Arktische MAKROLON-Gewächshäuser

Vier Treibhäuser mit je 500 Quadratmeter Fläche haben im vergangenen Jahr die bundesdeutschen Firmen BAYER und MAKROFORM, eine je zur Hälfte BAYER selbst und der RÖHM GmbH/Darmstadt gehörende Firma, in die Sowjetunion geliefert. Anstelle der üblichen Verglasung wurde der BAYER-Kunststoff MAKROLON aus POLYKARBONAT eingesetzt. Denn: Die Gewächshäuser waren für Murmansk, der größten sowjetischen Stadt am Polarkreis, bestimmt. Bei Außentemperaturen von bis zu 40 Grad unter Null wäre Glas zerborsten.

Die Regierung der UDSSR kündigte an, für die arktische Halbinsel Kola über eine Million Quadratmeter Treibhausfläche zu bestellen. □

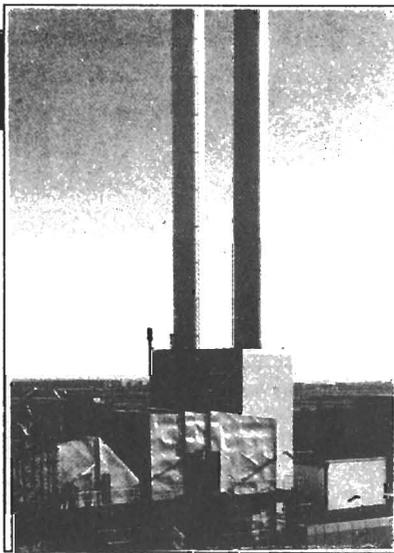
## BAYER kauft sich in DDR ein

BAYER lieferte 1989 Waren im Wert von 150 Mio. DM in die DDR und bezog Güter für 35 Mio. DM von dort. Mit dem Verfall des Staates dürfte sich der Umsatz

um astronomische Potenzen erhöhen. Dabei ist noch unklar, ob nach 1945 enteigneter IG FARBEN-Besitz in das BAYER-Imperium integriert wird. Konrad von Horneyer jedenfalls, bei BAYER für Öffentlichkeitsarbeit auch für Osteuropa zuständig, hält die Beziehungen aus den Zeiten vor dem zweiten Weltkrieg, als Chemiewerke und Kombinate noch zum IG FARBEN-Komplex gehörten, für bedeutsam. Er teilte mit, daß der BAYER-Konzern eine Planungsgruppe gebildet habe, mit deren

Hilfe Konzepte entwickelt werden könnten, die der jeweils aktuellen Entwicklung angepaßt seien.

Unterdessen zeichnen sich mögliche Beteiligungen an DDR-Firmen bereits heute ab. Dabei wird es sich um historische einmalige Akquisitions- und Expansionsmöglichkeiten handeln. An Akquisitionen denkt BAYER, will man den Worten des Vorstandsvorsitzenden Strenger glauben schenken, erst "in zwei drei Jahren". Weiter: "Die DDR wird bald zum Inlandsmarkt, ein Schwergewicht wird also die Schaffung eines Vertriebssystems sein ..." Da will der Konzern bestehende Kooperationen ausbauen.



- Die BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER sucht "Partner" auf dem Gebiet der Geschmack- und Aromastoffe.

- Die jahrelange Zusammenarbeit zwischen der BAYER-Tochter AGFA und der DDR-Firma ORWO wird verstärkt.

- Eine neue Kooperation besteht zwischen AGFA und der DDR-Computerspezialistin ROBOTRON. AGFA-Scanner und -Drucker arbeiten im Verbund mit ROBOTRON-Rechnern. Im Februar (1990) eröffneten bei ROBOTRON in Karl-Marx-Stadt die ersten gemeinsamen Ausstellungsräume für Geräte zur elektronischen Druckvorbereitung.

- 1988 vereinbarte BAYER die Lieferung einer Pharmakaformulieranlage an das Kombinat GERMED in Neu-Brandenburg.

- Der umweltbeutelnden DDR-Industrie will BAYER Abwasser- und Recyclingtechnologie, wie die Turmbiologie und ein Verfahren zur (Dünn?) Säureaufbereitung, verkaufen.

- Das PETROCHEMISCHE KOMBINAT in Schwedt erhält Informationsmaterial von BAYER über in der Bundesrepublik praktizierte sog. Sozialpartnerschaft und über Umweltschutzmaßnahmen. Weitergehende Kooperationen zwischen den beiden Chemiewerken bahnen sich an.

- In Leipzig eröffnete der Konzern ein "Beratungs- und Kontaktbüro". "Das Unternehmen schafft damit in der Schwerpunkregion der Grundstoff- und Chemieindustrie der DDR eine günstige Anlaufstelle zur Betreuung der bisherigen und zukünftigen Kunden. ... Angesichts des erheblichen Potentials der DDR für eine moderne und leistungsfähige Industrie sowie des zu erwartenden hohen Bedarfs an BAYER-Chemieerzeugnissen in allen Bereichen des Landes dürfte bereits in den nächsten Jahren mit einer deutlichen Ausweitung des Geschäftsvolumens zu rechnen sein", heißt es bei BAYER. Der etwa dreiprozentige Anteil der Staaten des "ehemaligen Ostblockes" am BAYER-Umsatz könne in den nächsten Jahren auf bis zu 10 % gesteigert werden. Strenger: "Wir werden nicht zu spät kommen und echte, in unsere weltweite Strategie passende Chancen wahrnehmen."

Das Geschäft mit der DDR wird nach wie vor noch über die West-Berliner BAYER-Vertretung von derzeit 27 KollegInnen abgewickelt. □

## Gute Auslastung und Investitionen bei EC

Die BAYER-Beteiligungsgesellschaft ERDÖLCHEMIE (EC) in Köln-Worringen ist mit einer jährlichen Produktionsmenge von 2,6 Mio. Tonnen gut ausgelastet. Hiervon eine Mio. Tonnen erhält BAYER.

Etwa 500 Mio. DM will die EC in die "Reaktivierung des Krackers IV" sowie für den Bau einer dritten POLYETHYLEN-Anlage investieren. □

## Vorerst kein Teilerwerb von PHELPS/USA

Die US-amerikanische Handelskommission (FTC) will gerichtlich eine von BAYER geplante Akquisition verhindern. Der Konzern will den Bereich synthetische Eisenoxide von COLUMBIAN CHEMICALS Inc., einer Tochter der PHELPS DODGE Corp., erwerben. Die FTC befürchtet Wettbewerbsverzerrungen in Folge. Schließlich sind COLUMBIAN CHEMICALS und die BAYER-Tochter MOBAY Corp. zwei von nur insgesamt drei Eisenoxid-Herstellern in den USA. □

## RHEIN CHEMIE CORPORATION

Die 1987 durch die BAYER USA Inc. erworbene Kunststoffspezialistin WYROUGH & LOSER, Trenton/New Jersey erhält einen neuen Namen. Entsprechend ihrer Zweckbestimmung im "größten Markt der Erde" als "Plattform für die Aktivitäten der BAYER-Tochter RHEIN CHEMIE RHEINAU GmbH in Maßenheim" zu dienen, lautet die neue Firmenbezeichnung RHEIN CHEMIE Corp.. □

## Neuer Name für ARCO SOLAR

ARCO SOLAR, eine gemeinsame US-Tochter von SIEMENS und BAYER, heißt nach abgeschlossener Übernahme SIEMENS SOLAR INDUSTRIES. □

## BAYER in Costa Rica

BAYER verfügt in Costa Rica nicht über eine eigenständige Produktion. Die Belieferung erfolgt zum erheblichen Teil über Werksniederlassungen in den USA, Guatemala und El Salvador. Die Umsätze von BAYER COSTA RICA S.A. sind stark rückläufig. Lagen sie noch vor einigen Jahren bei umgerechnet 20 Mio. US-\$, so schrumpften sie 1988 auf 8 Mio. \$. Ursache hierfür ist vor allem der Bananen- und Kaffeemarkt. Die COMPANIA BANANERA, eine Nachfolgesellschaft der berühmten UNITED FRUIT-Gesellschaft, zieht sich aus Costa Rica, wo Pestizide neben Pharmaka und veterinärmedizinischen Produkten zur Hauptumsatzsäule von BAYER gehörten, zurück.

Auf bessere Zeiten bereitet sich die BAYER-Niederlassung derzeit vor. In Versuchsstationen sollen neue Pestizide gegen Bananen- und Kaffeschädlinge entwickelt werden. BAYER hofft hier, als erstes Produkte gegen bestimmte Problemkeime zu entwickeln.

Für BAYER COSTA RICA S.A. arbeiten 120 KollegInnen. Geschäftsführer ist Harald Kube. □

## BAYER in Italien

Europa ist für BAYER der wichtigste Markt der Welt. Italien, neben der Bundesrepublik und Frankreich drittstärkste europäische Wirtschaftsmacht, wiederum nimmt hier eine bedeutende Stellung ein, bei 3,3 Mrd. DM Jahresumsatz der BAYER-Gruppe kein Wunder. Steht doch BAYER hiermit nach ENIMONT auf Platz zwei der Chemieunternehmen in Italien. Der bevorstehende europäische Binnenmarkt läßt eine Umsatzsteigerung auf weit über 4 Mrd. DM erwarten. Dies jedenfalls meint der Geschäftsführer von BAYER ITALIA S. p. A. Dr. Paolo Pagliani. Nicht zuletzt deshalb auch baut BAYER, seit 1899 in Italien aktiv, ein 50'000 Quadratmeter großes neues Verwaltungsgebäude in der Nähe der Mailänder Messe. In den letzten zehn Jahren investierte der Konzern in seine italienische Tochter fast 400 Mio. DM. Weitere Ausbauten stehen bevor.

Die BAYER ITALIA S. p. A. vereinigt acht Hauptgesellschaften:  
BAYER ITALIA  
BAYROPHARM ITALIANA  
HAARMANN & REIMER ITALIA  
MILES ITALIANA  
AGFA-GEVAERT  
FOTOINDUSTRIA  
COMPUGRAPHIC ITALIA sowie  
TECHNICON ITALIANA S. p. A..

In fünf Werken arbeiten etwa 3'800 KollegInnen. □

## Wiedervereinigung: Reibach für IG FARBEN i. A.

Eigentlich wollten sie ihr Kapital durch den Erwerb der WÜRTEMBERGISCHEN CATTUNMANUFAKTUR (WCM) umwidmen. Die Aktionäre des in Abwicklung befindlichen Mörderkartells der IG FARBEN sollten ihre Anteilsscheine in WCM-Papiere umtauschen. Das Einklagen von Vermögensansprüchen der alten IG FARBEN in der ganzen Welt wäre endlich eingestellt worden.

Doch die bevorstehende Wiedervereinigung bietet den Spekulanten der Blutzölle neue, schon aufgegebene, Möglichkeiten. Was sich derzeit noch in Volkseigentum befindet, soll dem Liquidationsüberschuß von 130 Mio. DM zugeschlagen werden: Verwaltungsgebäude in Berlin, landwirtschaftliche Güter, Forstgebiete, knapp 50 Beteiligungsgesellschaften, darunter LEUNA, BUNA und RIEBECKSCHE MONTAN.

Wen wundert, wenn angesichts solcher Optionen der Aktienwert der IG FARBEN IN ABWICKLUNG steigt. Lag er in Honnecker's letzten Regierungstagen noch bei DM 10,-, kletterte er unter de Maziere auf über DM 16,-.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert gemeinsam mit den kri-

tischen IG FARBEN i.A.-Aktionären die unverzügliche Auflösung der Liquidationsgesellschaft. Die Nachfolger des Chemiekomplexes, darunter BAYER, sollen endlich die in ihren Werken Gequälten sowie die Angehörigen und Nachfahren der Umgekommenen entschädigen. □

## Ökonomie.....

## BAYER-Aktie an Mailänder Börse

Noch im Laufe dieses Jahres (1990) wird der BAYER-Konzern seine Aktie an der Mailänder Börse einführen, heißt es. Dies, obwohl das italienische Zulassungsverfahren angeblich schwieriger, als anderswo in der EG ist. Aber BAYER befindet sich nach eigenen Angaben mit der Börsenaufsichtsbehörde in fortgeschrittenen Verhandlungen.

Mit der Notierung in Mailand entwickelt sich der Multi ein weiteres Stück auf ein globales Unternehmen, das die Grenzen der lokalen Finanzmärkte sprengt, zu. Erst kürzlich führte BAYER seine Aktie in Schweden ein. □

## Brunsbütteler Bilanz '89

Die 1'775 KollegInnen des Brunsbütteler BAYER-Werkes brachten es 1989 auf einen Umsatz von 915 Mio. DM. Dies stellt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 202 Mio. DM (+ 28,4 %) dar.

In Brunsbüttel werden Vor- und Zwischenprodukte für Kunststoffe, Farben, Kautschuk sowie Pestizide hergestellt. □

## Bilanz '89: Hoher Gewinn in USA

Das US-Geschäft läuft auf vollen Touren. Die Vereinigten Staaten sind Investitionsschwerpunkt des BAYER-Konzerns, der vor Jahren bereits angetreten ist, den Übersee-Markt zu erobern. Mit jeder veröffentlichten Bilanz kommt BAYER seinem Ziel ein gutes Stück näher.

BAYER USA Inc., die Holding für das Konzernengagement in den Staaten, steigerte im Geschäftsjahr 1989 die Umsätze um 15 % auf 5,4 Mrd. \$ und ihr Ergebnis um fette 23,7 % auf 153,9 Mio. \$. Der BAYER-Umsatz in USA besteht zu 42 % aus Chemieprodukten, zu 40 % aus pharmazeutischen, Diagnose- und Haushaltsprodukten sowie zu 18 % aus fotografischen Erzeugnissen.

Die Ergebnisse der einzelnen US-Tochter, die nicht alle unter dem Dach der BAYER USA Inc. vereinigt sind:

MOBAY setzte mit 2,15 Mrd. \$ 6,6 % mehr als im Vorjahr um. Der Gewinn kletterte um 7,2 % auf 121,6 Mio. \$ und macht

Nach Redaktionsschluß erreichte uns ein Schriftsatz von der durch BAYER beauftragten Kölner Kanzlei "Schlütter, Lür & Görg", der den Vorstand der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' sowie die presserechtlich verantwortlichen Autoren der nachstehend beworbenen Broschüre, Achim Schmottlach und Bruno Kern, ultimativ auffordert, "es bei bei Meidung einer Vertragsstrafe in Höhe von DM 10'000,- für jeden Fall der zukünftigen Zuwiderhandlung ... zu unterlassen", eine inkriminierte "Abbildung zu veröffentlichen und/oder zu verbreiten und/oder veröffentlichen und/oder verbreiten zu lassen".

Was ist geschehen? Das Titelbild des Brasilien-Heftes sowie eine gleichartige verkleinerte Abbildung auf Seite 2 der Veröffentlichung erregte - wie vermutlich auch die Broschüre an sich - den Zorn des BAYER-Konzerns. Das Titelbild gibt ein Plakat aus Brasilien wieder, das in portugiesischer Sprache fragt, ob tatsächlich gut ist, was von BAYER kommt. Dies jedenfalls behauptet die BAYER-Werbung in Brasilien. Die Bildunterschrift erläutert: "Plakataktion gegen BAYER. ... Das Plakat weist auf die Skandale bei BAYER hin:..."

Das erneute juristische Vorgehen des BAYER-Konzerns - die Verfassungsklage wegen angeblicher Verleumdung ist noch anhängig - ist umso skandalöser, als es sich bei der Wiedergabe des Plakates um ein Zitat handelt. Dem Schriftsatz ist eine "Kostennote" beigelegt. Die 'Coordination' soll Anwaltskosten in Höhe von DM 2'541,06 zahlen. Den "Gegenstandswert" legten die BAYER-Anwälte auf DM 150'000,- fest.

Jetzt erst recht ist der Brasilien-Broschüre eine weite Verbreitung zu wünschen! Sie kann zensuriert - bei der Herausgeberin bezogen werden.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.)

REPRESSION  
STATT LOHN

KNAST UND RAUSSCHMISS  
FÜR UNLIEBSAME GEWERKSCHAFTER  
BEI BAYER DO BRASIL

Die aktuelle Dokumentation über einen Streik und seine Folgen

Kaum ein Ereignis in den letzten Monaten hat derart das Image von BAYER geschädigt, wie die harte Gangart des Konzerns gegen die brasilianischen Kolleginnen und Kollegen. Auf beispielhafte Weise organisierte die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' praktische Solidarität. Dies nicht ohne Erfolg: Rausgeschmissene Gewerkschafter mußten wieder eingestellt werden. Doch noch immer sind fast 200 Menschen entlassen. Noch immer zahlt BAYER Löhne unterhalb des Existenzminimums.

COUPON

Ich bestelle "REPRESSION STATT LOHN" und lege DM 5,- in Briefmarken bei. Mit dem Kaufpreis unterstütze ich die Lateinamerika-Solidarität

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Wohnort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: "Stichwort: BAYER", Jägerstr. 78, 4000 Düsseldorf 11

DM 5,-

incl. DM 2,- für die  
Lateinamerika-  
Solidarität

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN

damit den Löwenanteil des BAYER-Gesamtergebnisses in USA aus.

MILES machte mit einem Umsatz von 2,13 Mrd \$ ein Plus von 24,6 %. Der Gewinn kletterte vergleichsweise bescheiden um 5,2 % auf 59,6 Mio. \$. Ursache: Der Erwerb und die folgenden Eingliederungskosten von COOPER TECHNIKON (wir berichteten).

Die AGFA Corp., im Jahr zuvor noch mit 20 Mio. \$ in der Verlustzone, mauserte sich auf einen Umsatz von 947 Mio. \$ (plus 15,8 %) und einen Gewinn von 0,6 Mio. \$. Tendenz: stark steigend.

Alle anderen BAYER-Beteiligungen in USA werden offiziell mit einem Umsatz von insgesamt 203 Mio. \$ und einem Ergebnis von 9,0 Mio. \$ beziffert.

Die Investitionen wurden 1989 um 15,3 % auf 295,6 Mio. \$ gesteigert, hauptsächlich um neue Forschungseinrichtungen zu erbauen. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, mit ca. 20 % des Weltaufwandes von 1,4 Mrd. \$ in den USA investiert, wuchsen um 21,8 % (im Vergleich: 13 % im Vorjahr) auf 323,4 Mio. \$ an. Hiervon wiederum flossen 60 % in den Gesundheitsbereich. Wichtige Vorhaben: Der Ausbau des MILES-Forschungszentrums in West Haven (wir berichteten) sowie der Ausbau der Gentechnik.

### 1989 hohe Gewinne in Japan

Japan gehört neben den USA und Europa zu den wichtigsten Ländern des BAYER-Imperiums. Die 14 Unternehmen umfassende japanische BAYER-Gruppe steigerte 1989 ihren Umsatz um 13,6 % auf 198 Mrd Yen (2,7 Mrd. DM) sowie den Gewinn um 5,7 % auf 8,2 Mrd. Yen (112 Mio. DM). Damit ist BAYER umsatzstärkstes ausländisches Chemieunternehmen geworden. Über 40 % des Umsatzes und drei Viertel des Gewinnes brachten Produkte des Sektors Gesundheit, 21 % des Sektors Industrieprodukte und lediglich 13 % des Sektors Landwirtschaft (vgl. SWB 2/90 S. 26). Die BAYER-Gruppe beschäftigt 3'300 KollegInnen.

1989 tätigte der Konzern Sachinvestitionen in Höhe von 9,4 Mrd. Yen in die japanischen Töchter (+ 36 %). Zwei Unternehmen wurden akquiriert: der Diagnostik-Anlagen-Hersteller NIHON TECHNIKON und der TATALUM-Pulver-Produzent V TECH. Die Übernahme einer japanischen Pharmafirma für nicht rezeptpflichtige Arzneien (OTC-Produkte) steht bevor. Zusätzlich ausgebaut werden sollen die Bereiche Amateurphotographie, Gummichemikalien, POLYURETHAN sowie die Pestizid-Forschung.

Die positive Bilanz drückt sich nicht zuletzt im Interesse an der seit Ende 1988 an der Tokioer Börse gehandelten BAY-

ER-Aktie aus. Lag die Zahl der erworbenen Anteile im Dezember 1989 noch bei 77'200, so explodierte sie bis Februar 1990 auf 612'900.

Für das laufende Jahr 1990 prognostiziert BAYER JAPAN-Präsident Theodor K. Heinrichsohn einen Umsatz von mindestens 220 Mrd. Yen. Die Steigerung dürfte sich wegen der Yen-Abwertung nicht vollständig in der Umrechnung in DM auswirken. Dennoch wird ein beträchtlicher Gewinn bleiben. Werden doch immerhin die Hälfte der in Japan verkauften Produkte dort produziert oder veredelt.

## Propaganda.....

### VCI: Lenkungsausschuß CHLOR-Chemie

Hermann Josef Strenger, Vorstandsvorsitzender von BAYER und neuer Chef des Vorsitzenden des 'Verbandes der Chemischen Industrie' (VCI) (wir berichteten) hat's erkannt: Das Thema CHLOR-Chemie ist Forderungskristallisationspunkt der Umweltbewegung, die diesbezüglich den Ausstieg fordert. Hierauf will sein Verband mit einem "Lenkungsausschuß" reagieren. Er soll der Tatsache, daß die Umweltschützer das "Thema CHLOR-Chemie als Hebel" nutzten, "um die gesamte Chemie schlecht zu machen", entgegen wirken. Der VCI will "schon im Vorfeld der Entstehung eines öffentlichen Problems ein Konzept ... entwickeln", um "den Kritikern von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen." Steht zu befürchten, daß sich in der Realität dennoch nicht viel ändert.

### "... und ganz Amerika"

"Wellsburg", eine kleine Stadt in West Virginia/USA, "wird fit bleiben und danach ganz Amerika", prophezeit der von BAYER beauftragte Ernährungswissenschaftler Dr.

Unter seitung abren die s c h e n neß- und "BAYER-neß-Progenannt, g e r e



Lebenserwartung verheißt. "Wir haben diese Stadt für unser Experiment gewählt, weil West Virginia mit Herz- und Gefäßkrankungen an zweiter Stelle in Amerika steht", erklärt William J. Godfrey von BAYER. Daß die aufwendige Aktion, bei der BAYER immerhin einige ADALAT-VerbraucherInnen verlieren könnte, freilich dennoch nicht ganz uneigennützig ist,

versteht sich fast von selbst. Wellsburg wird zum leuchtenden Vorbild für die ganze Nation aufgebaut und entsprechend werbewirksam begleitet. Auf diese Weise, so wird man bei BAYER spekulieren, gewinnt ein Unternehmen, das in die Prävention investiert, verlorene Glaubwürdigkeit zurück. Und daß dabei trotz Fitneß noch genügend therapiepflichtige Herzpatienten übrig bleiben, darf als sicher angenommen werden. Die werden möglicherweise auf ADALAT umsteigen oder - wahrscheinlicher - umgestellt werden. Dies "in ganz Amerika".

### Durch die Blume Macht demonstriert

Zwei Kinder halten das Wappen Nordrhein-Westfalens. Ein drittes entfernt eine untere Ecke wie aus einem Puzzle, das Teil umgedreht, mit deutlich sichtbar aufgedrucktem BAYER-Kreuz, hochhaltend. BAYER, ein eng mit Land, Leuten und Politik verwobenes, machtvolles Unternehmen. Schicksal, oder auch "ein bedeutender Faktor", gewissermaßen, an dem weder NRW, noch die Konsumenten vorbeikommen. Und 64'000 "Mitarbeitern" - die Mitarbeiterinnen werden geflissentlich übergangen - in täglicher Arbeits- und Anpassungsroutine auf Kurs gebracht, bilden das "Bindeglied" zwischen BAYER und NRW. So stellt sich der Konzern in ganzseitigen Anzeigen den Menschen vor.

### BAYER-Planspiel für hohe Apothekenabsätze

Nicht zuletzt in Folge gewisser Einsparungen der gesetzlichen Krankenkassen bei den Medikamenten, kommt den Pillen aus dem Bereich der Selbstmedikation erhebliche Bedeutung zu. Das weiß auch W. Spinner, bei BAYER für diesen Geschäftsbereich zuständig. Nicht verschreibungspflichtige Medikamente haben für ihn "absolute Priorität". Ihre Verkaufszahlen hängen im wesentlichen von der Kooperation mit den Apotheken ab. Wer mit ihnen schlecht zusammen arbeitet, "kommt nicht hoch". Die Apotheken müßten, so Spinner, in Zukunft "unternehmerischer denken". Hierzu unabdingbar ist ein "konsequentes" Marketing, findet auch BAYER-Außendienstleiter W. U. Scherhag. Dies und noch vieles mehr zu erlernen erdachte sich BAYER's Unternehmensberater Rudolf Spiegel ein "Planspiel", wobei die TeilnehmerInnen am Modell einer "Marktapotheke" lernen sollen: Profilierung, Beratung, Controlling, MitarbeiterInnen, Sortiment, Unternehmensführung u. a. lauten die Themen.

BAYER, nach THOMA größter bundesdeutscher Hersteller von Präparaten aus dem Bereich der Selbstmedikation, plant 40 Veranstaltungen in der gesamten

Bundesrepublik mit jeweils bis zu 20 TeilnehmerInnen. Regional will der veranstaltende Chemieriese - quasi als speziellen Anreiz - angeblich einen Konkurrenzausschluß garantieren. □

### LehrerInnen zu Besuch

37 Lehrerinnen und Lehrer höherer Schulen aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, den beiden Bundesländern, die die fünf bundesdeutschen BAYER-Werke beherbergen, besuchten das Leverkusener BAYER-Werk anlässlich eines seit 1965 bereits zum 38sten Mal abgehaltenen "Seminars". So können sie die Lobhudeleien auf die Chemie und das Unternehmen, die sie schon aus den regelmäßig zugesandten BAYER-Propagandamaterialien kennen, live erleben.

In Dormagen besuchte das Lehrerkollegium des ortsansässigen Bettina von Armin Gymnasium das BAYER-Werk. □

## Medien.....

### WDR: Klüngel mit BAYER

Unabhängigkeit in der Berichterstattung unserer ach so freien Medien, stößt dann auf ihre Grenzen, wenn der Name BAYER auftaucht.

Der 'Westdeutsche Rundfunk' (WDR) berichtet nämlich mitunter in einer Weise, die dem Konzern sehr mißfällt. So am 8.1.90, wo in der "Aktuellen Stunde" der Frage nachgegangen wird, ob BAYER Kampfstoffe an den Iran geliefert hat. Gleichmaßen am 11.1.90, wo eine kritische "Montagsreportage" schließlich zu einem Strafverfahren gegen den damaligen Leverkusener Werksleiter Rosahl, der zugab, von der durch die Dhünnauer Altlasten hervorgerufene Gewässerbelastung gewußt zu haben, sowie schlußendlich zur Zusage des Konzerns, das betroffene Areal für 150 Mio. DM zu sanieren. BAYER protestierte gegen die genannten Berichte beim Fernsehdirektor Günter Struve, der seine Autoren in Schutz nahm - "tadelloser Beitrag" - während er gleichzeitig zunächst ohne deren Wissen an BAYER schrieb. Ein interpretationsfähiger Satz brachte den RedakteurInnenausschuß auf die Palme. Struve an BAYER: "Ich habe den Eindruck, daß nicht alle Ihre Vorwürfe berechtigt sind." Logische Schlußfolgerung: Gewisse Vorwürfe sind eben doch berechtigt. Deshalb beschlossen die RedakteurInnen eine Resolution, die Struve's Verhalten schärfsten mißbilligt. Außerdem soll sich der Intendant mit dem Fall beschäftigen.

Voraussetzungen der Gehorsam eines Fernsehdirektors oder gezielte Einflußnahme - es wäre nicht das erste Mal - auf vermeintlich unabhängige Medien? □

### BAYER verklagt SWF

"Ist es so schwer, Fehler zu korrigieren?", läßt BAYER seinen "unser werk"-Kommentator Heiner Springer - nomen est omen - fragen. Sein Kollege Wolfgang van Loon führt in einem fast ganzseitigen Report rechthaberisch weiter aus: "Fast zwei Jahre lang mußte die BAYER AG kämpfen, ehe die Report-Redaktion des Südwestfunks (SWF) bereit war, unwahre Behauptungen über das Unternehmen und über das Pflanzenschutzmittel NEMACUR richtigzustellen. So mußte erst gegen den SWF-Intendanten Willibald Hilf, den Leiter der "Report"-Redaktion Dr. Franz Alt sowie gegen die Autoren des Beitrages, Dr. Imre Kerner und Dagnj Kerner-Radek, Klage auf Richtigstellung und Unterlassung erhoben werden ..."

"Report" deutete in seiner Sendung am 26. April 1988 im Raum Tübingen jahreszeitlich vorkommende z. T. schwerwiegende Krankheitssymptome im Zusammenhang mit der Ausbringung von Pestiziden auf die Felder (SWB berichtete). Besonders spektakulär: In einer Bodenprobe soll FENAMIPHOS - Wirkstoff des in der Bundesrepublik nicht zugelassenen BAYER-Pestizides NEMACUR (in Spanien zuvor beim "Ölpantsch-Prozess ins Gerede gekommen) enthalten gewesen sein. BAYER will das nicht gelten lassen und unterstellt "zweifelhafte Untersuchungsmethoden". "So handelt es sich bei der Bodenprobe lediglich um eine einzige Probe aus einem abgeernteten Maisfeld."

Während BAYER mit Hilfe des Kölner Landgerichtes formal obsiegt, spitzen die damaligen "Report"-Autoren das Problem in einer neuerlichen Sendung vom 30.01.1990 zu, freilich ohne NEMACUR zu erwähnen. Die Krankheitssymptome, so recherchieren sie, bestehen - in Abhängigkeit zu den Spritzzeiten - weiter fort. Kein Wunder: In der Bundesrepublik werden nach Aussagen von Dr. Nolting von der 'Biologischen Bundesanstalt' (BBA) alljährlich "30'000 Tonnen Pflanzenschutzmittelwirkstoffe" ausgebracht. Einer neuerlichen spektakulären BBA-Studie zufolge (SWB 2/89), verdunsten diese zu ca. 80 % innerhalb von 24 Stunden und können auf diese Weise in den menschlichen Organismus gelangen. Den 'Industrieverband Agrar' (IVA) beeindruckt das wenig. Sein Vertreter Dr. Gerorg Leber antwortet auf die Frage, ob die Industrie aus Selbstverantwortung - von der IVA stets beschworen, wenn es um Abwehr schärferer Gesetze geht - noch in diesem Jahr Mittel wegen der Verdampfung vom Markt nehme: "Nein. ... Heute lassen sich zwar mit hochempfindlichen modernen Analysemethoden Pflanzenschutzmittel, die jetzt zugelassen sind, nachweisen, aber nach dem Stand unseres Wissens ... können wir davon ausgehen, daß eine Gefährdung der Bevölkerung nicht gegeben ist. □

## Wissenschaft/Forschung..

### BAYER und Co setzen Fuß in DDR-Hochschulen

Die chemische Industrie in der Bundesrepublik ist seit 1950 stetig bemüht, über einen Fonds ihren Einfluß an den Hochschulen geltend zu machen. Im Zuge der bevorstehenden Wiedervereinigung stellt der 'Fond der chemischen Industrie' für DDR-Wissenschaftler eine Mio. DM zur Verfügung. "Der intensivere Austausch zwischen Wissenschaftlern beider deutscher Staaten soll dazu beitragen, die chemische Grundlagenforschung an wissenschaftlichen Hochschulen und nicht kommerziellen Forschungseinrichtungen in der DDR zu stärken", heißt es bei BAYER. □

### Domagk-Preis

Der mit 20'000 DM dotierte Gerhard-Domagk-Preis, benannt nach dem BAYER-Nobelpreisträger, ging 1989 an Dr. M. E. Scheulen und Prof. Dr. N. Niederle sowie an ein Wissenschaftsteam des Heidelberger Krebsforschungszentrums. □

### Uni Clausthal ernennt Prof. Gräfen zum Dr. Ing. h. c.

Bis 1988 war Prof. Dr. Hubert Gräfen Leiter der 'Inatü-Werkstofftechnik' bei BAYER. Nun hat er noch einen zusätzlichen Dokortitel, wenn auch nur ehrenhalber, honoris causa. Der Dekan der Fakultät Bergbau, Hütten- und Maschinenwesen ernannte Prof. Gräfen zum Dr. Ing. honoris causa der Technischen Universität Clausthal. □

### Findeisen Honorarprofessor in Kassel

Gegen den Widerstand des 'Allgemeinen Studentenrates' (ASTA) und der ÖTV-VertreterInnen wurde Dr. Findeisen, am BAYER-Pestizid-Zentrum in Monheim tätig, zum Honorarprofessor der Gesamthochschule Kassel gewählt. Das Minderheitenvotum gibt Aufschluß über des Forschers Ansichten. Dr. Findeisen wird etwa folgendermaßen zitiert: "Wenn man Chemieweg nimmt, sind wir ja im Stein zu fallen." Zu seiner Forschungsstrategie als Chemiker: "Wenn Sie etwas durchführen wollen, tragen Sie nie Ihren Chef, sondern machen Sie einfach." Das Gegenvotum kommt zu der Auffassung: "Dr. Findeisen ist fachlich nicht geeignet, einen Überblick über Pflanzenschutzmittel zu geben. Er ist nicht geeignet, angehende ChemikerInnen zum verantwortlichen Handeln gegenüber Gesellschaft und Umwelt aufzuwecken ..." (Katharin

vertritt er "eine Firma, die zu den größten Umweltzerstörern in der BRD zählt und an Krieg und Unterdrückung verdient." □

### Fleckenstein-Preis

25 Jahre nach der Entdeckung des sog. Calcium-Antagonismus' durch Prof. Dr. Albrecht Fleckenstein stiftet BAYER einen gleichnamigen Preis. Die hiermit verbundene Zuteilung von DM 5'000 wurde Dr. W. Lange, Freiburg erstmalig zuerkannt. Der Preis soll fortan jährlich neu vergeben werden.

Der BAYER-Renner ADALAT, ein Herztherapeutikum, ist bis heute der am meisten verkaufte Calciumantagonist der Welt. □

### Chinesische Wissenschaftler bei BAYER

Das Leverkusener BAYER-Werk, das Wuppertal-Aprather "Pharmaforschungszentrum" sowie das Pestizidzentrum in Monheim besuchten Mitglieder der chinesischen Akademie für Wissenschaften aus Peking. Zwischen ihnen und BAYER gibt es eine Kooperation auf "dem Gebiet der Naturstoff-Forschung". Dies teilte BAYER in seiner Februar-Ausgabe der "BAYER-Berichte" mit. □

### Lehrstuhl in Cambridge für ADALAT

Mit jährlich 80'000 Pfund fördert die britische BAYER-Tochter an der renommierten Cambridge-Universität einen Lehrstuhl für Neurochirurgie. Untersucht werden sollen vor allem Behandlungsmöglichkeiten bestimmter Hirnblutungen sowie des Schlaganfalles. Dabei soll auch die durchblutungsfördernde Wirkung von Calciumantagonisten untersucht werden, heißt es lapidar.

Derzeit meistverkaufter Calciumantagonist mit deutlich sinkender Tendenz wegen ausgelaufener Patentschutzfrist - ist das BAYER-Herztherapeutikum ADALAT, für das verzweifelt neue Indikationsgebiete gesucht werden. □

### Dr. Kazda Prof. in Köln

Der Leiter der Herz-/Kreislaufforschung im Wuppertaler BAYER-Forschungszentrum, Dr. Stanislav Kazda, ist zum außerordentlichen Professor der Universität Köln benannt worden. □

### Dr. Walzel Professor in Essen

Der Leiter der Abteilung Ingenieurtechnik/Forschung bei BAYER in Leverkusen, Dr. Peter Walzel, wurde zum außerplanmäßigen Professor der Universität Essen ernannt. Dort hält er bereits seit 1980 Vorlesungen. Mit Dr. Walzel gelang BAYER eine weitere Präsenz an einer

bundesdeutschen Hochschule. □

### 25 Jahre "Jugend forscht"

"Jugend forscht" legt die Basis und weckt Interesse - aus den Reihen der Teilnehmer wachsen dann nicht selten jene Wissenschaftler, die Jahrzehnte, nachdem sie erwartungsvoll ihre ersten Arbeiten den Juroren präsentiert haben, mit großen innovativen Leistungen Schlagzeilen machen", kommentiert BAYER-direkt-Redakteur Michael Schade jenes Ereignis, das in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert alt wird. Auf Initiative der Illustrierten STERN haben sich in der 25jährigen Geschichte von "Jugend forscht" über 40'000 findige junge Männer und Frauen im Alter von 16 bis 21 Jahren zu regionalen- und Landeswettbewerben getroffen, deren SiegerInnen schließlich jeweils die Endrunde beim Sponsor BAYER erreichten. So in diesem Jahr vom 19. bis 21. März in Leverkusen, wo BAYER zum wiederholten Male die Chance nutzte, den wissenschaftlichen Nachwuchs kennenzulernen. □

### Bildungswerk der Chemie-Industrie

Über 35 Jahre ist es nun alt, das 'Bildungswerk der Chemischen Industrie' des 'Bundesarbeitgeberverbandes Chemie' (BAVC). Seit seiner Gründung im Jahr 1954 haben schon über 12'000 Chemie Meister an Veranstaltungen des Bildungswerkes teilgenommen. Das Ausbildungsziel ist klar unternehmensorientiert. Geht es doch darum, den Meistern das "Rüstzeug eines Vorgesetzten...", der eine möglichst konfliktfreie Zusammenarbeit im Betrieb zu organisieren hat", mitzugeben.

Im Bereich des BAVC gibt es derzeit 690'000 Beschäftigte, davon 20'000 Meister. □

### Politik.....

### Mathiesen weicht BAYER-Rauchgasreinigung in Krefeld ein

Per Knopfdruck weihte am 04.04.1990 der nordrhein-westfälische Umweltminister Klaus Mathiesen die neue Rauchgasreinigungsanlage des zum Krefelder BAYER-Werk gehörenden Kohlekraftwerkes Nord ein. Das 76 Mio. DM teure Projekt soll angeblich "den jährlichen Schadstoffausstoß um mehr als 80 % senken". Den Lobeshymnen des Vorstandsvorsitzenden Strenger zufolge, will BAYER in den nächsten Jahren weitere 700 Mio. DM zur Reduzierung der Emissionen firmeneigener Kraftwerke und 300 Mio. DM zur Abluftreinigung in Produktionsbetrieben

ausgeben. Wie immer läßt sich nicht nachvollziehen, wie diese Zahlen zustande kommen und ob Reparatur-, Wartungs-, und Teile der Betriebskosten darin enthalten sind.

Glaubt man den BAYER-Angaben, so bleiben trotz neuer Rauchgasreinigung in Krefeld jährlich noch 390 Tonnen Schwefeldioxid und 410 Tonnen Stickoxidemissionen. Zuvor sollen es immerhin 2'600 bzw. 2'000 Jahrestonnen gewesen sein. □

### Wirtschaftsminister Froschmaier in Brunsbüttel

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Dr. Franz Froschmaier brach eine Lanze für den Industriestandort Brunsbüttel. Hierbei traf er auch mit dem Leiter des dortigen BAYER-Werkes, Dr. Dieter Maaßen zusammen. Froschmaier forderte mehr Umweltschutz. "Hierbei muß das Land auf der einen Seite helfen, auf der anderen kontrollieren, damit die Umwelt intakt bleibt", so der Minister. □

### DDR-SPD-Politiker in Leverkusen

Eine SPD-Delegation der DDR-Stadt Schwedt besuchte im Rahmen eines PolitikerInnenkontaktes zu Leverkusen auch das ortsansässige BAYER-Werk. Dabei wurde eine erste Kooperation mit dem Schwedter CHEMIE-KOMBINAT vereinbart. □

### DDR-JournalistInnen in Leverkusen

Eingeladen hatte der 'Bundesverband der Chemischen Industrie' (BDI). Während einer viertägigen Rundreise der NRW besuchten 15 WirtschaftsjournalistInnen aus der DDR auch das BAYER-Werk in Leverkusen. Nach Besichtigung der Kläranlage zeigte man ihnen das Monheimer Pestizid-Zentrum. □

### Lateinamerikanische Gäste

Der Botschafter El Salvador's in der Bundesrepublik, Dr. J. Sagner-Sapriosa sowie sein Gesandter besuchten kürzlich das Monheimer Pestizid-Zentrum. Geladen hatte das BAYER-Vorstandsmitglied Dr. Helmut Piechota, Sprecher für die Region Lateinamerika. □

### Weise auf deutsch-deutschem Umweltkongreß

Die DDR steht in Sachen Umweltschutz mit dem Rücken zur Wand. Da kann sich selbst das BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Eberhard Weise fortschrittlich geben. So geschehen auf dem ersten deutsch-deutschen Umweltkongreß Anfang April in Leipzig, der vornehmlich mit

hochrangigen sich selbst gerne "Umweltpolitiker" nennenden Funktionären bundesdeutscher Parteien sowie Vertreterinnen der großen Umweltverbände und der Industrie besetzt war. Ein DDR-Toxikologe aufgebracht zu Weise: "Warum wehrt sich eigentlich drüben Ihre Industrie nicht gegen die vielen verleumderischen Dinge in den Medien...?" Der BAYER-Wissenschaftler kontert heuchlerisch: "Wir leben doch vom Umbau." Gleichzeitig lehnt der Konzern alle Forderungen nach einem Ausstieg aus der gefährlichen CHLOR-Chemie ab. Da nimmt es nicht Wunder, daß Weise fast im gleichen Atemzug anbietet, Produktionsanlagen für die zur CHLOR-Herstellung eingesetzte Elektrolyse in die DDR zu liefern.

Die bundesdeutsche Umweltbewegung muß wachsam sein. Schon finden sich Teile aus Politik und Industrie damit ab, daß bundesdeutsche Standards, allemal dürftig genug, in der DDR nicht zu realisieren sind. Gleichzeitig muß das ökologische Desaster in der DDR dazu herhalten, bundesdeutsche Zustände zu rechtfertigen und Kritik abzuwürgen. Renaissance für ein uraltes Argument: "Drüben ist alles noch viel schlimmer!" □

## Vorsitzender der JU in Dormagen

Im März 1990 besuchte der Bundesvorsitzende der 'Jungen Union' (JU) Hermann Gröhe, das Dormagener BAYER-Werk. Dessen Leiter, Dr. Hartmut Fuhr, zeigte dem Nachwuchspolitiker in spe die Ausbildungsstätten. Besonders interessiert zeigte sich der junge Gast am Stand des Genehmigungsverfahrens hinsichtlich der geplanten Müllverbrennungsanlage, mit dessen Problematik Gröhe als Mitglied des Kreisumweltausschusses bekannt ist.

Ein breites Bündnis, darunter die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', lehnen die Anlage aus Umweltbedenken ab. □

## Bundesverdienstkreuz für Müller

Lothar Müller, 62jähriger Dipl. Ing. bei BAYER wurde das Bundesverdienstkreuz zuerkannt. Er habe sich ehrenamtlich um die Arbeitssicherheit in der chemischen Industrie verdient gemacht. Müller ist Vorsitzender des Ausschusses für explosionsgeschützte elektrische Anlagen. □

## Matthiesen redet im BAYER-Kasino

Gemeinsam mit der IG CHEMIE initiierte BAYER eine Reihe von Vorträgen, zu dessen drittem sich NRW-Umweltminister Matthiesen - nicht nur in Sachen Müllverbrennung auf BAYER-Linie gebracht - eingefunden hat. Im Elberfelder Werk-

skasino referierte er Mitte Januar 1990 vor ca. 80 Betriebsräten und gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Hauptanliegen des Ministers: NRW als Industriestandort ausbauen. Hauptargumente: Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung widersprächen sich nicht. Forderung: eine "vorsorgende Chemiepolitik" sowie "Erhöhung der Bürgerakzeptanz". Kokettierung mit den Wünschen des BAYER-Konzernes, der oft genug mit Abwanderung ins Ausland drohte. □

## EG-Binnenmarkt.....

### "... die größten Chancen"

Natürlich gibt es noch große Unterschiede bei Löhnen, Steuern, Energiepreisen, Umweltnormen und bei der Arbeitssicherheit, aber für den langfristig orientierten Unternehmer ist doch wichtig, wie es damit in zehn Jahren aussieht", spekuliert Manfred Schneider, im BAYER-Vorstand für Westeuropa zuständig, über die zukünftigen Marktchancen bei verwirklichtem EG-Binnenmarkt. Diese, so viel steht fest, sind für den BAYER-Konzern glänzend. Schon rechnet Schneider mit einer Angleichung der Normen, freilich zumeist auf niedrigerem Niveau als in der Bundesrepublik vorhanden. Der französische Atomstrom etwa sei um 80 % billiger. Ein freier europäischer Energiemarkt wird voraussichtlich die deutschen Preise ins Wanken bringen.

In Sachen Umweltschutz wird sich der Konzern kaum noch anzustrengen brauchen. Im Vergleich zum europäischen Ausland sind die viel zu laschen Normen in der Bundesrepublik immer noch vergleichsweise hoch. Eine Einigung auf kleinerem gemeinsamen Nenner ist schon jetzt absehbar.

Gleichzeitig wachsen die Märkte nicht nur in den von BAYER mit folgender Prioritätenfolge benannten Ländern: Italien, Großbritannien, Frankreich und Spanien. Kommt ein vergleichsweise niedriges Lohnniveau hinzu. Wen wundert also, daß BAYER seit Jahren bereits seine Position in den europäischen Nachbarländern ausbaut, um für den endgültigen Fall der Schlagbäume vorbereitet zu sein? -

Standortentscheidungen werden Schneider's Ansicht zufolge nach folgendem Gebot gefällt: "Für uns ist entscheidend, wo wir die größten Chancen sehen und wie wir diese Märkte bedienen können." □

## Kirche.....

### Dr. Cramer für Umweltkommission angefragt

Ausgerechnet Dr. Hans-Hermann Cramer vom BAYER-Pestizidzentrum in Monheim ist, einer eigenen Aussage zufolge, von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragt worden, an "der Konstituierung einer Umweltkommission" teilzunehmen. Wie Dr. Hammerschmidt von der Bischofskonferenz auf Anfrage mitteilte, ist eine solche Kommission derzeit nicht existent. Von ihrer Konstituierung habe er keine Kenntnis erhalten.

Unterdessen teilte der Spiritaner-Pater Johannes Henschel mit, Cramer habe ihm eröffnet, "ein, zwei Bischöfe" hätten Interesse an einer derartigen Kommission und schauten sich vorab schon einmal nach potentiellen Mitgliedern um.

Interessant, daß die deutschen Bischöfe sich gerade an einen Vertreter des Hauptverursachers der Umweltkrise, beim BAYER-Konzern, nach Angehörigen für eine Umweltkommission umschaue; einmal unterstellt, die Aussage Cramer's ist zutreffend.

Bemerkenswert, daß Dr. Cramer diese Tatsache nutzt, um Pater Johannes Henschel, mit dem eine briefliche Auseinandersetzung mit anschließendem Besuch im Pestizidzentrum bestanden hatte, zu imponieren.

Über den Gegenstand der Diskussion zwischen den Spiritanern und BAYER will Henschel nach interner Auswertung berichten. □

## Sport.....

### 34 olympische Medaillen ...

Wieviel BAYER zur Förderung seiner Sportvereine ausgibt, kann außerhalb der Konzernspitze wohl lediglich vermutet werden. Nicht einmal der Trainer der Leverkusener Kicker will angeblich wissen, wie hoch der Etat nur seines Vereines ist. Hoch genug jedenfalls allemal dafür, daß er noch jeden Publikumsliebling einkaufen konnte. Sehr zum Arger der neidvoll lachenden Konkurrenten in der Liga. Uli Hoeneß: "Von dem was BAYER (gemeint ist der Sportverein, d. Red.) auf normale Weise einnimmt, kann der Club die Gehälter von höchstens fünf Spielern zahlen!"

Immerhin 34 olympische Medaillen, 30 Europameisterschaftstitel, 27 Weltrekorde und über 300 deutsche Meisterschaften konnte der 9.000 Mitglieder star-

ke TSV BAYER 04 in seiner über 80jährigen Geschichte schon verbuchen. Eine werbetreibende Leistung für den ansonsten zumeist mit Negativschlagzeilen in den Medien präsenten Konzern. Eine eigene 'Abteilung Sportwerbung' beschäftigt sich nach Aussage ihres Leiters Willi Gierlich damit, "den Sport für BAYER und seine Produkte stärker zu nutzen... beider Live-Übertragung eines Fußballspiels können wir ... von fünf bis sieben Minuten Großstellungen ausgehen, mit deutlich sichtbarem BAYER-Kreuz. Wenn man sieben Minuten auf eine ARD-Werbezeit ausrechnet, dann ist das ein Wert von 700'000 Mark. Und da kommen ja noch andere Dinge hinzu. Foto's in der Presse oder Ausstrahlung ... in anderen Ländern ... dann ist man ganz schnell bei zig Millionen und damit auch beim Doppelten dessen, was man reingesteckt hat."

Das Firmenkreuz tragen 32 BAYER-Sportvereine an den fünf Standorten im Namen. BAYER unterhält zehn Sporthallen, zwei weitere befinden sich derzeit im Bau. Hinzu kommen 48 diverse Plätze sowie ein Flugplatz und eine Bootsanlage. Nicht zu vergessen das für 30 Mio. DM frisch im Styling befindliche Ulrich-Haberland-Stadion, eine Luxustribüne, die, einmal fertiggestellt, ihresgleichen suchen wird. □

## Buchbesprechungen.....

### Solidaritätsbeitrag inclusive

Eigenlob stinkt, mag sein. Dennoch: Das von Achim Schmottlach, ehemaliger Geschäftsführer der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' und Bruno Kern, Theologe bei der Missionszentrale der Franziskaner, verfaßte "Stichwort: BAYER"-Sonderheft ist Zeile für Zeile ein Solidaritätsbeitrag. Engagiert und parteiisch berichten sie ausführlich über die allgemeinpolitische Lage in Brasilien sowie die verheerenden Zustände bei BAYER DO BRASIL, die schließlich zu einem Streik führen. Der reiche Konzern reagiert mit Härte: Während die Belegschaft weiterhin Löhne unterhalb des Existenzminimums erhält, blüht den Gewerkschaftsführern Knast und Rausschmiß.

In einer einzigartigen Solidaritätsaktion konnten 'Coordination' und Franziskaner einen ersten Teilerfolg erringen: Die entlassenen Gewerkschafter mußten wieder eingestellt werden. Doch die Ursachen des Streiks bestehen fort. Weitere Solidarität tut not. Deshalb auch ist im Verkaufspreis ein Spendenbeitrag von DM 2,- enthalten.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.) Repression statt Lohn, 28 Din-A-4-Seiten mit vielen Schwarzweiß-Abbildungen, DM 5,-

### Macht und Machenschaften der Pharmaindustrie"

Daß das Gesundheitssystem in der Bundesrepublik nicht einzig hehren Zielen folgt, wird spätestens seit der Blüm'schen "Reform" überdeutlich. Einen guten Überblick, angereichert mit zahlreichen makaber-wahren Beispielen, über seine Funktionsweise bietet Theodor von Keudell. Besondere Beachtung - wie sollte es anders sein? - wird der Pharmaindustrie zuteil, die ihre Fäden über Politiker, Ärzte, sog. Fachzeitschriften und Bundesgesundheitsamt spinnt.

T. von Keudell, Die Pharmaverschwörung, 218 S., DM 26,-

### Gelungene Einführungen in die Toxikologie

Wie oft ist in den Medien von gefährlichen Chemikalien die Rede. Daß CHLORIERTE KOHLENWASSERSTOFFE Krebs erzeugen können, weiß angesichts stetiger Horrormeldungen beinahe Jede(r) schon. Doch wie genau reagieren gefährliche Chemikalien im Organismus? Wie sind sie überhaupt chemisch aufgebaut?

"Chemie und Gesundheit" vollbringt das Kunststück, trotz wissenschaftlicher Akuratesse allgemeinverständlich zu sein. Besonders nützlich: eine Chemikalienübersicht mit Angaben zu Verwendung, Eigenschaften und Gesundheitsrisiken. Was fehlt: eine Zuordnung der Substanzen zu bekannten Produkten und Emittenten.

Einem alltäglichen Bereich, der Lebensmittel-Toxikologie, widmet sich Prof. Georges Füllgraff (Hg.) in seinem gleichnamigen Buch. Unter Einbeziehung internationaler rechtlicher Regelungen und Empfehlungen werden Zusatzstoffe, Rückstände und Verunreinigungen von Lebensmitteln analysiert. Daß potentiell toxische Inhaltsstoffe nicht ausschließlich chemischer, sondern auch biologischer Genese sein können, zeigt ein eigenes Kapitel auf.

Birgersson, Sterner, Zimerson, Chemie und Gesundheit, 356 S., DM 48,-

G. Füllgraff, Lebensmittel-Toxikologie, 240 S., DM 26,80

### Da haben wir den Salat

Ach wie gut, daß niemand weiß, welche Pestizide im Gemüse stecken. Erst wenn wieder einmal eine Chemiekatastrophe einen Landstrich abtötet, wird ein Schlaglicht auf die oft gruseligen Praktiken der chemischen Industrie geworfen. Doch solange zwischen Unfällen und Katastrophen auf der einen sowie dem täglichen Einsatz von Pestiziden auf der anderen Seite kein Zusammenhang hergestellt wird, können die Pestizidhersteller im 'Industrieverband Pflanzenschutz' (IPS), darunter nicht zuletzt BAYER, Meinungen

und Politik gut beeinflussen. Mit großspürigen Anzeigerserien, dem Slogan des "Integrierten Pflanzenschutzes" auf den Lippen und einem straff organisierten "Beraternetz" kann nahezu jederzeit auf Landwirte und Kleinanwender Einfluß genommen werden, zumal es nur wenige unabhängige Beratungsstellen gibt. Unabhängige Instanzen sind das internationale 'Pestizid-Aktions-Netzwerk' (PAN) und der 'Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz' (VUA), die die vom IPS verwendeten "Argumente" in "Die chemische Industrie als Schützer der Pflanzen" untersuchen und entlarven.

Das bereits in zweiter Auflage überarbeitete vorliegende Buch richtet sich nicht nur an KritikerInnen der Agrochemie, sondern auch an jene, die ganz praxisnah Fragen zu Einsatz und Gefährlichkeit von Pestiziden wünschen.

PAN/VUA, Die chemische Industrie als Schützer der Pflanzen, 166. S., DM 14,80 + Porto bei: PAN, Gaußstr. 17, 2000 Hamburg 50, Tel. 0421 702203

### BAYER-KollegInnen für Umweltschutz

Mehr als die Hälfte der befragten Arbeiter und Arbeiterinnen geben dem Umweltschutz einen Vorrang gegenüber der Arbeitsplatzsicherung. Zu deutlich sind den KollegInnen die - mitunter in gewisser Weise selbst produzierten - Umweltgefährdungen in den Bereichen Gewässer, Pflanzen, Tiere, Luft, Boden, Grundwasser vor Augen. Und sie kennen die Verursacher. An erster Stelle steht da die Industrie, hier vor allem die chemische, an zweiter der KFZ-Verkehr. Immerhin 47 % der Befragten halten schärfere Umweltschutzaufgaben und 56 % eine bessere Außenkontrolle für notwendig. Dies alles, obwohl ihr Arbeitgeber ihnen pausenlos mit bagatellisierenden Suggestionen, die per Video bis ins heimische Wohnzimmer vordringen wollen, in den Ohren liegt.

Diese verblüffenden Fakten fördert eine eingehende empirische Untersuchung des 'Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes' (SOFI) in Göttingen zu Tage. Wer meint, das Problem der ökologische Katastrophe sei nicht bis ins Bewußtsein der IndustriearbeiterInnen vorgedrungen, muß sich eines Besseren belehren lassen. "Industriearbeiter contra Umweltschutz?" zeigt, daß ein härterer Umgang mit der chemischen Industrie gesellschaftsfähig ist. So jedenfalls beurteilen es die KollegInnen bei BAYER in Brunsbüttel, die die Ergebnisse der Untersuchung lieferten, die den Namen "BAYER" freilich sorgsam unterschlägt.

Dennoch: Eine spannende Lektüre! SOFI (Heine, Mautz, Schumann), Industriearbeiter contra Umweltschutz?, 300 S., DM 38,-